

Universität Passau
Philosophische Fakultät

Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008 als Beispiel europäischer Mitführung

Eine kontingenztheoretische Analyse

Diplomarbeit

Studiengang Sprachen-, Wirtschafts- und Kulturraumstudien

Eingereicht bei: Prof. Dr. Daniel Göler

Verfasserin:

Sarah Feick
Frischbörner Str. 4
36341 Lauterbach
sarahfeick@aol.com

Passau, den 2. Juni 2010

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	iii
1. Einleitung	1
1.1 Forschungsinteresse und Fragestellung	1
1.2 Literatur- und Forschungsbericht	3
1.3 Auswahl des Analyserahmens und theoretischer Hintergrund.....	5
1.4 Aufbau der Arbeit.....	7
2. Theoretischer Rahmen und Methodik.....	8
2.1 Das Konzept politischer Mitführung in der EU nach Eckhard Lübke meier	8
2.2 Die EU-Ratspräsidentschaft als mitführender Akteur	11
2.2.1 Formalrechtliche Aufgaben und Kompetenzen	12
2.2.2 Informelle Bedeutung	15
2.3 Das Analyseschema für EU-Ratspräsidentschaften nach Daniela Kietz.....	19
2.3.1 Grundidee	19
2.3.2 Die Funktionen der Ratspräsidentschaft.....	20
2.3.3 Ratspräsidentschaftsexterne Faktoren	22
2.3.4 Ressourcen und ratspräsidentschaftsinterne Faktoren.....	22
2.3.5 Anwendung des Schemas in der vorliegenden Arbeit.....	23
2.4 Methodisches Vorgehen und Auswahl der Fallbeispiele	23
3. Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008	26
3.1 Allgemeine Merkmale und Rahmenbedingungen	26
3.2 Fallbeispiel I: Der Georgienkonflikt.....	33
3.2.1 Anforderungen.....	34
3.2.2 Verlauf	36
3.2.3 Bewertung.....	41
3.3 Fallbeispiel II: Die Finanz- und Wirtschaftskrise.....	46
3.3.1 Anforderungen.....	46
3.3.2 Verlauf	49
3.3.3 Bewertung.....	56

3.4 Fallbeispiel III: Das Klima- und Energiepaket.....	63
3.4.1 Anforderungen.....	64
3.4.2 Verlauf.....	67
3.4.3 Bewertung.....	73
3.5 Zusammenführung der Ergebnisse	79
4. Schlussbetrachtung und Ausblick.....	82
5. Abkürzungsverzeichnis.....	86
6. Literatur- und Quellenverzeichnis.....	87
Eidesstattliche Erklärung	102

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das Analyseschema für EU-Ratspräsidentschaften in Anlehnung an Daniela Kietz	19
Abbildung 2: Der Georgienkonflikt unter französischer Ratspräsidentschaft im Überblick	41
Abbildung 3: Die Finanz- und Wirtschaftskrise unter französischer Ratspräsidentschaft im Überblick	56
Abbildung 4: Die Verhandlungen um das Klima- und Energiepaket unter französischer Ratspräsidentschaft im Überblick.....	72

1. Einleitung

1.1 Forschungsinteresse und Fragestellung

Es ist keineswegs üblich, dass eine EU-Ratspräsidentschaft so von sich reden macht wie der französische Vorsitz 2008.¹ In der Tat handelte es sich um eine Ratspräsidentschaft, die in den Medien überaus präsent war und die auch von Seiten der Wissenschaft gerne kommentiert und diskutiert wurde. Dies liegt zum einen in den besonderen Ereignissen begründet, mit denen sich die Europäische Union (EU) in der zweiten Jahreshälfte 2008 konfrontiert sah (das Nein der Iren zum Lissabon-Vertrag, der Georgienkonflikt, die Finanz- und Wirtschaftskrise) und welche die Präsidentschaft zur „Présidence de crises“² machten. Sicherlich haben aber auch die entschiedene Handlungsweise des französischen Vorsitzes und das Auftreten des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy dazu beigetragen, dass sich Öffentlichkeit und Forschung in besonderer Weise mit der französischen Ratspräsidentschaft auseinandersetzen und auseinandersetzen.

Der Aspekt der politischen Führung wird in vielen Analysen als ein wesentliches Merkmal des Vorsitzes herausgestellt. So wurde beispielsweise bei einem Kolloquium zur französischen Ratspräsidentschaft am 5. und 6. Februar 2009 in Paris die These diskutiert, dass die französische Ratspräsidentschaft gute Chancen hat, zum Mythos politischer Führung zu werden.³

Nicolas Sarkozy hatte den französischen Führungsanspruch in der EU bereits nach seiner Wahl zum Präsidenten der Französischen Republik am 6. Mai 2007 mit folgenden Worten deutlich gemacht: „ce soir la France est de retour en Europe.“⁴ Die sechsmonatige Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 2008, während der Frankreich als „primus inter pares“⁵ den Vorsitz in den unterschiedlichen Formationen des Rates der EU, in dessen

¹ In der Literatur finden sich unterschiedliche Bezeichnungen für die EU-Ratspräsidentschaft. Die offiziellen Bezeichnungen sind „Vorsitz im Rat der Europäischen Union“ sowie „Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union“. In der vorliegenden Arbeit werden die Begriffe (Rats-)Präsidentschaft und (Rats-)Vorsitz alternativ verwendet.

² Jouyet, Jean-Pierre/Coignard, Sophie: Une présidence de crises. Les six mois qui ont bousculé l'Europe, Paris 2009.

³ „Irrespective of its real performance and effectiveness the French presidency is a good candidate for becoming a myth of leadership“, siehe: Thesenpapier zur Konferenz: CERI-Sciences Po, Paris/Jean Monnet Lehrstuhl, Universität Köln: The French Presidency: A Transforming Moment for the European Union?, Paris 5.-6.2.2009 (<http://www.ceri-sciencespo.com/themes/ue/conferences/05022009/theses.pdf>, letzter Zugriff am: 5.5.2010), eigene Übersetzung.

⁴ Sarkozy, Nicolas: Rede in der Salle Gaveau am 6.5.2007 (<http://francaisdeletranger.sarkozy.fr/>, letzter Zugriff am: 11.5.2010).

⁵ Vgl. u.a.: Schout, Adriaan: Beyond the Rotating Presidency, in: Hayward, Jack (Hrsg.): Leaderless Europe, Oxford [u.a.] 2008, S. 284.

Ausschüssen und Arbeitsgruppen sowie im Europäischen Rat innehatte, bot hinreichend Gelegenheit, seine Führungskompetenz unter Beweis zu stellen.

Wie die französische Ratspräsidentschaft ihre Rolle tatsächlich erfüllt hat, soll in der vorliegenden Arbeit untersucht werden. Auf der Grundlage des institutionellen Rahmens sowie unter Berücksichtigung der Definition und des Konzepts politischer Führung in der EU von Eckhard Lübke meier lautet die Hauptfragestellung der Arbeit:

Inwiefern kann die französische Ratspräsidentschaft als Beispiel europäischer Mitführung im Sinne Lübke meiers bezeichnet werden?

Für die konkrete Analyse und Bewertung des Führungsverhaltens im Sinne Lübke meiers ergeben sich folgende Unterfragen, deren Beantwortung eine aussagekräftige Gesamteinschätzung ermöglichen soll:

- Wie und mit welchen Instrumenten hat die französische Ratspräsidentschaft auf die jeweiligen Situationen reagiert?
- Auf welche Weise und mit welchem Erfolg hat sie dabei politische Führung ausgeübt?
- Was waren Handlungsanreize und -motive bzw. welche Faktoren haben sich positiv oder negativ auf ihr Handeln ausgewirkt?

Diesen Fragen soll nun mit angemessenem zeitlichem Abstand⁶ systematisch und anhand von drei ausgewählten Fallbeispielen nachgegangen werden, wobei, wie die Unterfragen andeuten, im Vordergrund der Arbeit die *politics*-Dimension bzw. das Prozessmanagement des Vorsitzes stehen. Nacheinander werden das Vorgehen des französischen Vorsitzes im Georgienkonflikt, in der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie bei den Verhandlungen um das Klima- und Energiepaket näher beleuchtet, da eine Analyse der Vorgehensweise der Ratspräsidentschaft in diesen Fällen besonders interessant und aufschlussreich scheint, um das Führungsverhalten des französischen Vorsitzes zu erfassen und schließlich eine Bewertung seiner Führungsqualitäten vorzunehmen.⁷

Grundsätzliche Fragen um politische Führung in der EU sowie die Entwicklungen nach 2008 legen eine intensive Auseinandersetzung mit den oben angeführten Fragen nahe. Nicht zuletzt drängen sie sich anlässlich der Diskussion um die erfolgte Einführung des Amtes eines ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und eines „Europäischen Außenministers“ im Zuge der Veränderungen durch den Lissabon-Vertrag und der Wahl von Hermann Van Rompuy und Catherine Ashton als erste Amtsinhaber geradezu auf. Aus

⁶ Vgl. Liberti, Fabio: A general evaluation of the French EU Presidency, 19.12.2008 (<http://www.affaires-strategiques.info/spip.php?article465>, letzter Zugriff am: 5.4.2010).

⁷ Zur Auswahl der Fallbeispiele siehe auch Kapitel 2.4.

diesem Anlass soll am Ende der Arbeit, ausgehend von den Ergebnissen der Analyse, eine kurze Einschätzung erfolgen, was das französische Beispiel hinsichtlich effektiver Führungsstrategien in der EU gezeigt hat.

1.2 Literatur- und Forschungsbericht

Die Beschäftigung mit EU-Ratspräsidentschaften, insbesondere unter dem Leadership-Aspekt, sind insgesamt noch ein recht junges Forschungsgebiet. Dass die Wissenschaft dem Amt⁸ immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt hat, hängt mit der historischen Entwicklung der Ratspräsidentschaft zusammen, die im Laufe der Jahre zu einem immer einflussreicheren Akteur geworden ist.⁹ So ist die Fachliteratur zu Ratspräsidentschaften seit den 1980er Jahren beständig angewachsen.¹⁰ Westlake und Galloway stellen fest: „Litres of ink have been devoted in the recent past to the topic of the Council presidency.”¹¹

Viele Abhandlungen über das Amt der Ratspräsidentschaft sind in erster Linie deskriptiver Natur und thematisieren ihre Rolle und Bedeutung im institutionellen Gefüge der EU, ihre Funktionen und Arbeitsweise, ihre historische Entwicklung sowie Reformen und Perspektiven.¹² Darüber hinaus liegen eine Reihe von Analysen und Bilanzen individueller Ratspräsidentschaften vor.¹³ Neueren Datums sind Untersuchungen zur Ratspräsidentschaft

⁸ Die Ratspräsidentschaft wird sowohl als Amt als auch als Institution gesehen. Jakob Lempp schreibt, dass es sich bei der Ratspräsidentschaft um „kein eigenständiges und vom Rat selbst getrenntes Organ der Union“, sondern um „ein mit bestimmten Funktionen verknüpftes Amt innerhalb des Rats“ handelt, Lempp, Jakob: Die Evolution des Rats der Europäischen Union. Institutionenevolution zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalismus, Baden-Baden 2009, S. 215; Adriaan Schout merkt an: „Generally, the presidency is not seen as a European institution but as a function within the Council. Given its importance in intergovernmental and interinstitutional decision-making, it might however, be regarded as a separate institution next to Council, Commission and EP, among others.“, Schout, Adriaan: The Presidency as Juggler: Managing Conflicting Expectations“, in: EIPASCOPE, (1998), Nr. 2, S. 8 (http://aei.pitt.edu/785/01/scop98_2_1.pdf, letzter Zugriff am: 2.12.09).

⁹ Vgl. u.a.: Hayes-Renshaw, Fiona: From Procedural Chore to Political Prestige: Historic Development and Recent Reforms of the Presidency of the Council, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 36 (2007), Nr. 2.

¹⁰ Vgl. Maurer, Andreas: Die Zukunft der Präsidentschaft im Ratssystem der Europäischen Union, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 36 (2007), Nr. 2, S. 140.

¹¹ Westlake, Martin/Galloway, David (Hrsg.): The Council of the European Union, London 3. Aufl. 2004, S. 325.

¹² In umgekehrter chronologischer Reihenfolge zählen hierzu: Hayes-Renshaw, Fiona/Wallace, Helen: The Council of Ministers, Houndmills 2. Aufl. 2006; Westlake/Galloway (Hrsg.), The Council of the European Union, a.a.O.; Sherrington, Philippa: The Council of ministers. Political authority in the European Union, London 2000; Kirchner, Emil J.: Decision making in the European Community. The Council Presidency and European Integration, Manchester [u.a.] 1992; Bassompierre, Guy de: Changing the Guard in Brussels. An Insider's View of the EC Presidency, New York [u.a.] 1988; O'Nuallain, Cohn: The Presidency of the European Council of Ministers. Impacts and implications for national governments, London [u.a.] 1985; Vornbäumen, Axel: Dynamik in der Zwangsjacke. Die Präsidentschaft im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft als Führungsinstrument, Bonn 1985; Edwards, Geoffrey/Wallace, Helen: Die Präsidentschaft im Ministerrat. Eine zentrale Rolle im Entscheidungsprozess von EG und EPZ, Bonn 1978.

¹³ U.a.: Dialer, Doris: Die EU-Präsidentschaft Frankreichs. Eine politikwissenschaftliche Analyse des französischen Ratsvorsitzes im 2. Halbjahr 2000, Frankfurt am Main [u.a.] 2004; Kietz, Daniela/Perthes, Volker

unter Anwendung allgemeiner politikwissenschaftlicher Theorien, beispielsweise des Konstruktivismus, des *rational-choice*-Ansatzes oder des historischen Institutionalismus, teils auch in vergleichender Perspektive.¹⁴ Schließlich wurden theoriebasierte Schemata speziell für die Analyse von Ratspräsidentschaften entwickelt.¹⁵

Was die Frage nach der politischen Führung betrifft, werden bezüglich des tatsächlichen Einflusses von Ratsvorsitzen in der Forschung verschiedene Standpunkte vertreten.

Auf der einen Seite steht die These, dass EU-Ratsvorsitze nur über einen sehr eingeschränkten Handlungsspielraum verfügen. Hierfür sprechen Argumente wie die kurze Dauer der Amtsinhabung, die weitgehend vorgegebene Agenda der EU, das fehlende formale Initiativrecht sowie die Abhängigkeit von externen Faktoren. Vertreter des liberalen Intergouvernementalismus gehen noch weiter. Spieltheoretische Überlegungen und Prämissen des Neoliberalismus¹⁶ lassen sie zu dem Schluss kommen, dass Vorsitze in Verhandlungen sogar überflüssig seien, da auch ohne sie, je nach Interessenkonstellation der beteiligten Akteure, effiziente Verhandlungsergebnisse zustande kämen.¹⁷

Dem entgegen stehen Untersuchungen, die mit der Vorstellung einer „responsabilité sans pouvoir“¹⁸ brechen und stattdessen die Einflussmöglichkeiten der EU-Ratspräsidentschaft betonen. Die beiden Aufsätze von David Metcalfe und Adriaan Schout aus dem Jahr 1998 sind hier richtungsweisend.¹⁹ Sie ebneten den Weg für weiterführende Untersuchungen zum Führungspotential von Ratspräsidentschaften, wie beispielsweise Jonas Tallberg sie danach unternommen hat.²⁰

(Hrsg.): Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft. Eine Funktionsanalyse des deutschen Vorsitzes im ersten Halbjahr 2007, SWP-Studie, Berlin September 2007.

¹⁴ Elgström, Ole (Hrsg.): European Union Council Presidencies. A comparative perspective, New York 2003; Fernández, Ana Mar: The EU Council Presidency Dilemma: An historical Institutional Interpretation, Cahier européen Nr. 1, Paris 2008.

¹⁵ Schout, Adriaan/Vanhoonaeker, Sophie: Evaluating Presidencies of the Council of the EU: Revisiting Nice, in: Journal of Common Market Studies, 44 (2006), Nr. 5; Kietz, Daniela: Methoden zur Analyse von EU-Ratspräsidentschaften, SWP-Diskussionspapier, Berlin Mai 2007 bzw. Kietz, Daniela: Funktionen, Handlungsbedingungen und Stellschrauben der Präsidentschaft im System des EU-Ministerrats, in: Kietz/Perthes (Hrsg.), Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft, a.a.O.

¹⁶ Hierzu zählen vollständige Information und niedrige Transaktionskosten.

¹⁷ Als Hauptvertreter sei hier Andrew Moravcsik genannt. Vgl. hierzu auch: Crum, Ben: Can the EU Presidency make its mark on interstate bargains? The Italian and Irish Presidencies of the 2003-04 IGC, in: Journal of European Public Policy, 14 (2007), Nr. 8.

¹⁸ Dewost, Jean-Louis: La présidence dans le cadre institutionnel des Communautés européennes, in: Revue du Marché commun, (1984), Nr. 273, S. 31.

¹⁹ Metcalfe, David: Leadership in European Union Negotiations: The Presidency of the Council, in: International Negotiation, 3 (1998), Nr. 3; Schout, The Presidency as Juggler, a.a.O.

²⁰ Tallberg, Jonas: The agenda-shaping powers of the EU Council Presidency, in: Journal of European Public Policy, 10 (2003), Nr. 1; Tallberg, Jonas: The Power of the Presidency: Brokerage, Efficiency and Distribution in EU Negotiations, in: Journal of Common Market Studies, 42 (2004), Nr. 5; Tallberg, Jonas: Leadership and Negotiation in the European Union, Cambridge 2006; Tallberg, Jonas: Bargaining Power in the European Council, Stockholm Februar 2007. Vgl. auch: Thomson, Robert: The Council Presidency in the European Union: Responsibility with Power, in: Journal of Common Market Studies, 46 (2008), Nr. 3.

Abgesehen von dieser Kontroverse kann festgehalten werden, dass die Ratspräsidentschaft in der neueren Literatur zum Thema politische Führung in der EU als Akteur mit Führungspotential behandelt wird.²¹ Schließlich sind die jüngsten Reformen der Ratspräsidentschaft ein Thema, das in zahlreichen Aufsätzen und Monografien, auch vor dem Hintergrund politischer Führung in der EU, diskutiert wurde und wird.²²

Der empirische Teil dieser Arbeit stützt sich zum einen auf offizielle Dokumente der EU und der französischen Ratspräsidentschaft (u.a. Arbeitsprogramme, Pressemitteilungen, Berichte, Reden und Videoaufzeichnungen auf der Internetseite des Vorsitzes, Vermerke, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, die offizielle Bilanz der Ratspräsidentschaft). Zum anderen wurde eine Reihe an Sekundärquellen ausgewertet, darunter wissenschaftliche Aufsätze und Analysen, eine Auswahl von Artikeln aus der internationalen Presse, Monografien²³, die vor, während und nach der Ratspräsidentschaft entstanden sind, sowie Material von diversen Kolloquien und Konferenzen²⁴. Bezüglich der Sekundärliteratur zur französischen Ratspräsidentschaft klang bereits an, dass diese relativ umfangreich ausfällt, methodisch gesicherte und theoretisch fundierte Analysen sind dabei jedoch eher die Ausnahme.

1.3 Auswahl des Analyserahmens und theoretischer Hintergrund

Um eine systematische und adäquate Analyse der französischen Führungsleistung zu ermöglichen, wird in der vorliegenden Arbeit das Analyseschema für Ratspräsidentschaften von Daniela Kietz angewendet, das auf dem Modell von Adriaan Schout und Sophie Vanhoonacker basiert und sich dementsprechend auf kontingenztheoretische Überlegungen stützt. Ausgangspunkt der Kontingenztheorie ist die Interdependenz zwischen einer Organisation, die als offenes System verstanden wird, und ihrer Umwelt bzw. ihrem Kontext.²⁵ Gegenüber herkömmlichen Ziel-Ertrags-Analysen oder auch inhaltlich-normativen Analysen ist die besondere Berücksichtigung von Kontextvariablen laut Kietz vorteilhaft, da sich

²¹ Vgl. Beach, Derek/Mazzucelli, Colette (Hrsg.): *Leadership in the Big Bangs of European Integration*, Houndmills, Basingstoke [u.a.] 2007; Hayward, Jack (Hrsg.): *Leaderless Europe*, Oxford [u.a.] 2008.

²² Vgl. u.a.: Niemi, Olga Iлона: *Perspektiven der Ratspräsidentschaft in einer erweiterten Europäischen Union*, Frankfurt am Main 2005; Schout, *Beyond the Rotating Presidency*, a.a.O.; Westlake, Martin: *Why Presidencies Still Matter*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 36 (2007), Nr. 2.

²³ Jouyet/Coignard, *Une présidence de crises*, a.a.O.; Autret, Florence: *Sarkozy à Bruxelles*, Paris Oktober 2008; Giuliani, Jean-Dominique: *Un Européen très pressé*, Paris 2008.

²⁴ U.a.: Kolloquium der ASKO EUROPA-STIFTUNG: *Die französische Ratspräsidentschaft – Bilanz, Analysen, Perspektiven* am 22.1.2009 in Saarbrücken; Kolloquium der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und des Instituts für Europäische Politik: *Die Europäische Union 2020 im Blick. Prioritäten und Herausforderungen der französischen und tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im Vergleich* am 22.1.2009 in Berlin sowie die Konferenz des CERI-Sciences Po, Paris, und des Jean Monnet Lehrstuhls der Universität Köln: *The French Presidency: A Transforming Moment for the European Union ?* am 5.-6.2.2009 in Paris.

²⁵ Die Kontingenztheorie ist in den 60er Jahren im Bereich der Unternehmensorganisation und insbesondere des Managements entstanden, vgl. Kietz, *Methoden zur Analyse von EU-Ratspräsidentschaften*, a.a.O., S. 6.

interne und externe Einflussfaktoren beträchtlich auf die Handlungsfähigkeit und Handlungsweise eines Vorsitzes auswirken können.²⁶ Aufgrund der Vielzahl an Akteuren, die an der EU-Politik beteiligt sind, sei es z.B. oft gar nicht möglich, genau auszumachen, welche Ergebnisse, Erfolge bzw. Misserfolge der Ratspräsidentschaft zuzuschreiben sind.²⁷ Das von Daniela Kietz erstellte Untersuchungsrastrer berücksichtigt Kontextvariablen explizit und eignet sich als funktionaler, prozessorientierter Ansatz für eine *politics*-Analyse. Ein kontingenztheoretischer Ansatz bietet sich für die gewählte Fragestellung auch deshalb an, weil sein Ursprung in der Führungsforschung liegt. Grundlegend ist hierbei die zentrale These, dass es keinen allgemein gültigen idealen Führungsstil gibt, sondern dass Führungserfolg jeweils aus dem optimalen Führungsverhalten in einer gegebenen Situation resultiert.²⁸

Für die Anwendung des Rasters von Kietz und gegen den Einsatz des Schemas von Schout/Vanhoonacker oder Schemata, die noch stärker auf den Leadership-Aspekt zugeschnitten sind, sprechen mehrere Gründe. Zum einen beschränkt sich das Raster von Kietz nicht auf Verhandlungssituationen, wie es teils bei letztgenannten der Fall ist²⁹, sondern eignet sich zur Analyse der allgemeinen Herangehens- und Handlungsweise der Ratspräsidentschaft. Zum anderen argumentiert Kietz ausschließlich im Hinblick auf die Durchsetzung europäischer Interessen, so wie es auch diese Arbeit vorsieht. Die von Schout/Vanhoonacker genannte Rolle der Ratspräsidentschaft als Vertreter nationaler Positionen und Interessen³⁰, die auch von Tallberg und Metcalfe untersucht wird, wäre z.B. zur Beantwortung der Frage interessant, inwiefern der französische Vorsitz während der Ratspräsidentschaft nationale Interessen durchsetzen konnte.³¹ Diese soll hier jedoch, auch vor dem Hintergrund der Neuregelung, was die Präsidentschaft im Europäischen Rat betrifft, nicht im Vordergrund stehen, vielmehr geht es um das französische Wirken „im Dienste der EU“³². Das Schema von Kietz wird diesem Ansatz gerecht, indem es nationale Interessen lediglich als einen der Faktoren auffasst, die sich förderlich oder einschränkend auf die Handlungsfähigkeit des Vorsitzes auswirken können.

²⁶ Vgl. ebd., S. 5.

²⁷ Vgl. ebd.

²⁸ Vgl. ebd., S. 6.

²⁹ Vgl. z.B.: Beach/Mazzucelli, Leadership in the Big Bangs of European Integration, a.a.O., S. 10 bzw. Tallberg, Leadership and Negotiation in the European Union, a.a.O., S. 18.

³⁰ Schout/Vanhoonacker, Evaluating Presidencies of the Council of the EU, a.a.O., S. 1054.

³¹ Vgl. hierzu: Wittenbrink, Pablo: Die französische Ratspräsidentschaft 2008. Zwischen europäischen und französischen Interessen, Bachelor-Arbeit, Universität Osnabrück 2009.

³² Daniela Kietz spricht auch von einer „(Dienst-)Leistung auf Zeit“, die die Regierung des Mitgliedstaates, der die Ratspräsidentschaft gerade innehat, auf europäischer Ebene erbringt. Kietz, Funktionen, Handlungsbedingungen und Stellschrauben der Präsidentschaft im System des EU-Ministerrats, a.a.O., S. 10.

1.4 Aufbau der Arbeit

Der Hauptteil der Arbeit besteht aus einem theoretischen und einem empirischen Teil. Innerhalb des theoretischen Teils gilt es zunächst, das der Arbeit zugrunde liegende Konzept politischer Führung in der EU vorzustellen. Ausgehend von den allgemeinen Schwierigkeiten der Forschung mit dem Thema soll in Anlehnung an Eckhard Lübke auf die Fragen eingegangen werden, wie politische Führung in der EU zu verstehen ist, wer sie ausüben kann und was europäische Führung ausmacht. Um die Rolle der Ratspräsidentschaft besser einschätzen zu können, widmet sich das folgende Kapitel deren institutionellen Ressourcen zur Ausübung politischer Führung, wobei sowohl ihre formalen Befugnisse als auch ihre informelle Bedeutung thematisiert werden. Im Anschluss wird das Analyseraster von Daniela Kietz ausführlich dargestellt. Der Theorieteil endet mit einem Kapitel zum methodischen Vorgehen.

Innerhalb des empirischen Teils der Arbeit, d.h. der konkreten Analyse der französischen Ratspräsidentschaft 2008, sollen zunächst einige allgemeine Merkmale des französischen Vorsitzes herausgearbeitet werden. Daraufhin folgt die genaue Untersuchung der drei Fallbeispiele: Georgienkrieg, Wirtschafts- und Finanzkrise und Klima- und Energiepaket, deren Ergebnisse in einem Fazit zusammengeführt werden.

Im Schlussteil der Arbeit, in dem neben der abschließenden Beantwortung der Forschungsfrage die gewählte Vorgehensweise und das verwendete Untersuchungsraaster auf ihre Eignung überprüft werden, soll schließlich eine allgemeine Einschätzung der Analyseergebnisse vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklungen nach Übergabe der Ratspräsidentschaft an die Tschechische Republik sowie der Situation in der EU nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags erfolgen.

2. Theoretischer Rahmen und Methodik

2.1 Das Konzept politischer Mitführung in der EU nach Eckhard Lübckemeier

Obwohl das Phänomen „politische Führung“ zu den klassischen Themen der Politikforschung gehört³³, tut sich die Wissenschaft schwer damit, dessen Bedeutung und Tragweite für Regierungssysteme zu erfassen. Ludger Helms sieht politische Führung als „politikwissenschaftliches Problem“, das methodisch und analytisch unterbelichtet ist.³⁴ Robert Elgie spricht von politischer Führung als einem „social science concept“³⁵, das von Begriffen wie Macht, Herrschaft, Einfluss, Autorität und Kontrolle nur schwer abgrenzbar ist.³⁶ Bis heute konnte in der Forschung tatsächlich weder eine Einigung herbeigeführt werden, was unter politischer Führung zu verstehen ist³⁷, noch existiert eine geschlossene Theorie.³⁸ Angesichts der Vielzahl zu berücksichtigender Faktoren in einer immer komplexeren, interdependenten Welt ist allerdings auch fraglich, ob es eine solche überhaupt geben kann.³⁹ Eckhard Lübckemeier bringt das Problem in Anlehnung an eine Aussage von Joseph S. Nye auf den Punkt: „Führung ist wie Liebe. Sie lässt sich leichter erleben als erklären und erfassen“⁴⁰.

Diese Einschätzung ist im europäischen Kontext besonders gut nachvollziehbar, da sich aufgrund der Entstehung und Entwicklung der EU, vor allem aufgrund der besonderen Mehrebenenstruktur, Führungsfragen noch vielschichtiger gestalten als auf nationaler oder internationaler, rein zwischenstaatlicher Ebene.⁴¹ Wer führt hier wen? Mit welchen Mitteln? Mit welcher Absicht? So beabsichtigten die europäischen Gründungsväter, durch das Institutionengefüge gerade hegemoniale Bestrebungen einzelner europäischer Staaten zu

³³ Vgl. Helms, Ludger: „Politische Führung“ als politikwissenschaftliches Problem, in: Politische Vierteljahresschrift, 41 (2000), Nr. 3, S. 411.

³⁴ Ebd., S. 412.

³⁵ Elgie, Robert: Political leadership in liberal democracies, Basingstoke [u.a.] 1995, S. 26.

³⁶ Für mögliche Begriffsabgrenzungen siehe: Winter, Katrin: Führung in der europäischen Integration: Zum Spannungsverhältnis von Macht und Gemeinschaft, Frankfurt am Main 2007, S. 25 ff.

³⁷ Vgl. Gast, Henrik: Was bedeutet „politische Führung“? Eine Übersicht über unterschiedliche Definitionen aus interdisziplinärer Perspektive und ein Vorschlag zur systematischen Analyse des Gegenstandes anhand des Strukturfunctionalismus, in: Zeitschrift für Politikberatung, 2 (2009), Nr. 2, S. 212.

³⁸ Vgl. Gast, Henrik: Politische Führung als politikwissenschaftliches Problem: zur Einführung in den Gegenstand, in: Sebaldt, Martin/Gast, Henrik (Hrsg.): Politische Führung in westlichen Regierungssystemen: Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2010, S. 11.

³⁹ Vgl. Helms, „Politische Führung“ als politikwissenschaftliches Problem, a.a.O., S. 428 f.

⁴⁰ Lübckemeier, Eckhard: Führung ist wie Liebe. Warum Mit-Führung in Europa notwendig ist und wer sie leisten kann, SWP-Studie, Berlin November 2007, S. 5.

⁴¹ Vgl. Winter, Führung in der europäischen Integration, a.a.O., S. 26.

unterbinden.⁴² Im Laufe der Erweiterung und fortschreitenden Vertiefung der EU sind Fragen wie das Misstrauen der kleinen Mitgliedstaaten gegenüber Führungsansprüchen der großen sowie die Angst der Mitgliedstaaten der EU, zu viele Kompetenzen auf die europäische Ebene zu übertragen, tendenziell gewachsen.⁴³ Hinsichtlich des Mehrebenencharakters der EU bemerkt Christian Schramek, dass die Frage nach Führung in der EU genauso wenig eindeutig zu beantworten ist wie die Frage, wer die EU regiert.⁴⁴ Während Jack Hayward in seinem Sammelband *Leaderless Europe* folgende These zugrunde legt: „[F]rom its antecedents in the 1950s, the successive incarnations of European integration were intended to be leaderless.“⁴⁵, betont Lübckemeier vor dem aktuellen Hintergrund, dass die EU Führung braucht⁴⁶, weil die Mitgliedstaaten unterschiedliche Interessen haben und die EU immer heterogener wird, aber auch, weil „Alt-Integratoren“ wie Frieden und Wohlstand nach 50 Jahren nicht mehr dieselbe Tragfähigkeit haben und die EU dringend eine neue, ergänzende Leitidee benötigt.⁴⁷ Yves Surel merkt hierzu an, dass gerade in Zeiten institutioneller und politischer Krisen die Forderung nach verantwortungsvoller Führung wächst.⁴⁸ In Reaktion auf die Schwierigkeiten der Forschung, politische Führung zu definieren, und das offenkundig wachsende Interesse an Führungsfragen⁴⁹ entwickelte Lübckemeier ein tragfähiges Konzept politischer Führung in der EU, an dem sich die Bewertung der Führungsqualitäten des französischen Vorsitzes orientieren wird.⁵⁰ Lübckemeiers Führungskonzept ist gekennzeichnet vom Begriff der „Mitführung“, mit dem er zum Ausdruck bringt, dass politische Führung in der EU nicht im Alleingang und nur als „differenzierte Projektführerschaft“⁵¹ denkbar sei. Ausgehend von der allgemeinen Aussage: „*Führung bedeutet, in der Lage und bereit zu sein, andere Akteure zu veranlassen, zum*

⁴² Vgl. Schild, Joachim/Koopmann, Martin: Der ‚Sarkozy-Moment‘ – politische Führung in der EU am Beispiel der französischen Ratspräsidentschaft, in: *Integration*, 32 (2009), Nr. 3, S. 267.

⁴³ Vgl. ebd.

⁴⁴ Vgl. Schramek, Christian: Politische Führung im supranationalen Mehrebenensystem: Die Europäische Union, in: Sebaldt/Gast, Politische Führung in westlichen Regierungssystemen, a.a.O., S. 307 f.

⁴⁵ Hayward, *Leaderless Europe*, a.a.O., Vorwort, S. v.

⁴⁶ Vgl. auch: Lübckemeier, Eckhard: Europa braucht Führung, in: FAZ vom 13.12.2007.

⁴⁷ Vgl. Lübckemeier, Führung ist wie Liebe, a.a.O., S. 6 und 14.

⁴⁸ Vgl. Surel, Yves: Leadership und Regieren in der EU, in: Koopmann, Martin/Martens, Stephan (Hrsg.): *Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union*, Berlin 2008, S. 215.

⁴⁹ Das Thema erlebt sowohl in der akademischen als auch in der politisch-publizistischen bzw. öffentlichen Debatte eine auffallende Konjunktur, vgl. Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 267 bzw. Glaab, Manuela: Leadership – neue Impulse für die Politikberatung?, Editorial, in: *Zeitschrift für Politikberatung*, 2 (2009), Nr. 2, S. 183.

⁵⁰ Katrin Winter zieht aus der oben zitierten Feststellung Robert Elgies die Konsequenz, dass das Phänomen politischer Führung je nach Untersuchungsgegenstand aus einer bestimmtem Perspektive zu begreifen und zu definieren ist, vgl. Winter, Führung in der europäischen Integration, a.a.O., S. 26; Robert Elgie drückt dies in seinem Werk folgendermaßen aus: „We need to have some idea of what we mean when we refer to the term.“, Elgie, *Political leadership in liberal democracies*, a.a.O., S. 3. Diese Funktion erfüllt in dieser Arbeit das Führungskonzept Lübckemeiers.

⁵¹ Lübckemeier, Führung ist wie Liebe, a.a.O., S. 23.

*Erreichen kollektiver Ziele beizutragen.*⁵² stellt er erweiternd die Prämisse auf: *„Führung in der EU wird durch Akteure geleistet, die als Mitführende bereit und in der Lage sind, andere EU-Akteure zu veranlassen, zum Erreichen kollektiver Ziele beizutragen.“*⁵³ Im Folgenden gilt es demnach zu klären, wer die in seinem Sinne führenden EU-Akteure sein können, was Lübckemeier unter kollektiven Zielen versteht und wie diese erreicht werden können.

Zu den EU-Akteuren, d.h. zu den potentiellen europäischen Mitführern, zählt Lübckemeier im supranationalen Bereich die Europäische Kommission (EK), wobei zwischen der Ausübung politischer Führung durch das Kollegialorgan EK und durch die Person des Kommissionspräsidenten unterschieden werden kann⁵⁴. Ferner geht er auf die Rolle des Europäischen Parlaments (EP) und den Europäischen Gerichtshof (EuGH) ein.⁵⁵ Hinzufügen ließe sich die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrem Präsidenten.⁵⁶ Auf intergouvernementaler Ebene⁵⁷ sind die Mitgliedstaaten der EU als potentielle Mitführer zu nennen⁵⁸, die im Europäischen Rat (ER) und im Ministerrat, in denen die Staats- und Regierungschefs bzw. die jeweiligen Fachminister vertreten sind, ihre Interessen geltend machen. Hinsichtlich politischer Führung von Seiten der Mitgliedstaaten spricht Lübckemeier gesondert die Rolle des deutsch-französischen Tandems, eines „Direktoriums“ der Großen, z.B. Deutschland, Frankreich und Großbritannien, bzw. die Führung durch Staatengruppen allgemein, ein sogenanntes „Kerneuropa“, an.⁵⁹ Er geht außerdem explizit auf die Ratspräsidentschaft ein, die ihrem Inhaber eine „Macht- und Führungsstellung auf Zeit“⁶⁰ verschaffe. Aufgrund der Vielzahl an potentiellen Mitführern, deren Anzahl laut Lübckemeier grundsätzlich offen ist⁶¹, und des Hybridcharakters der EU ist die Gefahr einer Dominanzmacht gering. Alleinführung sei in der EU nicht möglich, genauso wenig existiere eine konstante Führungsgruppe.⁶²

⁵² Ebd., S. 7.

⁵³ Ebd., S. 13.

⁵⁴ Vgl. Surel, *Leadership und Regieren in der EU*, a.a.O., S. 216 oder Schild/Koopmann: *Der ‚Sarkozy-Moment‘*, a.a.O., S. 267.

⁵⁵ Vgl. Lübckemeier, *Führung ist wie Liebe*, a.a.O., S. 10.

⁵⁶ Vgl. Surel, *Leadership und Regieren in der EU*, a.a.O., S. 216.

⁵⁷ Surel unterscheidet in seinem Beitrag ähnlich zwischen der Ebene eines gemeinschaftlichen Leadership durch die EK und eines europäischen Leadership durch die Mitgliedstaaten, vgl. ebd.; Schild und Koopmann unterscheiden alternativ zwischen mitgliedstaatlicher Führung, institutioneller Führung, wozu sie die Ratspräsidentschaft zählen, und Führung durch einzelne Personen, vgl. Schild/Koopmann, *Der ‚Sarkozy-Moment‘*, a.a.O., S. 267 f.

⁵⁸ Lübckemeier wendet sein Konzept im zweiten Teil seiner Studie auf Deutschlands Rolle in der EU an, vgl. Lübckemeier, *Führung ist wie Liebe*, a.a.O., S. 24 ff.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 21 f.

⁶⁰ Ebd., S. 10.

⁶¹ Christian Schramek weist z.B. zusätzlich auf den Einfluss des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen bzw. allgemein von Interessengruppen und Lobbyisten auf die EU-Politik hin, vgl. Schramek, *Politische Führung im supranationalen Mehrebenensystem*, a.a.O., S. 318.

⁶² Vgl. Lübckemeier, *Führung ist wie Liebe*, a.a.O., S. 22.

Im Gegensatz zu Zielen, die „im alleinigen Interesse des führenden Akteurs“⁶³ liegen, ist politische Führung in der EU laut Lübckemeier auf kollektive Ziele ausgerichtet, d.h. auf Ziele „im Interesse von Führenden *und* Geführten“⁶⁴. Auch wenn es in vielen Fragen in der EU kein „konsensuales ‚kollektives Interesse‘“⁶⁵ gibt, hält Lübckemeier an einem übergeordneten europäischen Gesamtinteresse fest. Er veranschaulicht dies am Beispiel der Türkei. Obwohl einzelne Mitgliedstaaten den EU-Beitritt der Türkei nicht befürworten, haben sie der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zugestimmt, da sie möglicherweise „andere Interessen in der EU und/oder ein übergeordnetes Gesamtinteresse an der EU haben“⁶⁶.

Lübckemeier operationalisiert politische Führung in seinem Aufsatz anhand der sogenannten „Führungstriade“ aus materiellen (strukturellen und institutionellen), immateriellen und situativen Machtfaktoren, die die Gründe, Möglichkeiten und Ergebnisse politischen Handelns bestimmen.⁶⁷ Macht, die er definiert als „Fähigkeit, andere so zu beeinflussen oder zu beeindrucken, dass sie sich führen lassen“⁶⁸, ist für ihn die wesentliche Voraussetzung für die Ausübung von politischer Mitführung. Das Führungspotential ist am größten, wenn ein EU-Akteur in allen drei Bereichen stark ist. Materielle Macht erhöht grundsätzlich die Chancen eines Akteurs, politische Führung ausüben zu können, diese muss jedoch immateriell und situativ optimal eingesetzt werden, um dessen Führungsfähigkeit zu maximieren.⁶⁹ Die vorliegende Untersuchung folgt mit dem gewählten Analyseschema einem ähnlich integrativen Ansatz, indem sie materielle, immaterielle und situative Machtfaktoren einbezieht.⁷⁰ Bevor das Schema näher erklärt wird, werden im Folgenden zunächst die institutionellen Machtfaktoren der Ratspräsidentschaft gesondert beleuchtet.

2.2 Die EU-Ratspräsidentschaft als mitführender Akteur

Was die Einflussmöglichkeiten von Ratspräsidentschaften betrifft, werden, wie bereits festgestellt, in der Literatur unterschiedliche Meinungen vertreten. „Typically most people either overemphasize the Presidency, or they underestimate its role.“⁷¹ Um das Vorgehen des französischen Vorsitzes besser einschätzen zu können, erscheint es deshalb sinnvoll,

⁶³ Ebd., S. 7.

⁶⁴ Ebd., Hervorhebung durch die Verfasserin.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Vgl. ebd., S. 6 bzw. 9 ff. Er bettet seinen Ansatz folglich in ein integratives Paradigma ein, für das sich auch Helms und Gast aussprechen.

⁶⁸ Ebd., S. 8.

⁶⁹ Ebd., S. 6.

⁷⁰ Da die Faktoren, die sich auf die Führungsleistung der französischen Ratspräsidentschaft auswirken, in der vorliegenden Arbeit durch die Verwendung des Analyseschemas von Kietz abgedeckt werden, wird auf die Führungstriade von Lübckemeier an dieser Stelle und auch im weiteren Verlauf nicht näher eingegangen.

⁷¹ Bassompierre, *Changing the Guard in Brussels*, a.a.O., S. 1.

dessen Handlungsspielraum näher zu umreißen. Welche institutionellen Handlungsressourcen, aber auch welche Handlungsrestriktionen bringt die Ratspräsidentschaft für einen Mitgliedstaat mit sich? Zunächst werden die formalrechtlichen Befugnisse der Ratspräsidentschaft, anschließend deren informelle Bedeutung thematisiert.

2.2.1 Formalrechtliche Aufgaben und Kompetenzen

Die formalrechtlichen Kompetenzen der Ratspräsidentschaft sind im europäischen Primärrecht verankert. Als Grundlage wird hier auf die konsolidierte Fassung des Vertrags über die EU (EUV) und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) vom 29. Dezember 2006⁷² zurückgegriffen, die während der französischen Ratspräsidentschaft 2008 in Kraft waren. Ferner findet die Geschäftsordnung (GO) des Rates der EU als sekundärrechtliche Bestimmung in ihrer neuesten Fassung vom 15. September 2006 Berücksichtigung, welche die Organisationsregeln des Rates enthält.⁷³

Das Amt des Ratsvorsitzes existiert seit Beginn des europäischen Integrationsprojekts.⁷⁴ Anfangs beschränkte sich dieses auf die bloße Geschäftsführung. Im Laufe der fortschreitenden Entwicklung der Gemeinschaft kamen weitere Aufgaben, Repräsentationspflichten, Initiativmöglichkeiten, Koordinierungsaufgaben und Vermittlungstätigkeiten hinzu, die meist im Nachhinein, als Festschreibung politischer Realität, in die Verträge bzw. in die GO des Rates aufgenommen wurden.⁷⁵

Vertragsgrundlage der Ratspräsidentschaft ist Artikel 203 EGV. Hiernach wechseln sich die Mitgliedstaaten alle sechs Monate in der Wahrnehmung des Vorsitzes ab. Die Reihenfolge wird durch Ratsbeschluss unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien⁷⁶ einstimmig festgelegt.⁷⁷ Gemäß Artikel 204 EGV beruft der Vorsitz den Rat in seinen verschiedenen Formationen⁷⁸ ein. Die Ratspräsidentschaft übernimmt ebenso den Vorsitz des Europäi-

⁷² Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft [nach dem Vertrag von Nizza/-], in: ABl. Nr. C 321E vom 29.12.2006.

⁷³ Vgl. Rat der EU: Beschluss des Rates vom 15. September 2006 zur Festlegung seiner Geschäftsordnung, 2006/683/EG, Euratom, in: ABl. Nr. L 285/47 vom 16.10.2006. Die Rechtsgrundlagen der GO sind Art. 207 Abs. 3 EGV, Art. 121 Abs. 3 Euratom-Vertrag sowie Art. 28 Abs. 1 und Art. 41 Abs. 1 EUV.

⁷⁴ Vgl. Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl [EGKS-Vertrag] von 1951 (2002 ausgelaufen), abrufbar unter: <http://www.ena.lu/>. Im EGKS-Vertrag betrug die Amtsdauer laut Art. 27 allerdings nur 3 Monate.

⁷⁵ Vgl. Vornbäumen, Dynamik in der Zwangsjacke, a.a.O., S. 36.

⁷⁶ Ziel ist die Sicherstellung einer Alternanz zwischen großen und kleinen, alten und neuen sowie neutralen und nicht neutralen Mitgliedstaaten.

⁷⁷ Die aktuelle Reihenfolge der Vorsitze bis einschließlich 2020 wurde in 2007 bestimmt, vgl. Rat der EU: Beschluss des Rates vom 1. Januar 2007 zur Festlegung der Reihenfolge für die Wahrnehmung des Vorsitzes im Rat, 2007/5/EG, Euratom, in: ABl. L 1/11 vom 4.1.2007.

⁷⁸ Die 9 Ratsformationen sind: Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen; Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN); Justiz und Inneres; Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz; Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung); Verkehr, Telekommunikation und Energie;

schen Rates⁷⁹ sowie der Ausschüsse und Arbeitsgruppen des Rates.⁸⁰ Sie bezieht sich demnach auf alle Ebenen der Ratsstrukturen.⁸¹ Martin Westlake und David Galloway sprechen in diesem Zusammenhang von der horizontalen Koordination zwischen den verschiedenen Ratsformationen und der vertikalen Koordination zwischen den verschiedenen Arbeitsebenen durch den Vorsitz.⁸² In der Praxis folgt daraus, dass er in einem Halbjahr bis zu 4000 Treffen leitet.⁸³ Der Ratspräsident beruft nach Artikel 48 EUV auch die Regierungskonferenzen zur Änderung von Verträgen ein, wenn sich der Rat hierfür ausgesprochen hat. Das Generalsekretariat des Rates unterstützt den Rat und die Präsidentschaft in ihrer Tätigkeit.⁸⁴

Eine Reihe an vertraglich festgelegten Kompetenzen des Vorsitzes findet sich im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), wo die Mitgliedstaaten bzw. der Rat der EU und der Europäische Rat im Vergleich zu den vergemeinschafteten Politikfeldern eine besonders große Rolle spielen, da Verfahren intergouvernemental angelegt sind. Der Vorsitz übernimmt hier laut Wessels weitgehend Aufgaben, die in der EG-Säule der EK zufallen.⁸⁵ Artikel 18 EUV legt fest, dass die Ratspräsidentschaft die EU in Angelegenheiten der GASP vertritt. Sie ist für die Durchführung der Beschlüsse verantwortlich und vertritt den Rat bei internationalen Konferenzen und in internationalen Organisationen, wo sie den gemeinsamen Standpunkt der EU darlegt. Unterstützt wird die Ratspräsidentschaft vom Generalsekretär des Rates, der gleichzeitig das Amt des Hohen Vertreters der GASP innehat. Die Kommission soll an den Aufgaben in vollem Umfang beteiligt werden. Das Dreiergespann aus Ratspräsident, Hohem Vertreter der GASP und dem Kommissar für Außenbeziehungen wird auch als „Troika“ bezeichnet.⁸⁶ Der Vorsitz kümmert sich in diesem Politikfeld ferner um die Anhörung des EP in wichtigen Fragen und dessen regelmäßige Unterrichtung.⁸⁷ Auf Ermächtigung des Rates tritt er gegenüber Dritten als Verhandlungspartner auf.⁸⁸ Außerdem kann er außerordentliche Tagungen einberufen.⁸⁹

Zusätzlich übertragen die Verträge dem Ratsvorsitz auch im Bereich Justiz und Inneres⁹⁰ sowie der Wirtschaftspolitik⁹¹ die Aufgabe, dem EP regelmäßig Bericht zu erstatten. Der

Landwirtschaft und Fischerei; Umwelt; Bildung, Jugend und Kultur, vgl. Anhang I der GO: Liste der Ratsformationen.

⁷⁹ Vgl. Art. 4 EUV.

⁸⁰ Vgl. Art. 19 Abs. 4 GO.

⁸¹ Vgl. Wessels, Wolfgang: Das politische System der Europäischen Union, Wiesbaden 2008, S. 214 f.

⁸² Westlake/Galloway, The Council of the European Union, a.a.O., S. 330.

⁸³ Vgl. Hayes-Renshaw/Wallace, The Council of Ministers, a.a.O., S. 133.

⁸⁴ Vgl. Art. 207 Abs. 2 EGV und Art. 23 GO.

⁸⁵ Vgl. Wessels, Das politische System der Europäischen Union, a.a.O., S. 217.

⁸⁶ Lempp, Die Evolution des Rats der Europäischen Union, a.a.O., S. 454.

⁸⁷ Vgl. Art. 21 EUV.

⁸⁸ Vgl. Art. 24 EUV.

⁸⁹ Vgl. Art. 22 Abs. 2 EUV.

⁹⁰ Vgl. Art. 39 Abs. 2 EUV

Präsident des Rates kann an den Sitzungen des EZB-Rates teilnehmen und diesem Anträge zur Beratung vorlegen.⁹² Wenn nötig, beruft der Ratspräsident im Einverständnis mit dem Präsidenten des EP den Vermittlungsausschuss ein.⁹³

Die GO konkretisiert die Aufgaben der Ratspräsidentschaft in vielen Punkten. Als Kompetenzen werden der Ratspräsidentschaft darin die Festlegung der Termine für die Ratstagen und die Erstellung der jeweiligen Tagesordnungen zugesprochen.⁹⁴ Speziell dem Ratsvorsitz widmet sich Art. 20 der GO.⁹⁵ Er besagt zum einen, dass der Vorsitz die Zahl der anwesenden Delegationsmitglieder beschränken kann. Ferner legt die Präsidentschaft die Zeit zur Erörterung der einzelnen Punkte sowie Redezeiten und die Reihenfolge der Sprecher fest. Insgesamt ist der Vorsitz für die Vorbereitung und die effiziente Durchführung der Tagungen verantwortlich. So kann er nach Absprache bereits im Vorhinein Konsultationen durchführen bzw. um schriftliche Stellungnahmen bitten und daraufhin Lösungsmöglichkeiten unterbreiten. Insgesamt soll der Vorsitz die Erörterungen lenken. Außerdem veranlasst er Abstimmungen⁹⁶ und unterzeichnet die Rechtsakte im Namen des Rates.⁹⁷ Die GO bekräftigt schließlich, dass der Vorsitz den Rat gegenüber dem EP und seinen Ausschüssen vertritt.⁹⁸ Ein Instrument, das in der GO von 2006 zum ersten Mal auftaucht und zur Schaffung von mehr Kohärenz eingeführt wurde, sind die Achtzehnmonatsprogramme⁹⁹, die jeweils von den drei in dieser Zeit amtierenden Ratspräsidentschaften in Abstimmung mit der EK ausgearbeitet werden¹⁰⁰ und als Grundlage für die jeweiligen individuellen Arbeitsprogramme gelten.

An dieser Stelle bietet sich eine erste Einschätzung bezüglich der Rolle der Ratspräsidentschaft aus formalrechtlicher Sicht an. Laut den geltenden Verträgen muss die Ratspräsidentschaft einer Reihe von Aufgaben und Pflichten nachkommen. Andererseits hat die angesprochene Erweiterung der Funktionspalette, die in die formalrechtlichen Bestimmungen Eingang gefunden hat, dazu beigetragen, dass der Vorsitz über eine Sonderstellung im Rat verfügt. In der GASP kommen ihm wichtige Repräsentationsaufgaben zu. Von einem Führungsinstrument lässt sich weniger aufgrund der primärrechtlichen Bestimmungen als

⁹¹ Vgl. Art. 99 Abs. 4 EGV.

⁹² Vgl. Art. 113 Abs. 1 EGV.

⁹³ Vgl. Art. 251 Abs. 3 EGV.

⁹⁴ Vgl. Art. 1 ff. GO.

⁹⁵ Vgl. Art. 20 GO i.V.m. Anhang V der GO: Arbeitsmethoden des erweiterten Rates.

⁹⁶ Vgl. Art. 11 Abs. 1 GO.

⁹⁷ Vgl. Art. 15 GO.

⁹⁸ Vgl. Art. 26 GO.

⁹⁹ Vgl. Art. 2 Abs. 4 GO.

¹⁰⁰ Bereits vorher war üblich, dass die Ratspräsidentschaft eng mit der nachfolgenden und der vorangegangenen Präsidentschaft kooperiert. Der Verfassungsvertrag sah das Prinzip der Trio-Präsidentschaft vor. Auch wenn dieser scheiterte, wurde die Trio-Präsidentschaft auch ohne vertragliche Grundlage zum Teil bereits in die politische Praxis übernommen, vgl. Lempp, Die Evolution des Rates der Europäischen Union, a.a.O., S. 213 und 218.

vor dem Hintergrund der GO des Rates der EU sprechen. Neben den institutionellen Ressourcen lassen sich aber auch klare Handlungsrestriktionen ablesen. Während ihrer kurzen Amtszeit muss sich die Ratspräsidentschaft eng mit einer Reihe anderer Akteure in der EU abstimmen. Hierzu zählen die EK als Inhaberin des Initiativrechts und das EP, die vorhergehende und nachfolgende Ratspräsidentschaft bzw. das Präsidentschaftstrio sowie der Hohe Repräsentant der GASP bzw. allgemein das Generalsekretariat. Dass sie lediglich als *primus inter pares* angesehen wird, wird daran deutlich, dass sie innerhalb des Rates kein Veto- oder Sanktionsrecht gegenüber den anderen Mitgliedstaaten hat, sondern im Gegenteil auf deren Zusammenarbeit angewiesen ist. Olga Niemi folgert: „Auf Basis der rechtlichen Verankerung der Ratspräsidentschaft läßt sich nur begrenzt Politik machen.“¹⁰¹

2.2.2 Informelle Bedeutung

„Wie viele institutionelle Rollenzuschreibungen in der EU-Architektur sind [...] die Funktionen und das Profil der Präsidentschaft nicht umfassend und eindeutig festgeschrieben“¹⁰². Viele Beobachter machen eine Diskrepanz zwischen den schriftlich festgelegten Bestimmungen, vor allem der Rolle, die der Ratspräsidentschaft in den Verträgen zugeschrieben wird, und ihrer tatsächlichen Bedeutung aus. Im Handbuch des Rates heißt es: „The Presidency's overall role, inherent in the office, is not described by the Treaty.“¹⁰³ Auch Fiona Hayes-Renshaw und Helen Wallace gehen davon aus: „The legal rules tell only a part of the story, since much depends on informal rules, codes of conduct and accumulated practice.“¹⁰⁴ Daher wird im Folgenden, ausgehend von ausgewählten informellen Praktiken, auf die informelle Bedeutung der Ratspräsidentschaft eingegangen. Auch informelle Normen zu deren angemessenem Verhalten kommen zur Sprache.¹⁰⁵

Zu den informellen Praktiken, die sich im Rahmen der formalrechtlichen Bestimmungen herausgebildet haben, zählen zum einen informelle, bilaterale Gespräche mit Vertretern anderer Mitgliedstaaten am Rande von Sitzungen, sogenannte „Beichtstuhlgespräche“¹⁰⁶. In diesen lotet der Vorsitz Schmerzgrenzen aus und stellt Zugeständnisse in Aussicht. Es kommt auch vor, dass in diesem Rahmen Zahlungen versprochen werden, um einen Mit-

¹⁰¹ Niemi, Perspektiven der Ratspräsidentschaft in einer erweiterten Europäischen Union, a.a.O., S. 38.

¹⁰² Wessels, Das politische System der Europäischen Union, a.a.O., S. 214.

¹⁰³ Generalsekretariat des Rates der EU: Council Guide, I. The Presidency Handbook, Februar 2006, S. 11 (http://www.eurosfair.prd.fr/7pc/doc/1200495506_presidence_eu_handbook_2006.pdf, letzter Zugriff am: 11.5.2010). Das Handbuch wird vom Generalsekretariat des Rates als internes Dokument ohne Rechtswirkung herausgegeben.

¹⁰⁴ Hayes-Renshaw/Wallace, The Council of Ministers, a.a.O., S. 8.

¹⁰⁵ Vgl. Tallberg, The Power of the Presidency, a.a.O., S. 1002.

¹⁰⁶ Kietz, Funktionen, Handlungsbedingungen und Stellschrauben der Präsidentschaft im System des EU-Ministerrats, a.a.O., S. 11.

gliedstaat zum gewünschten Abstimmungsverhalten zu bewegen. Ähnlich hat sich eingebürgert, dass die Staats- und Regierungschefs und Fachminister schon im Vorhinein Staatsbesuche abstatten, um für ihr Arbeitsprogramm zu werben, Mitstreiter für ihre Projekte zu gewinnen bzw. sich mit weniger wohlgesinnten Mitgliedstaaten auszutauschen. Diese Praxis ist im Jargon als „tour des capitales“ und „shuttle diplomacy“¹⁰⁷ bekannt. Um die Konsensfindung zu vereinfachen, zieht der Vorsitz Experten zu Rate oder ruft *ad-hoc*-Gruppen, „Freunde der Präsidentschaft“¹⁰⁸, ein, die sich unterschiedlich zusammensetzen können. In den Legislativ- und Haushaltsverfahren übernimmt der Vorsitz in den „Trilog“¹⁰⁹ eine zentrale Rolle, in denen sich Vertreter der EK, des EP und der Präsidentschaft in einem inoffiziellen, nicht öffentlichen Rahmen beraten.

Ein weiteres Instrument, das sich aus den formalen Befugnissen ableitet, dessen Einflusspotenzial darin jedoch weniger zum Ausdruck kommt, ist laut Beobachtern die Entscheidung über die Verhandlungsebene bzw. das Verhandlungsformat: „The presidency determines *how* dossiers are handled and when to refer it to a higher level. This is the most effective resource of power of the presidency.“¹¹⁰ Ebenso spielt der Zeitfaktor eine nicht zu unterschätzende Rolle. So kann der Vorsitz entsprechend der GO durch Zeitlimits Druck ausüben oder Marathonsitzungen abhalten, um Entscheidungen herbeizuführen.¹¹¹

Tallberg hebt generell die informationellen und prozeduralen Machtressourcen hervor und folgert: „the chair enjoys asymmetrical control over who gets to say what, when, how, and to what effect.“¹¹² Diese kann er einsetzen, um zwischen den Parteien zu vermitteln, ins Stocken geratene Verhandlungen voranzutreiben, diese zu steuern und so zur Kompromiss- bzw. kollektiven Entscheidungsfindung und zu effizienteren Lösungen beizutragen.¹¹³ Aufgrund ihres Informationsvorsprungs arbeitet die Ratspräsidentschaft oft selbst Kompromisslösungen aus, sogenannte „package deals“¹¹⁴, über die anschließend im Rat abge-

¹⁰⁷ Tallberg, *Leadership and Negotiation in the European Union*, a.a.O., S. 114.

¹⁰⁸ Wessels, *Das politische System der Europäischen Union*, a.a.O., S. 216.

¹⁰⁹ Ebd., S. 217.

¹¹⁰ Lempp, *Die Evolution des Rats der Europäischen Union*, S. 453.

¹¹¹ Vgl. Sherrington, *The Council of ministers*, a.a.O., S. 44 sowie Niemi, *Perspektiven der Ratspräsidentschaft in einer erweiterten Europäischen Union*, a.a.O., S. 65.

¹¹² Tallberg, *The Power of the Presidency*, a.a.O., S. 1002.

¹¹³ Vgl. hierzu die Definition von „leadership“ von Morris Fiorina und Kenneth Shepsle 1989, auf die Andreas Warntjen Bezug nimmt: „an institutional arrangement created by a P, or a collection of Ps...in order to obtain some objective more efficiently, more effectively, or with higher probability than he, or they, could without the coordination and enhanced productivity provided by the leadership institution.“, zitiert nach: Warntjen, Andreas: *Steering, but not Dominating: the Impact of the Council Presidency on EU Legislation*, in Naurin, Daniel/Wallace, Helen (Hrsg.): *Unveiling the Council of the European Union. Games governments play in Brussels*, Houndmills [u.a.] 2008, S. 204; Adriaan Schout schreibt: „Even though seldom credited with it, the rotating presidency is one of the reasons why decision-making moves beyond lowest common denominators.“, Schout, *Beyond the Rotating Presidency*, a.a.O., S. 270. Tallberg geht neben der Effizienz- noch auf die Distributionsebene ein mit Fokus auf der Durchsetzung nationaler Interessen des Vorsitz führenden Landes. Diese ist jedoch nicht Gegenstand der Arbeit.

¹¹⁴ Niemi, *Perspektiven der Ratspräsidentschaft in einer erweiterten Europäischen Union*, a.a.O., S. 65.

stimmt wird. Trotz des Initiativmonopols der EK auf EG-Ebene sieht Tallberg allgemein großes Führungspotential des Vorsitzes in den Möglichkeiten des „Agenda-shaping“, wobei er unter diesem Begriff „Agenda-setting“ (Einführung und Herausgreifen von Themen, Unterbreitung konkreter Vorschläge, Entwicklung neuer institutioneller Praktiken), „Agenda-structuring“ (Entscheidung über die vorrangige Behandlung von Themen) und „Agenda-exclusion“ (Vernachlässigung oder Ausschluss von Themen) zusammenfasst.¹¹⁵ Gerade die Einflussnahme durch die beiden letztgenannten Punkte würde laut Tallberg häufig unterschätzt.¹¹⁶

Diese Ausführungen zeigen, dass dem Vorsitz eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung stehen, die er strategisch nutzen kann. Wessels hält fest: „Mithilfe der Geschäftsordnung sowie mit ‚politischem Geschick‘ kann ein ‚einfühlsamer‘ und zielgerichteter Vorsitz den Ablauf der Beratungen und Verhandlungen nachhaltig beeinflussen.“¹¹⁷ Gerade die sich im Laufe der Zeit herausgebildete informelle Praxis deutet auf einen größeren Spielraum des Ratsvorsitzes hin, als es die vertraglichen Bestimmungen vermuten lassen. Dies erklärt, warum eine Reihe von Autoren, aber auch Akteure im Rat selbst den Vorsitz in einer machtvollen Position sehen.¹¹⁸

Bezüglich der informellen Rolle der Ratspräsidentschaft werden häufig auch die strukturellen Veränderungen der Union angeführt. Durch die ständige Erweiterung und Vertiefung der Union habe die Bedeutung des informellen Rahmens, informeller Praktiken, aber auch die Nachfrage nach Führung im Rat zugenommen.¹¹⁹ Darüber hinaus habe der sich schmälernde Einfluss der EK zur Stärkung der Ratspräsidentschaft geführt.¹²⁰ Ähnlich wie Lempp stellt Ana Mar Fernández die veränderte Rolle der Ratspräsidentschaft heraus:

[T]he presidency continues to represent the main intergovernmental counterweight to the supranational dynamic embodied by the European Commission. Nevertheless, this institution has also become one of the driving forces of the European integration process, namely, an institution increasingly associated with the defence of collective views and the implementation of common policies. This unexpected change [..] may be described as the ‚communitarisation‘ of the Council Presidency[.]¹²¹

Die Entwicklung der Ratspräsidentschaft hin zu einem Akteur, der das Gemeinschaftsinteresse innerhalb der EU fördern und den Integrationsprozess vorantreiben soll, leitet direkt

¹¹⁵ Vgl. hierzu: Tallberg, *The agenda-shaping powers of the EU Council Presidency*, a.a.O., S. 216.

¹¹⁶ Das „Agenda-structuring“ wird von Tallberg auch als „the true ‘power of the chair’“ bezeichnet, vgl. ebd., S. 8.

¹¹⁷ Wessels, *Das politische System der Europäischen Union*, a.a.O., S. 216.

¹¹⁸ Vgl. Lempp, *Die Evolution des Rats der Europäischen Union*, a.a.O., S. 453.

¹¹⁹ Vgl. Tallberg, *Bargaining Power in the European Council*, a.a.O., S. 45 sowie Hayes-Renshaw/Wallace, *The Council of Ministers*, a.a.O., S. 134 f.

¹²⁰ Vgl. Elgström, Ole: *Introduction*, in: Ders., *European Union Council Presidencies*, a.a.O., S. 5, Hayes-Renshaw/Wallace, *The Council of Ministers*, a.a.O., S. 134 f. sowie Schout, *The Presidency as Juggler*, a.a.O., S. 3.

¹²¹ Fernández, *The EU Council Presidency Dilemma*, a.a.O., S. 7.

zu den informellen Regeln bezüglich des Verhaltens des Vorsitzes über. Im Handbuch des Rates, das jedoch über keinen rechtlichen Status verfügt, findet sich hierzu folgende Aussage: „The Presidency must, by definition, be neutral and impartial.“¹²² Diese kann als informelle Norm und Restriktion für den Ratsvorsitz betrachtet werden, die zwar idealtypisch gedacht und schwer überprüfbar ist¹²³, aber allgemein akzeptiert und häufig als Bewertungskriterium von Ratspräsidentschaften herangezogen wird. Erfahrungsgemäß genügen dieser Bedingung vor allem kleine Mitgliedstaaten, während großen Mitgliedstaaten häufiger vorgeworfen wird, während ihrer Amtszeit nationale Interessen zu forcieren.¹²⁴ Einige Autoren setzen der Neutralitätsbedingung eine Norm der Effizienz entgegen.¹²⁵ Sie argumentieren, dass es Situationen gibt, in denen gerade erwünscht ist, dass sich der Ratsvorsitz aus Effizienzgründen nicht neutral verhält. Hierdurch entsteht der Ratspräsidentschaft wiederum Handlungsspielraum, denn sie kann sich auf beide Normen, die laut Tallberg semi-offiziellen Status erreicht haben, berufen und die Nichtbeachtung der einen mit der Beachtung der anderen rechtfertigen.¹²⁶

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Ratspräsidentschaft mittlerweile „eine Schlüsselposition bei der System- und Politikgestaltung der Union“¹²⁷ einnimmt. Dies macht gerade die informelle Seite deutlich.¹²⁸ Eindeutig bestimmen lässt sich der tatsächliche Einfluss der Ratspräsidentschaft als mitführender Akteur im Institutionengefüge der EU dennoch nicht.¹²⁹ Hinsichtlich der Erwartungen an einen Vorsitz meint Schout: „Overestimation and underestimation of the tasks of the presidency may both be equally harmful.“¹³⁰ Vertragstext und Praxis eröffnen diverse Gestaltungsräume und ermöglichen eine flexible Auslegung des Amtes.¹³¹ Wessels bemerkt hierzu: „Diese Interpretationsoffenheit kann für den Vorsitz ein Potential an Gestaltungsmöglichkeiten bieten, das im Rahmen der jeweils bestehenden politischen Lage auf Chancen und Grenzen auszuloten ist.“¹³² Dies soll im empirischen Teil der Arbeit geschehen.

¹²² Generalsekretariat des Rates der EU, Council Guide, I. The Presidency Handbook, a.a.O., S. 14.

¹²³ Vgl. bspw.: Schout/Vanhoonacker, Evaluating Presidencies of the Council of the EU, a.a.O., S. 1054, nach denen es illusorisch ist anzunehmen, die Eigeninteressen des Mitgliedstaates, der den Vorsitz innehat, würden nicht in seine Politik einfließen.

¹²⁴ Vgl. Wessels, Das politische System der Europäischen Union, a.a.O., S. 218.

¹²⁵ Vgl. Schout, The Presidency as Juggler, a.a.O., S. 4.

¹²⁶ Vgl. Tallberg, The Power of the Presidency, a.a.O., S. 1006.

¹²⁷ Wessels, Das politische System der Europäischen Union, a.a.O., S. 214.

¹²⁸ Die zunehmende Bedeutung der Ratspräsidentschaft wird auch an der gesteigerten Mediatisierung der Ratspräsidentschaften deutlich. Seit Anfang der 90er Jahre hat beispielsweise jede Ratspräsidentschaft eine eigene Webseite und ein individuelles Logo, um in der Öffentlichkeit als solche wahrgenommen zu werden, vgl. hierzu: Hayes-Renshaw, From Procedural Chore to Political Prestige, a.a.O., S. 120 f.

¹²⁹ Vgl. Schout, Beyond the Rotating Presidency, a.a.O., S. 270.

¹³⁰ Schout, The Presidency as Juggler, a.a.O., S. 2.

¹³¹ Vgl. Wessels, Das politische System der Europäischen Union, a.a.O., S. 214 und Niemi, Perspektiven der Ratspräsidentschaft in einer erweiterten Europäischen Union a.a.O., S. 61.

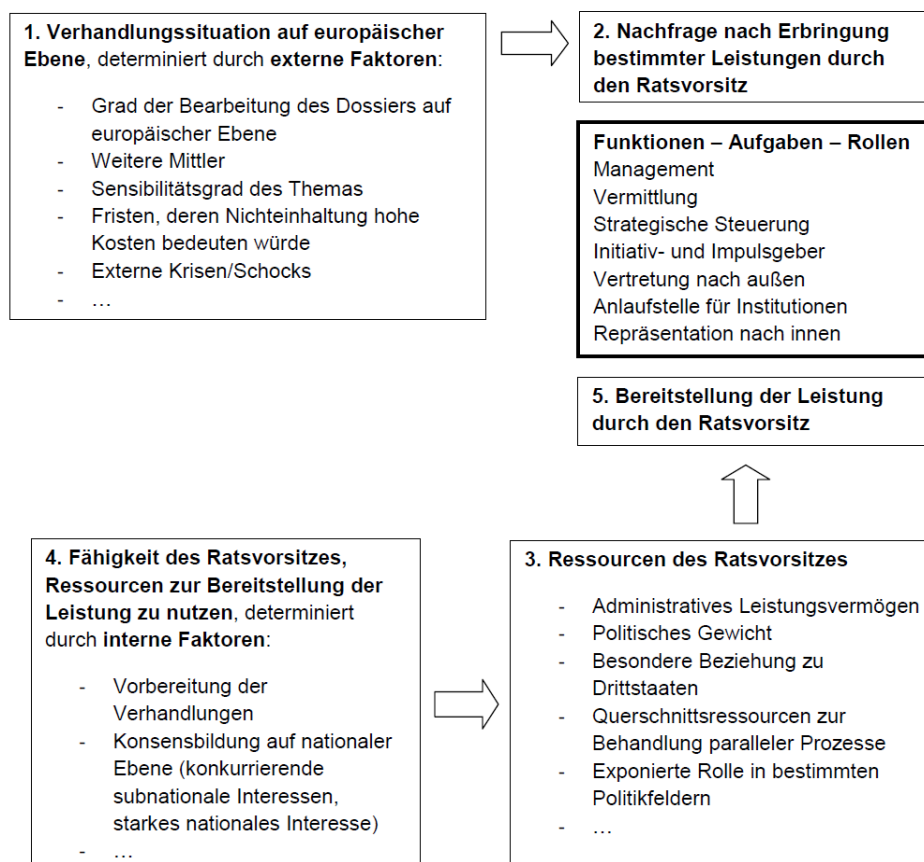
¹³² Wessels, Das politische System der Europäischen Union, a.a.O., S. 214.

2.3 Das Analyseschema für EU-Ratspräsidentschaften nach Daniela Kietz

2.3.1 Grundidee

Daniela Kietz beabsichtigte mit dem von ihr ausgearbeiteten Analyseschema ein Raster zu entwickeln, mit dem Ratspräsidentschaften angemessen und nuanciert bewertet werden können, das also den in 1.3 genannten Herausforderungen bei der Analyse von Ratspräsidentschaften gerecht wird. Zur Klärung ihrer Ausgangsfrage: Was macht eine erfolgreiche Ratspräsidentschaft aus? schlägt Kietz einen funktionalen Ansatz vor, wobei sie sich in diesem Punkt sowie was den kontingenztheoretischen Charakter des Modells betrifft, an dem Ansatz von Schout und Vanhoonacker orientiert. Deren Modell hat Kietz mit der Absicht, ein allgemein anwendbares Schema zur Evaluation von Ratspräsidentschaften zu entwickeln, erweitert und modifiziert.¹³³ Abbildung 1 soll der Veranschaulichung der einzelnen Elemente und ihrer Abhängigkeiten dienen.

Abbildung 1: Das Analyseschema für EU-Ratspräsidentschaften in Anlehnung an Daniela Kietz



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von Kietz, Daniela: Methoden zur Analyse von EU-Ratspräsidentschaften, SWP-Diskussionspapier, Berlin Mai 2007.

¹³³ Vgl. Kietz, Methoden zur Analyse von EU-Ratspräsidentschaften, a.a.O., S. 6 ff.

Als kennzeichnend für einen kontingenztheoretischen Ansatz wurde zuvor die Berücksichtigung der jeweiligen Situation bzw. des jeweiligen Kontextes bei der Bewertung des Führungsverhaltens ausgemacht. Kietz spricht deshalb auch von einem situativen Ansatz.¹³⁴ Sie geht davon aus, dass variierende Umfeldbedingungen, die hier als externe Faktoren bezeichnet werden (1), jeweils unterschiedliche Anforderungen an den Ratsvorsitz stellen und somit bestimmen, welche Rollen bzw. welche Funktionen diesem abverlangt werden (2). Die Ratspräsidentschaft entwirft Handlungsschritte und bietet ihrerseits gewisse Funktionen an (5). Dabei stehen ihr unterschiedliche Ressourcen zur Verfügung (3). Ihre Fähigkeit, diese zu nutzen, wird wiederum durch verschiedene interne Faktoren determiniert (4). Nimmt die Ratspräsidentschaft die in der jeweiligen Situation nachgefragten Funktionen wahr, d.h. erfüllt sie die an sie herangetragenen Anforderungen, wird ihr Vorgehen als erfolgreich bewertet. Kietz drückt dies mit folgenden Worten aus: „Effizient handelnde Präsidenschaften nehmen diejenigen Aufgaben wahr, die die gegebene Verhandlungssituation für ein erfolgreiches Abschließen oder Voranbringen der Verhandlungen von ihnen erfordert (*demand = supply*)“¹³⁵. Das Nachfrage-Angebotsmodell unterstreicht den prozesshaften Charakter des Modells, führt allerdings nicht zwangsläufig zu dem gewünschten Ergebnis, denn: „Eine klare Kausalbeziehung zwischen Funktionserfüllung und Verhandlungserfolg existiert nicht.“¹³⁶ Jedoch kann davon ausgegangen werden, dass sich die Wahrscheinlichkeit eines Verhandlungsfortschritts erhöht, wenn ein Vorsitz der Funktionserfüllung adäquat nachkommt.¹³⁷

2.3.2 Die Funktionen der Ratspräsidentschaft

Die Funktionen, Aufgaben oder Rollen der Ratspräsidentschaft stehen im Zentrum des Ansatzes. Kietz nimmt eine sehr genaue Klassifizierung vor und unterscheidet zwischen sieben empirisch ableitbaren Funktionen.¹³⁸

Zunächst nennt Kietz die *Managementfunktion* des Ratsvorsitzes. Hierunter fasst sie die zeitliche und inhaltliche Planung und Koordinierung der Sitzungen des Rates auf allen

¹³⁴ Vgl. ebd.

¹³⁵ Ebd. bzw. Kietz, Funktionen, Handlungsbedingungen und Stellschrauben der Präsidentschaft im System des EU-Ministerrats, a.a.O., S. 8.

¹³⁶ Kietz, Funktionen, Handlungsbedingungen und Stellschrauben der Präsidentschaft im System des EU-Ministerrats, a.a.O., S. 16.

¹³⁷ Vgl. ebd.

¹³⁸ In der Literatur finden sich eine Reihe an Funktionskatalogen für die Ratspräsidentschaft, die mehr oder weniger differenziert ausfallen. Schout und Vanhoonacker gehen in ihrem Modell von vier Funktionen aus: Organisator, Vermittler, politische Führung, und nationaler Interessenvertreter, vgl. Schout/Vanhoonacker, Evaluating Presidencies of the Council of the EU, a.a.O., S. 1053 ff.

Ebenen sowie die Koordination der Verhandlungen mit dem EP. Im Fokus steht die effiziente Organisation des Tagesgeschäfts.

Zweitens kommt es der Ratspräsidentschaft laut Kietz zu, als *Vermittler* und Makler von Kompromissen zum Erreichen eines Konsenses beizutragen. Hierzu sollte der Vorsitz möglichst frühzeitig die Positionen der Mitgliedstaaten, des EP, der EK und gegebenenfalls von Drittstaaten sondieren und einordnen. Schließlich kommt es in großem Maße auf das diplomatische Geschick und die Überzeugungskraft des Vorsitzes an, der auch für ein positives Verhandlungsklima Sorge trägt.

Als zwei unterschiedliche Funktionen der Präsidentschaft behandelt Kietz die strategische Steuerung und die Rolle des *Initiativ- und Impulsgebers*. Während es bei letzterer vor allem um Akzentsetzungen durch den Ratsvorsitz geht, z.B. durch die Lancierung eines neuen Projekts oder Ziels bzw. um das Aufzeigen neuer Ansätze bei bereits bestehenden Projekten, meint *strategische Steuerung* die Ausrichtung der Ratsarbeit auf gesamteuropäische Ziele. In dieser Hinsicht hat die Ratspräsidentschaft die Aufgabe, aktuelle Diskussionen und Verhandlungen in eine längerfristige Perspektive zu stellen. Dies impliziert, dass sie Delegationen dazu bewegt, nationale Interessen zu Gunsten der übergeordneten europäischen Ziele zurückzustellen.

Zusätzlich unterscheidet Kietz zwischen drei *Repräsentationsfunktionen*. Erstens vertritt die Ratspräsidentschaft die EU in der GASP *nach außen*, zusammen mit dem Hohen Vertreter für die GASP und der EK. Hierunter fallen die Repräsentation der EU gegenüber Drittstaaten, ihre Funktion als Sprachrohr der EU auf internationalen Konferenzen und in internationalen Organisationen¹³⁹, aber auch die Vermittlung in internationalen und regionalen Krisenfällen sowie die Koordination und Umsetzung von Entscheidungen in der GASP. Darüber hinaus dient sie als *Anlaufstelle für die EU-Institutionen* und repräsentiert den Rat in den interinstitutionellen Verhandlungen innerhalb der EU, vor allem in den Legislativverhandlungen mit dem EP und gegenüber der EK. Drittens weist Kietz auf die Vertretung des Rates gegenüber der Öffentlichkeit hin. So obliegt es dem Vorsitz, den europäischen Politikprozess gegenüber Bürgern, Medien und politischen Akteuren zur Demonstration der Handlungsfähigkeit der EU zu inszenieren. Dies versteht Kietz unter *Repräsentation nach innen*.

Die Funktionen, die der Ratspräsidentschaft abverlangt werden, sind interdependent. Teilweise ergänzen sie sich, teilweise kann es aber auch zum *Trade-off* zwischen verschiede-

¹³⁹ Die Funktion der Außenvertretung gegenüber Dritten (Drittstaaten und internationalen Organisationen) teilt sich die Ratspräsidentschaft generell mit der EK. Die Ratspräsidentschaft vertritt die Union bei Angelegenheiten im Bereich der GASP; sofern die Europäische Gemeinschaft als Rechtssubjekt Mitglied einer internationalen Organisation ist bzw. in jenen Bereichen, die exklusiv der EG zugeordnet werden können, wird sie durch die EK repräsentiert, vgl. Lempp, Die Evolution des Rats der Europäischen Union, a.a.O., S. 221.

nen Funktionen, d.h. zu Rollenkonflikten, kommen. Solche Fälle stellen eine besondere Herausforderung dar.¹⁴⁰

2.3.3 Ratspräsidentschaftsexterne Faktoren

Die präsidentschaftsexternen Faktoren entsprechen den Umfeldbedingungen und liegen, wie die Bezeichnung nahelegt, nur bedingt im Einflussbereich des Vorsitz führenden Landes. Als Situationsvariablen leitet sich aus ihnen das Anforderungsprofil an die Ratspräsidentschaft ab. Bei der Wahrnehmung der Funktionen können sie sich positiv oder negativ auf deren Funktionserfüllung auswirken.

Kietz benennt als externe Faktoren den Grad der Bearbeitung des Dossiers auf europäischer Ebene, d.h. ob und wie intensiv sich die Mitgliedstaaten bereits mit dem Dossier vertraut gemacht haben, die Existenz weiterer Mittler, beispielsweise die EK oder Vertreter anderer Mitgliedstaaten, den Sensibilitätsgrad des Themas sowie die Einhaltung von Fristen. Weiterhin zählt sie Krisen und Schocks dazu, mit denen sich die EU konfrontiert sieht. Kietz erwähnt in ihren Beiträgen ferner die geleistete Vorarbeit bzw. die Verzögerung bei der Behandlung von Dossiers durch andere Akteure, *Spill-over*-Effekte sowie auf die EU einwirkende Verhandlungen zwischen Drittstaaten.¹⁴¹

2.3.4 Ressourcen und ratspräsidentschaftsinterne Faktoren

Eine gute Ressourcenausstattung erleichtert grundsätzlich die Bereitstellung der nachgefragten Leistungen. Zu den Ressourcen gehören das administrative Leistungsvermögen des Vorsitz führenden Landes, dessen politisches Gewicht auf europäischer und internationaler Ebene, besondere Beziehungen zu Drittstaaten, Querschnittsressourcen zur Behandlung paralleler Prozesse, d.h. die Nutzung von Synergieeffekten, sowie eine Vorreiterrolle in bestimmten Politikfeldern.

Der Zugriff auf die Ressourcen ist abhängig von den ratspräsidentschaftsinternen Faktoren. Kietz zählt hierzu einmal den Grad der Vorbereitung auf die Verhandlungen. Der zweite Punkt „Konsensbildung auf nationaler Ebene“ bezieht sich auf den in Kapitel 1.3 bereits angesprochenen Einfluss nationaler oder konkurrierender subnationaler Interessen.

Beispielhaft für die Funktionsausübung erschwerende Gegebenheiten führt Kietz innenpolitische Umstände wie anstehende Wahlen bzw. die fehlende Stabilität der Regierung im

¹⁴⁰ Vgl. Kietz, Methoden zur Analyse von EU-Ratspräsidentschaften, a.a.O., S. 20.

¹⁴¹ Vgl. Kietz, Funktionen, Handlungsbedingungen und Stellschrauben der Präsidentschaft im System des EU-Ministerrats, a.a.O., S. 8 f.

Vorsitz führenden Land an, während europapolitische Erfahrung bzw. die Erfahrung eines Landes speziell in der Organisation von Ratspräsidentschaften sowie das Vertrauen der europäischen Partner¹⁴² dem Vorsitz förderlich seien.

2.3.5 Anwendung des Schemas in der vorliegenden Arbeit

Bevor das oben beschriebene Analyseschema zur Anwendung kommt, soll an dieser Stelle noch auf zwei wichtige Aspekte hingewiesen werden.

Zum einen weicht die Einstufung externer Krisen und Schocks in dieser Arbeit insofern vom Analyseschema ab, dass sie nicht nur als externe Faktoren Berücksichtigung finden. Sowohl der Georgienkrieg als auch die Finanz- und Wirtschaftskrise werden im Rahmen der ersten beiden Fallbeispiele vielmehr zu politischen Dossiers aufgewertet, d.h. analog dem Klima- und Energiepaket analysiert.

Zum anderen wird das Analyseschema von Kietz in der vorliegenden Arbeit mit dem Mitführungskonzept von Lübckemeier kombiniert, weil das Erkenntnisinteresse über die Frage hinausgeht, ob die französische Ratspräsidentschaft als erfolgreich bezeichnet werden kann oder nicht. Das Schema kommt demnach im Sinne einer Analyseheuristik zur differenzierten Untersuchung von politischen Führungsleistungen zum Einsatz. Neben den oben genannten Vorteilen, die sich aus dem kontingenztheoretischen Ansatz ergeben, wird auch die funktionale Konzeptionalisierung von politischer Führung als gute Möglichkeit gesehen, um der Vielschichtigkeit dieses Phänomens gerecht zu werden.¹⁴³

Für die gewählte Vorgehensweise spricht nicht zuletzt die von Kietz selbst mehrfach betonte mögliche flexible Handhabung und Offenheit des Schemas. Sie weist explizit auf die Möglichkeit hin, dass es je nach Anwendungszusammenhang entsprechend angepasst bzw. erweitert werden kann.¹⁴⁴

2.4 Methodisches Vorgehen und Auswahl der Fallbeispiele

Auf der Basis der vorangegangenen Überlegungen folgt im Anschluss der anwendungsbezogene Teil, die Untersuchung der französischen Ratspräsidentschaft in Form einer empirisch-analytischen Fallstudie, wobei die Analyse weniger auf die Überprüfung der Theorie abzielt, als vielmehr der Erhellung des Einzelfalls dient. Die leitende Fragestellung für die

¹⁴² Vgl. Kietz, Methoden zur Analyse von EU-Ratspräsidentschaften, a.a.O., S. 18, Fußnote 13.

¹⁴³ Vgl. hierzu auch: Gast, Was bedeutet „politische Führung“? Eine Übersicht über unterschiedliche Definitionen aus interdisziplinärer Perspektive und ein Vorschlag zur systematischen Analyse des Gegenstandes anhand des Strukturfunktionalismus, a.a.O.

¹⁴⁴ Vgl. Kietz, Methoden zur Analyse von EU-Ratspräsidentschaften, a.a.O., S. 18 f. und 7 f.

Analyse sowie das der Arbeit zugrunde liegende qualitative Untersuchungsdesign beruhen auf dem Bemühen um ein vertieftes Verständnis politischer Entwicklungen im Kontext der Europapolitik. Ziel ist es, mit Hilfe des ausgewählten Analyserasters, Fakten besser einordnen zu können und Zusammenhänge, Prozesse und Handlungsmotive nachzuvollziehen.¹⁴⁵ Auf der Grundlage der Analyseergebnisse soll schließlich eine Bewertung des Führungsverhaltens des französischen Vorsitzes erfolgen. Insgesamt orientiert sich die Arbeit damit eher am Traditionalismus und legt die Betonung stärker auf die Dimension des *Verstehens* als die des *Erklärens*.¹⁴⁶

Um möglichst tiefgehende Analysen zu ermöglichen, konzentriert sich der Empirieteil auf drei Fallbeispiele: den Georgienkonflikt, die Finanz- und Wirtschaftskrise und das Klima- und Energiepaket, die im Hinblick auf den im Fokus der Arbeit stehenden Führungsaspekt genauer beleuchtet werden. Die Auswahl der Fallbeispiele orientierte sich an folgenden Kriterien: An oberster Stelle stand deren Relevanz für das Thema der Arbeit. So sind alle drei Fälle Beispiele politischer Führung in der EU durch den Ratsvorsitz. Sie eignen sich folglich dazu, das französische Führungsverhalten herauszuarbeiten und zu bewerten. Zweites Kriterium für die Auswahl war die Berücksichtigung verschiedener Politikbereiche, da diese unterschiedliche Zuständigkeiten und Verfahren in der EU implizieren. Drittens wurden Fälle ausgewählt, die sowohl die offizielle als auch die unerwartete Agenda des Vorsitzes abdecken, so dass die Vorgehensweise der Ratspräsidentschaft in unterschiedlichen Situationen untersucht werden kann. Strittig könnte auf den ersten Blick die Gewichtung von planbarer und mehr oder weniger unvorhersehbarer Agenda im Verhältnis 1:2 erscheinen, andererseits spiegelt dies die Tatsache wider, dass die unerwarteten Krisen während der französischen Ratspräsidentschaft in der Tat im Vordergrund standen und auch in den Analysen der Ratspräsidentschaft großen Raum einnehmen. Der Einbezug der unerwarteten Agenda ermöglicht zusätzlich Rückschlüsse auf die Möglichkeiten zur politischen Führung in der EU.

Die Vorgehensweisen und Strategien des französischen Vorsitzes werden mit Hilfe der Methode des *Process Tracing* nach Jeffrey T. Checkel¹⁴⁷ untersucht. Checkel bezeichnet *Process Tracing* als realitätsnahe, weniger strukturalistische Methode, die gut mit Fallstudien und anderen Methoden wie der analytischen Narrativik oder Inhaltsanalysen kombiniert werden kann.¹⁴⁸ Für die Verwendung der Methode in der vorliegenden Arbeit spricht

¹⁴⁵ Vgl. Meyers, Reinhard: Theorien der internationalen Beziehungen, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 10. Aufl. 2006, S. 460.

¹⁴⁶ Zur Traditionalismus-Scientismus-Debatte vgl. ebd., S.459 f. und S. 468 f.

¹⁴⁷ Checkel, Jeffrey T.: It's the Process Stupid! Process Tracing in the Study of European and International Politics, Working Paper No. 26, Centre for European Studies, University of Oslo October 2005.

¹⁴⁸ Vgl. ebd., S. 6.

ihr Fokus auf Interaktion. *Process Tracing* zielt nicht nur auf das Nachzeichnen von Prozessen ab, Ziel ist vielmehr die Ergründung einer sogenannten „Blackbox“, die sich zwischen einem Ausgangs- und Endpunkt aufgetan hat, sowie des Mechanismus, der beide verbindet.¹⁴⁹ Dies kann folgendermaßen auf diese Arbeit übertragen werden: Zunächst müssen die jeweiligen Ausgangsbedingungen bzw. der Stand der Verhandlungen auf europäischer Ebene geklärt werden. Wie das Handeln des französischen Vorsitzes, dessen Reaktionen, Funktionsausübung und Führungsversuche, die weiteren Entwicklungen prägten und schließlich zu bestimmten Ergebnissen führten, wird als die zu untersuchende Blackbox betrachtet und mit Hilfe der Quellen herausgearbeitet.

Jeffrey T. Checkel weist in seinem Aufsatz auf einige Nachteile bzw. Gefahren des *Process Tracing* hin.¹⁵⁰ Insgesamt handele es sich um eine sehr aufwändige Methode, da große Datenmengen ausgewertet werden müssen. Dabei verliere man leicht den Kontext aus den Augen. Ferner sei auf erkenntnistheoretische Fallen zu achten. Deshalb wurde für die vorliegende Arbeit der in diesem Kapitel dargestellte theoretische Rahmen als Referenzrahmen herangezogen. Kietz spricht darüber hinaus das Problem der Subjektivität bei der Bewertung des Handelns von Ratspräsidentschaften an.¹⁵¹ Um dem vorzubeugen, wurde bei der Auswahl der Literatur darauf geachtet, unterschiedliche Perspektiven und Quellen einzubeziehen. Verschiedene Standpunkte zu Sachverhalten werden in der Analyse nebeneinander gestellt. Bezüglich der Presseartikel wurden systematisch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) und die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) auf deutscher, *Le Figaro* und *Le Monde* auf französischer Seite ausgewertet, die in den beiden Ländern als Leitmedien gelten und politisch unterschiedlich ausgerichtet sind. Zudem wurden aussagekräftige Artikel aus anderen Zeitungen berücksichtigt und ergänzend einzelne Hintergrundgespräche mit sachkundigen Wissenschaftlern und Frankreichexperten¹⁵² geführt. Obgleich für die Analyse demnach eine sehr umfangreiche Materialsammlung zu Rate gezogen wurde, kann sich die Arbeit dem Problem der Subjektivität nicht vollständig entziehen. Sie kann auch nicht den Anspruch haben, eine erschöpfende Darstellung der Zusammenhänge zu leisten. Hierzu wären weitere Hintergrundinformationen vor allem über den genauen Verlauf der Gespräche und Sitzungen nötig, die nicht oder nur schwer zugänglich sind. Dennoch scheint angesichts der Fülle an Literatur über die französischen Ratspräsidentschaft sowie vor dem Hintergrund des zeitlichen Abstands eine verlässliche Einschätzung möglich.

¹⁴⁹ Vgl. ebd., S. 4 ff.

¹⁵⁰ Vgl. ebd., S. 3 und S. 18 ff.

¹⁵¹ Vgl. Kietz, Funktionen, Handlungsbedingungen und Stellschrauben der Präsidentschaft im System des EU-Ministerrats, a.a.O., S. 9.

¹⁵² Die Namen und Funktionen der Gesprächspartner sind im Literaturverzeichnis unter 6.10 aufgelistet.

3. Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008

3.1 Allgemeine Merkmale und Rahmenbedingungen

Mit Frankreich übernahm am 1. Juli 2008 ein großer Mitglied- und dazu Gründerstaat den Vorsitz im Rat der EU. Dies implizierte zum einen *per se* hohe Erwartungen, ähnlich wie es 2007 bei Deutschland der Fall war.¹⁵³ Gleichzeitig verweist dies auf die große Ressourcenausstattung materieller und administrativer Art sowie langjährige Erfahrung, die dem Land bei der Ausübung des Vorsitzes zugutekommen.¹⁵⁴ Hinzu kommt, dass es sich im Falle Frankreichs um ein außenpolitisches Schwergewicht handelt, das über einen starken diplomatischen Apparat verfügt¹⁵⁵ und dessen europapolitische Koordinierungs- und Entscheidungsstrukturen im europäischen Vergleich als besonders effizient gelten.¹⁵⁶

Die Situation hätte sich sicher anders dargestellt, hätte die Präsidentschaftswahl 2007, ein Jahr vor der Ratspräsidentschaft, nicht die vorherrschende Lähmung der französischen Europapolitik beendet. Eine solche hatte das Ende der Amtszeit Jacques Chiracs vor allem seit dem französischen Nein zum Verfassungsvertrag im Mai 2005 geprägt.¹⁵⁷ Bereits während seines Wahlkampfes, der unter dem Zeichen einer „rupture“¹⁵⁸ stand, hatte Nicolas Sarkozy angekündigt, dass er für Neuerungen in der Politik sorgen wolle. Was die Europapolitik betrifft, war sein Ziel, wie eingangs erwähnt, die „Rückkehr Frankreichs nach Europa“¹⁵⁹ zu verwirklichen.

Dafür, dass er hierbei zumindest von politischer Seite in Frankreich mit wenig Widerstand zu rechnen hatte, sorgten die Wahlen zur Nationalversammlung kurz nach der Präsidentschaftswahl, die die Konservativen mit 318 von 577 Sitzen und damit mit absoluter Mehrheit für sich entschieden.¹⁶⁰ Ferner beeinflusste der Staatspräsident in großem Maße die Regierungsbildung.¹⁶¹ An dieser Stelle sei auch seine Politik der „ouverture“¹⁶², d.h. der

¹⁵³ Vgl. Bengtsson, Rikard: The Council Presidency and external representation, in: Elgström (Hrsg.), European Union Council Presidencies, a.a.O., S. 61.

¹⁵⁴ Es handelte sich seit 1959 um die 12. französische Ratspräsidentschaft, vgl. Giuliani, Un Européen très pressé, a.a.O., S. 225.

¹⁵⁵ Vgl. Kietz, Daniela: Rat der Europäischen Union, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, Baden-Baden 2009, S. 71.

¹⁵⁶ Vgl. Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 269.

¹⁵⁷ Vgl. ebd. sowie Liberti, A general evaluation of the French EU Presidency, a.a.O.

¹⁵⁸ Gorawantschy, Beatrice: Frankreich vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft. Innenpolitische Herausforderungen, europapolitische Chance, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Paris 10.6.2008, S. 1.

¹⁵⁹ Lequesne, Christian: Frankreich, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2008, Baden-Baden 2009, S. 359.

¹⁶⁰ Vgl. Schwarzer, Daniela: Krisenstimmung in Paris, SWP-Aktuell Nr. 18, Berlin Februar 2008, S. 4.

¹⁶¹ Vgl. ebd., S. 3.

politischen Öffnung für Vertreter anderer politischer Strömungen, erwähnt, die erklärt, warum Ämter, wie beispielsweise das des Außenministers oder des Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten, von Personen besetzt wurden, die eigentlich der Oppositionspartei, der *Parti Socialiste* (PS), nahe standen. Auch wenn im eigenen Lager nicht einstimmig begrüßt¹⁶³, trug dies dazu bei, dass die PS, die darüber hinaus innerlich gespalten war, bzw. die Oppositionsparteien allgemein der Regierungs- und Präsidentschaftspartei *Union pour un Mouvement Populaire* (UMP) in den letzten Jahren wenig Gegenwehr leisteten.¹⁶⁴ Allein die Kritik aus den eigenen Reihen machte dem französischen Präsidenten Anfang 2008 zu schaffen.¹⁶⁵

Insgesamt lässt sich demnach festhalten, dass der französische Vorsitz in 2008, ganz anders als noch zu Zeiten der letzten französischen Ratspräsidentschaft im Jahr 2000, als in Frankreich *cohabitation* herrschte und man bereits den nächsten Wahlen 2002 entgegen sah, auf eine stabile Machtbasis zurückgreifen konnte. Nicolas Sarkozy kam dank des präsidentenorientierten und zentralisierten politischen Systems Frankreichs, in dem die Außenpolitik als *domaine réservé* des Staatspräsidenten gilt, besonders viel Handlungsspielraum zu. Durch seinen autoritären Umgang mit den Fachministern, selbst mit Regierungschef François Fillon, hat Sarkozy hierzu noch beigetragen.¹⁶⁶

Die solide und frühzeitige Vorbereitung, mit der man bereits kurz nach dem Amtsantritt Sarkozys begann, lässt keinen Zweifel daran, dass man die Ratspräsidentschaft in Frankreich überaus ernst nahm.¹⁶⁷ Der französische Präsident versicherte: „À partir du 1^{er} juillet, je serai à 100% sur la présidence de l'Union européenne.“¹⁶⁸ Wichtige Aufgaben wurden verteilt, die Vorhaben für die Ratspräsidentschaft konkretisierten sich. Es folgte eine monatelange Mobilisierung des gesamten Regierungs- und Verwaltungsapparates.¹⁶⁹ Letztlich entschied man sich für vier Schwerpunkte: Klimapolitik und Energiepolitik, Immigration und Asyl, Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und die gemeinsame Agrarpolitik (GAP).¹⁷⁰ Diese fanden Eingang in das Triopräsidentschaftsprogramm, das

¹⁶² Vgl. ebd., S. 4.

¹⁶³ Vgl. Gorawantschy, Frankreich vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft, a.a.O., S. 6.

¹⁶⁴ Vgl. Schwarzer, Krisenstimmung in Paris, a.a.O., S. 4.

¹⁶⁵ Vgl. ebd., S. 3 sowie Gorawantschy, Frankreich vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft, a.a.O., S. 6.

¹⁶⁶ Vgl. Schwarzer, Krisenstimmung in Paris, a.a.O., S. 3 und 6 sowie Gorawantschy, Frankreich vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft, a.a.O., S. 5.

¹⁶⁷ Vgl. hierzu bspw.: Stark, Hans: Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008 – zwischen aktuellem Krisenmanagement und strategischer Weichenstellung, in: *Integration*, 31 (2008), Nr. 3, S. 236 f.

¹⁶⁸ Giuliani, Un Européen très pressé, a.a.O., S. 225.

¹⁶⁹ Vgl. Assemblée Nationale: Rapport d'information sur le bilan de la présidence française de l'Union européenne déposé par la commission des affaires étrangères et présenté par Mme Nicole Ameline (députée), Nr. 1473, Paris 17.2.2009, S. 10.

¹⁷⁰ Vgl. Sarkozy, Nicolas: Rede vor dem EP am 10.7.2008

(http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/07/0710_PR_au_PE/PR_au_PE_Discours_de_Nicolas_Sarkozy_FR.pdf, letzter Zugriff am: 29.3.2010). In den Analysen werden Klima- und Energiepolitik teilweise als zwei Schwerpunkte bzw. die Union für das Mittelmeer wird als fünfter Schwerpunkt behandelt.

von Frankreich zusammen mit der Tschechischen Republik und Schweden ausgearbeitet wurde.¹⁷¹ In dem individuellen Arbeitsprogramm der französischen Ratspräsidentschaft, das durchaus ambitioniert ausfiel und im Untertitel propagierte, den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden, werden sie näher beschrieben.¹⁷² Ohne im Detail auf die einzelnen Dossiers eingehen zu können, lässt sich festhalten, dass sich die Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft sowohl in die europäische als auch in die französische Agenda eingliederten und demnach strategisch geschickt gewählt waren.¹⁷³ Es handelte sich allerdings auch um Dossiers, die französische Interessen teils massiv berührten und deren Verhandlung im europäischen Rahmen vermutlich spannungsreich würde.¹⁷⁴

Begleitet wurde deren Vorbereitung deshalb bereits im Vorfeld durch breite Konsultationen. Nicolas Sarkozy und François Fillon bereisten insgesamt 22 der 26 Mitgliedstaaten und warben dort für das französische Arbeitsprogramm.¹⁷⁵ Auch die Fachminister begannen bereits Monate vor Beginn der Ratspräsidentschaft, sich mit den europäischen Partnern über die Vorhaben auszutauschen. Dass Nicolas Sarkozy dem parteilosen, aber lange Zeit der PS nahestehenden Politiker Jean-Pierre Jouyet die Koordination der Ratspräsidentschaft anvertraute¹⁷⁶, ist als europäisches Zeichen zu verstehen.¹⁷⁷ Als ehemaliger Kabinettsleiter des Kommissionspräsidenten Jacques Delors gilt er als Kenner der EU und genießt bei den europäischen Partnern Vertrauen.¹⁷⁸ Der Staatssekretär für europäische Angelegenheiten kümmerte sich vor und während der Ratspräsidentschaft intensiv um die Präsenz Frankreichs in Brüssel und den Kontakt zu EK und EP.¹⁷⁹ Auffallend ist, dass gerade das EP, dem von Seiten des französischen Staates bis dato weniger Bedeutung beigegeben worden war, diesmal in besonderem Maße in die Vorbereitungen einbezogen wurde.¹⁸⁰

¹⁷¹ Rat der EU: Achtzehnmonatsprogramm des französischen, tschechischen und schwedischen Vorsitzes, 11249/08, Brüssel 30.6.2008.

¹⁷² Vgl. Französische Ratspräsidentschaft: Arbeitsprogramm 1. Juli – 31. Dezember 2008. Une Europe qui agit pour répondre aux défis d'aujourd'hui (http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Programme_FR.pdf, letzter Zugriff am: 27.3.2010).

¹⁷³ Vgl. Lequesne, Christian/Rozenberg, Olivier: The French Presidency of 2008: The Unexpected Agenda, SIEPS Report Nr. 3, Stockholm November 2008, S. 6 sowie Liberti, A general evaluation of the French EU Presidency, a.a.O. Auch Schild macht in seinem Beitrag auf Kongruenzen europäischer und nationaler Politikgestaltung aufmerksam, vgl. Schild, Joachim: Zurück ins Herz der Europäischen Union, Frankreichs Europapolitik unter Nicolas Sarkozy, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, (2009), Nr. 1, S. 65 f.

¹⁷⁴ Vgl. Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 269 und Stark, Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008, a.a.O., S. 237.

¹⁷⁵ Vgl. Stark, Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008, a.a.O., S. 236.

¹⁷⁶ Vgl. Jouyet/Coignard, Une présidence de crises, a.a.O., S. 21 ff.

¹⁷⁷ Vgl. ebd., S. 8 f.

¹⁷⁸ Vgl. Lequesne, Frankreich, in: Weidenfeld/Wessels, Jahrbuch der Europäischen Integration 2008, a.a.O., S. 359.

¹⁷⁹ Vgl. Jouyet/Coignard, Une présidence de crises, a.a.O., S. 33 f.

¹⁸⁰ Vgl. Lequesne/Rozenberg, The French Presidency of 2008, a.a.O., S. 17.

Schließlich wurde dafür gesorgt, dass die Ratspräsidentschaft auch in der Öffentlichkeit durchaus präsent war, durch deren frühzeitige Ankündigung und starke mediale Inszenierung.¹⁸¹ Unter dem Kürzel PFUE wurde sie gleich als „Présidence Française de l’Union Européenne“ vermarktet.¹⁸² Der Eiffelturm leuchtete ab dem 1. Juli 2008 in den europäischen Farben.¹⁸³ Außerdem organisierte ein speziell zu diesem Zweck eingerichtetes Sekretariat während der sechs Monate in ganz Frankreich zahlreiche Seminare und kulturelle Veranstaltungen zum Europagedanken.¹⁸⁴

Die gründliche Vorbereitung als zweiter allgemeiner interner Faktor neben der Konsensbildung auf nationaler Ebene sowie die Herangehensweise an die Ratspräsidentschaft, die „in Frankreich zur nationalen Großaufgabe stilisiert“¹⁸⁵ wurde, dienten als Grundlage für einen aktiven Vorsitz entsprechend Sarkozys „Vision eines politischen, entschlossenen und starken Europas“¹⁸⁶.

Ausschlaggebend für die Arbeit der Ratspräsidentschaft ist jedoch auch, wie sie auf europäischer Ebene, d.h. von den Institutionen und den anderen Mitgliedstaaten wahrgenommen und eingeschätzt wird. So erleichtern ein positives Bild und ein guter Ruf des Mitgliedstaates und der aktuellen Regierung dem Vorsitz die Funktionsausübung erheblich. Daniela Kietz sieht das Vertrauen, das ein Mitgliedstaat bei seinen europäischen Partnern genießt, in diesem Sinne nicht als externen Faktor an, der die Rollenerwartungen an die Ratspräsidentschaft bestimmt, sondern als internen Faktor, der die Handlungsfähigkeit des Vorsitzes begünstigt.¹⁸⁷

Nicolas Sarkozy wurde generell kein großes Interesse und Engagement für Europafragen nachgesagt.¹⁸⁸ Jean-Dominique Giuliani konstatiert zudem: „Le style du candidat Sarkozy n’a rien du profil habituellement considéré comme ‚euro-compatible‘.“¹⁸⁹ Sein Amtsantritt 2007 hatte in der EU dennoch große Hoffnungen auf ein „europapolitisch konstruktiveres

¹⁸¹ Vgl. Charillon, Frédéric: Les enjeux de la présidence française de l’Union européenne: opportunités et limites, in: La revue internationale et stratégique, (2008), Nr. 69, S. 167.

¹⁸² Vgl. Collet, Mathieu: L’héritage très incertain de la présidence française de l’UE, 7.1.2009 (<http://www.eurosvillage.eu/Une-presidence-de-crisis-mais,2317>, letzter Zugriff am: 19.4.2010). Collet macht zudem auf die unterschiedlichen Konnotationen des Begriffs *Présidence* in Brüssel und Paris aufmerksam, vgl. hierzu auch: Hayes-Renshaw/Wallace, The Council of Ministers, a.a.O., S. 134.

¹⁸³ Vgl. die Internetseite der französischen Ratspräsidentschaft (http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/fr/accueil/PFUE-06_2008/PFUE-30.06.2008/la_tour_eiffel_aux_couleurs_de_l_europe_2797.html, letzter Zugriff am: 22.4.2010).

¹⁸⁴ Vgl. ebd. (http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/fr/accueil/Saison_Culturelle_Europeenne.html, letzter Zugriff am: 22.4.2010).

¹⁸⁵ Ratka, Edmund: Frankreichs Identität und die politische Integration Europas. Der späte Abschied vom Nationalstaat, Baden-Baden 2009, S. 100.

¹⁸⁶ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Nicolas Sarkozys Führungsanspruch in Europa, in: Rill, Bernd (Hrsg.): Frankreichs Außenpolitik, Hanns-Seidel-Stiftung, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 66, München 2009, S. 23.

¹⁸⁷ Vgl. Kapitel 2.3.4.

¹⁸⁸ Vgl. Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 270.

¹⁸⁹ Giuliani, Un Européen très pressé, a.a.O., S. 10.

Frankreich“¹⁹⁰ hervorgerufen. Ein erstes Zeichen setzte er, als er kurz nach seiner Wahl zu einem Besuch nach Brüssel aufbrach.¹⁹¹ Hoch angerechnet wurden ihm schließlich sein entschiedener Umgang mit dem französischen Nein und seine aktive Rolle bei der Suche nach einem Kompromiss zum Verfassungsvertrag.¹⁹² Seine Initiativefreudigkeit wurde in Europa allgemein begrüßt, auch wenn er bald als „hyperaktionistisch“ und „monarchisch“ charakterisiert wurde.¹⁹³ Im Vorfeld der Ratspräsidentschaft sicherte sich Frankreich vor allem das Vertrauen der mittel- und osteuropäischen Länder, die von der französischen Politik lange Zeit vernachlässigt worden waren¹⁹⁴, sowie Großbritanniens.¹⁹⁵

Einige Aktionen bzw. Aussagen gerade von Seiten Sarkozys brachten dem französischen Vorsitz im Vorfeld jedoch eher Vertrauensverluste als Reputationsgewinne ein. Sie trugen speziell zu Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis bei und richteten sich ferner gegen einzelne europäische Institutionen.

Hierzu zählte seine Eigenart, europäische Erfolge als französische auszugeben. Den Lissabon-Vertrag stellte der französische Präsident beispielsweise gerne als sein persönliches Werk dar.¹⁹⁶ Ähnlich wurde die Befreiung der in Libyen festgenommenen bulgarischen Krankenschwestern als französische Errungenschaft gefeiert, ohne explizit auf die unterstützende Verhandlungsarbeit der EK und der deutschen Ratspräsidentschaft einzugehen.¹⁹⁷ Auch die wiederholte Kritik Sarkozys an der Politik der EZB, die zu wenig wachstumsorientiert sei, sowie seine Vorstellungen zur Reform der Eurozone stießen bei den europäischen Partnern eher auf Unverständnis. Die von französischer Seite in der Vergangenheit immer wieder geäußerte Idee einer „Wirtschaftsregierung“ als Gegengewicht zur EZB sorgte vor allem auf deutscher Seite für Unbehagen. Wenig vertrauenserweckend war vor diesem Hintergrund auch die Selbsteinladung des französischen Staatspräsidenten zum Eurogruppen-Treffen am 9. Juli 2007. Diesen Anlass nutzte Sarkozy, um zu erklären, warum er – nachdem Frankreich jahrelang gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen hatte und sich die Mitglieder der EU gerade auf ausgeglichene Haushalte bis 2010 ge-

¹⁹⁰ Schwarzer, Krisenstimmung in Paris, a.a.O., S. 7.

¹⁹¹ Vgl. Schild, Joachim: Sarkozys Europapolitik. Das zunehmende Gewicht der Innenpolitik, in: *Integration*, 30 (2007), Nr. 3, S. 238.

¹⁹² Vgl. Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 270.

¹⁹³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Nicolas Sarkozys Führungsanspruch in Europa, a.a.O., S. 25 und Rubner, Jeanne: Jeden Tag eine Schlagzeile, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 27.7.2007.

¹⁹⁴ Mit Polen und Tschechien schloss Frankreich strategische Partnerschaften. Darüber hinaus wurde pünktlich zu Beginn der Ratspräsidentschaft und ein Jahr früher als geplant der französische Arbeitsmarkt für EU-Bürger aus Ost- und Mitteleuropa geöffnet, vgl. Gorawantschy, Frankreich vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft, a.a.O., S. 3.

¹⁹⁵ Vgl. Lequesne, Frankreich, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration* 2008, a.a.O., S. 361.

¹⁹⁶ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Nicolas Sarkozys Führungsanspruch in Europa, a.a.O., S. 25 sowie Schwarzer, Daniela: Aktivist im Europäischen Salon. Sarkozy hält die EU-Partner mit seiner Interessenpolitik in Atem, in: *Dokumente*, 63 (2007), Nr. 4, S. 10.

¹⁹⁷ Vgl. Charillon, *Les enjeux de la présidence française de l'Union européenne*, a.a.O., S. 162.

einigt hatten – der Defizitbekämpfung zunächst keine Priorität einräumen werde.¹⁹⁸ Die Anspielung Sarkozys im Januar 2008, dass die französische Ratspräsidentschaft eine Gelegenheit sei, auf die Fischfangquote zurückzukommen¹⁹⁹, und sein häufig interventionistisch-protektionistischer Diskurs bis hin zu seiner Auseinandersetzung mit dem Handelskommissar Peter Mandelson anlässlich der WTO-Verhandlungen kurz vor Beginn der Ratspräsidentschaft²⁰⁰ setzen diese Liste fort.

Die aufgezählten Aspekte nährten das Bild eines Staatschefs, der die EU in erster Linie als Instrument zur Verwirklichung französischer Interessen und Europa aus Popularitätsgründen auch als Sündenbock für nationale Missstände gebraucht. Was die allgemeinen Ressourcen im Sinne einer Vorbildrolle Frankreichs betrifft, bemerkt Schwarzer im Februar 2008: „Gegenwärtig dürften die inneren Verhältnisse und die wirtschaftliche Situation Frankreichs Sarkozy keine besondere Führungsstärke verleihen.“²⁰¹ Kietz fügt dem hinzu: „[D]ie immer wieder aufblitzenden Vorbehalte des Präsidenten gegenüber den europäischen Institutionen und den schwerfälligen, konsensorientierten Verhandlungen trugen zu Zweifeln an Sarkozys Führungsfähigkeiten bei.“²⁰² Dies erinnerte stark an 2000, als der französischen Ratspräsidentschaft ihr arrogantes Verhalten vorgeworfen wurde.²⁰³ Ein Beispiel, das dieses Bild untermauerte, ist die französische Initiative einer „Mittelmeerunion“, die allgemein als Fehlschlag und Negativbeispiel europäischer Führungsqualitäten bewertet wird.²⁰⁴ Sie wurde schließlich umgestaltet und als „Union für das Mittelmeer“ am 13. Juli 2008 in einer Auftaktveranstaltung der Ratspräsidentschaft in Paris feierlich ins Leben gerufen.²⁰⁵

Der französische Vorsitz versuchte seinen Ruf des Öfteren gerade zu rücken. So versicherte Sarkozy:

[L]’Europe ne commence pas le 1er juillet et ne s’arrête pas davantage le 31 décembre 2008, [une] présidence réussie, c’est une présidence au service de l’intérêt général européen.

¹⁹⁸ Vgl. hierzu und zu den vorherigen Ausführungen: Schwarzer, *Aktivist im Europäischen Salon*, a.a.O., S. 11 sowie Roussel, Benoît: 2008: Das Jahr der „Rückkehr Frankreichs nach Europa“, 10.3.2008, (<http://www.dieeuros.eu/2008-Das-Jahr-der-Ruckkehr,1343>, letzter Zugriff am: 29.3.2010).

¹⁹⁹ Vgl. Schwarzer, Daniela: *La présidence française de l’Union européenne: quels objectifs, quels partenaires?*, in: *Politique étrangère*, 73 (2008), Nr. 2, S. 367.

²⁰⁰ Vgl. Lequesne, Frankreich, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2008*, a.a.O., S. 361.

²⁰¹ Schwarzer, *Krisenstimmung in Paris*, a.a.O., S. 8.

²⁰² Kietz, *Rat der Europäischen Union*, a.a.O., S. 72.

²⁰³ Vgl. hierzu: Schout/Vanhoonacker, *Evaluating Presidencies of the Council of the EU: Revisiting Nice*, a.a.O.

²⁰⁴ Vgl. Lequesne, Frankreich, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2009*, a.a.O., S. 356 f.

²⁰⁵ Vgl. Schild/Koopmann, *Der ‚Sarkozy-Moment‘*, a.a.O., S. 275 ff. sowie Stark, *Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008*, a.a.O., S. 236 f. Frankreich hatte zunächst einseitig eine auf die Anrainerstaaten beschränkte, aber mit EU-Mitteln finanzierte Mittelmeerunion angekündigt, ohne die Strukturen des Barcelona-Prozesses zu berücksichtigen.

Ma démarche ne vise pas d'imposer des idées, mais à écouter, dialoguer et convaincre afin de forger des compromis qui permettront à l'Europe d'avancer.²⁰⁶

Auch François Fillon bekräftigte am 19. Februar 2008 vor dem EP, dass die Ratspräsidentschaft im allgemeinen Interesse handeln würde, und Jean-Pierre Jouyet versicherte wiederholt: „la France ‚jouerait collectif‘.“²⁰⁷

Insgesamt haben widersprüchliche Signale²⁰⁸ auf europäischer Ebene hohe Erwartungen geweckt²⁰⁹, aber auch Misstrauen hervorgerufen und so zu einem ambivalenten Bild beigetragen²¹⁰. Als besondere Anforderung an die Ratspräsidentschaft galt es obigen Ausführungen zufolge, vor allem ihre Teamfähigkeit unter Beweis zu stellen.²¹¹

Zu guter Letzt stand auch vor dem heimischen Publikum einiges auf dem Spiel. Europaskepsis war in der französischen Bevölkerung weiterhin weit verbreitet und gerade die Entscheidung Sarkozys, über den Lissabon-Vertrag nicht das Volk, sondern die *Assemblée Nationale* abstimmen zu lassen²¹², wurde ihm von einem großen Teil der Bevölkerung übel genommen. Darüber hinaus waren die Umfragewerte Sarkozys ein Jahr nach seinem Amtsantritt auf einem Tiefpunkt angelangt.²¹³ Der Vorsitz wollte die Ratspräsidentschaft auch dazu nutzen, die Franzosen wieder mit Europa zu versöhnen.²¹⁴ Mit dem Motto „Europe protection“ versuchte man, die Ratspräsidentschaft vor allem der französischen Bevölkerung schmackhaft zu machen, die die EU als Trojanisches Pferd der Globalisierung sah.²¹⁵ Inwiefern der französische Ratsvorsitz solchen Erwartungen tatsächlich nachkommen könnte, war jedoch ungewiss.²¹⁶

Gut vorbereitet, unter günstigen innenpolitischen Ausgangsbedingungen, aber unter einem enormen äußeren und inneren Erfolgsdruck, so lässt sich die Lage zu Beginn der französischen Ratspräsidentschaft kurz zusammenfassen. Eigentlich sollte diese die letzte „klassische“ Ratspräsidentschaft vor Eintreten der Änderungen durch den Lissabon-Vertrag wer-

²⁰⁶ Giuliani, Un Européen très pressé, a.a.O., S. 229.

²⁰⁷ Ebd., S. 230.

²⁰⁸ Vgl. Koopmann, Martin: Widersprüchliche Signale. Französische Europapolitik zu Beginn der Pariser EU-Ratspräsidentschaft, DGAP-Analyse Frankreich Nr. 5, Berlin Juli 2008.

²⁰⁹ Vgl. Schwarzer, Krisenstimmung in Paris, a.a.O., S. 7.

²¹⁰ Vgl. Koopmann, Martin/Schild, Joachim: Style, stratégies et potentiel d'influence de la politique européenne de la France: Retour sur une présidence remarquée, Notre Europe Etudes et recherches 72, Paris Juli 2009, S. 2.

²¹¹ Vgl. Rill, Bernd: Frankreichs Ratspräsidentschaft – Was ist zu erwarten?, Editorial, in: Politische Studien, 59 (2008), Nr. 419, S. 7; Lequesne, Frankreich, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2008, a.a.O., S. 361; Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 270.

²¹² Der Vertrag wurde am 7. und 8. Februar 2008 von beiden Kammern des französischen Parlaments angenommen, vgl. Lequesne, Frankreich, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, a.a.O., S. 355.

²¹³ Vgl. Gorawantschy, Frankreich vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft, a.a.O., S. 1.

²¹⁴ Vgl. Stark, Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008, a.a.O., S. 235.

²¹⁵ Vgl. Lequesne, Frankreich, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2008, a.a.O., S. 359.

²¹⁶ Vgl. Schwarzer, Krisenstimmung in Paris, a.a.O., S. 7.

den.²¹⁷ Das irische Nein zum Lissabon-Vertrag am 13. Juni 2008 durchkreuzte diese Pläne. Die französische Ratspräsidentschaft hatte geplant, den Weg zu ebnen, damit die Änderungen durch Lissabon 2009 vorgenommen werden könnten, stattdessen sah sie sich vor die Aufgabe gestellt, Rettungsarbeit für das Vertragswerk zu leisten.²¹⁸ Die erste Krise, mit der sich der Vorsitz beschäftigen musste, war demnach bereits vor dem offiziellen Amtsantritt eingetreten. Zwei weitere sollten folgen. Wie der französische Vorsitz mit diesen umging, wird in den ersten beiden Fallbeispielen im Detail untersucht, bevor sich der Fokus im dritten Fallbeispiel auf die Verhandlungen um das Klima- und Energiepaket richtet. In allen drei Fällen wird so vorgegangen, dass von der jeweiligen Situation ausgehend, zunächst die sich für den französischen Vorsitz ergebenden Funktionsanforderungen herausgearbeitet werden. Daraufhin wird der weitere Verlauf der Ereignisse nachgezeichnet. Schließlich werden Nachfrage und Angebot unter Berücksichtigung der Ressourcen des Vorsitzes sowie der Faktoren, die sich auf dessen Funktionsausübung auswirkten, in Beziehung gesetzt und eine Bewertung des französischen Führungsverhaltens vorgenommen.

3.2 Fallbeispiel I: Der Georgienkonflikt

Der Konflikt zwischen Georgien und Russland um die Georgien abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien schwelte bereits seit langem.²¹⁹ Auf den Kriegsausbruch im August 2008 waren dennoch die wenigsten gefasst.²²⁰ Außenhandelskommissarin Benita Ferrero-Waldner hatte Jean-Pierre Jouyet, der sich wie der Großteil der französischen Verantwortlichen und EU-Beamten im Urlaub befand²²¹, kurz zuvor noch wissen lassen, dass die Situation in Georgien beunruhigend, aber nicht akut sei. Viele der Staats- und Regierungschefs, darunter Nicolas Sarkozy, waren zur Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Peking, als sie die Nachricht von der Eskalation des Konflikts erreichte. Auf die georgi-

²¹⁷ Die nächste französische Ratspräsidentschaft, dann allerdings in geänderten Format, steht frühestens wieder 2022 an, vgl. Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 271.

²¹⁸ Vgl. FES/Institut für Europäische Politik: Die Europäische Union 2020 im Blick. Prioritäten und Herausforderungen der französischen und tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im Vergleich, Berlin 22.1.2009 (<http://www.iep-berlin.de/index.php?id=738>, letzter Zugriff am: 12.4.2010).

²¹⁹ Beide Provinzen kämpften bereits nach Ende des Kalten Krieges um ihre Unabhängigkeit von Georgien. Unter Saakaschwili, der seit 2004 versucht, die faktisch nicht mehr von Georgien kontrollierten Regionen wieder in das Land einzugliedern, hat sich die Situation verschärft. Zu den Hintergründen des Konflikts siehe: Brzoska, Michael/Heller, Regina [u.a.]: Der Kaukasuskrieg 2008. Ein regionaler Konflikt mit internationalen Folgen, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 45, Hamburg Dezember 2008, S. 6 ff. Für die Entwicklung kurz vor Ausbruch des Kriegs vgl. Bentlin, Bernd/Hoffmann, Katharina: Chronologie des russisch-georgischen Konflikts (3.4.-3.9.2008), in: Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Die Kaukasus-Krise. Internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik, SWP-Studie, Berlin 2008, S. 45 ff.

²²⁰ Vgl. Fischer, Sabine: European Policy towards the Caucasus after the Georgia Crisis, in: Kempe, Iris/Neumann, Matthias u.a. (Hrsg.): Caucasus Analytical Digest Nr. 1, Bremen 17.12.2008, S. 2.

²²¹ Vgl. Jouyet/Coignard, Une présidences de crises, a.a.O., S. 81.

schen Angriffe in der von Tiflis abgefallenen Provinz Südossetien in der Nacht vom 7. auf den 8. August 2008 hatte Russland mit Bombardements reagiert und rüstete sich für den Einmarsch in Südossetien.²²² Am Nachmittag des 8. August, nachdem eine Kolonne russischer gepanzerter Fahrzeuge in der zuvor von Georgien bombardierten südossetischen Stadt Zchinwali eingerückt war, erklärte der georgische Präsident Micheil Saakaschwili, sein Land befinde sich mit Russland im Krieg.²²³ Es handelte sich um den ersten militärischen Angriff eines souveränen Staates durch Russland seit Ende des Kalten Krieges.²²⁴ Die Zahl der zivilen Opfer war bereits zu diesem Zeitpunkt hoch, eine schnelle Einigung nicht in Sicht.²²⁵

3.2.1 Anforderungen

Die französischen Verantwortlichen bzw. die EU allgemein standen in dieser Situation nicht nur einer externen Krise, sondern vielmehr einem Kriegsausbruch in der unmittelbaren Nachbarschaft gegenüber. Demnach wurde dem Vorsitz zunächst Reaktionsschnelligkeit abverlangt. Wie sollte man mit der Nachricht umgehen? Welche Möglichkeiten standen der EU zur Verfügung? Dabei galt es, die Situation richtig einzuschätzen. Kurz: Zunächst war schnelles und effektives *Management* gefragt.

Besondere Bedeutung wurde ferner der Funktion der *Vertretung der EU nach außen* zuteil, für die die französische Ratspräsidentschaft auf Grund des Stellenwertes, der im Bereich der GASP den intergouvernementalen Entscheidungsstrukturen zukommt, in besonderem Maße verantwortlich war. Hierfür war die Absprache mit der EK und dem Hohen Vertreter der GASP nötig. Vor dem Hintergrund, dass gerade die Außenpolitik der EU noch als wenig glaubwürdig galt, kann der Konflikt als Herausforderung und Chance zugleich betrachtet werden, die Akteursfähigkeit der EU in diesem Bereich unter Beweis zu stellen²²⁶, sowohl im internationalen Rahmen als auch vor den europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Im Falle einer erfolgreichen europäischen Positionierung lässt sich demnach zusätzlich auf eine gewisse Nachfrage nach der *internen Repräsentationsrolle* der Ratspräsidentschaft rückschließen. Dabei standen die Chancen der EU, eine aktive Rolle in dem Konflikt zu übernehmen, günstig. Die UNO war aufgrund des ständigen Sitzes und somit Vetorechts Russlands im UN-Sicherheitsrat in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Darüber hin-

²²² Vgl. Bentlin/Hoffmann, Chronologie des russisch-georgischen Konflikts, a.a.O., S. 48.

²²³ Vgl. ebd.

²²⁴ Vgl. Meister, Stefan: Russland und der Krieg gegen Georgien, DGAP Standpunkt Nr. 14, 9.9.2008, S. 1 sowie Lefèbvre, Maxime: A l'est de l'Union européenne: bilan d'une Présidence française mouvementée, in: Revue du Marché commun et de l'Union européenne, (2009), Nr. 524, S. 13.

²²⁵ Vgl. Bentlin/Hoffmann, Chronologie des russisch-georgischen Konflikts, a.a.O., S. 48.

²²⁶ Vgl. Fischer, European Policy towards the Caucasus after the Georgia Crisis, a.a.O., S. 4.

aus machten die USA keine Anstalten, aktiv in den Konflikt einzugreifen, sondern schienen vollends vom innenpolitischen Wahlkampf eingenommen. Da sie klar auf der Seite Georgiens standen, wären sie zumindest als vermittelnder Akteur auch wenig geeignet gewesen.²²⁷

Um die EU nach außen würdig zu vertreten, galt es zunächst jedoch, sich intern abzusprechen. Wie sollte sich die EU in dem Konflikt positionieren? Und wie sollte man gemeinsam gegenüber den Konfliktparteien auftreten? Diese Fragen musste die Ratspräsidentschaft zunächst mit ihren europäischen Partnern klären und sich mit ihnen auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Dass die *Vermittlerrolle* des Ratsvorsitzes besonders nachgefragt würde, wird bei Betrachtung der teils grundverschiedenen Politiken und Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten gegenüber Russland deutlich, die der französische Vorsitz in Einklang bringen musste. Annegret Bendiek und Daniela Schwarzer stellen in dieser Hinsicht fest: „Die Beziehungen der EU zu Russland sind vom Spannungsverhältnis zwischen mittel- und osteuropäischen Sicherheitsinteressen und westeuropäischer Energiepolitik geprägt.“²²⁸ Erstere werden vor allem von Polen und den baltischen Staaten vertreten, die nicht zuletzt aus historischen und geografischen Gründen auf einen harten Kurs gegenüber Russland setzen, während Italien, Deutschland und auch Frankreich vor allem aus energiepolitischen Erwägungen eine moderatere, russlandfreundlichere Haltung einnehmen. Iris Kempe bezieht neben den „Skeptikern“ und „Freunden“ noch die „Ignoranten“ ein, d.h. Länder wie Portugal und Spanien, die den Beziehungen zu Russland generell weniger Aufmerksamkeit schenken.²²⁹ Die Handlungsfähigkeit der EU und ihre Demonstration auf internationaler Ebene waren in der Vergangenheit bereits des Öfteren an der inneren Uneinigkeit gescheitert. Als anschauliches Beispiel dient der Irakkrieg, wo sich alte und neue Mitgliedstaaten letztlich auf keine gemeinsame Position einigen konnten. Die Gefahr, dass sich ein solches Szenario wiederholen würde, war auch hier groß.

Schließlich gilt es noch, auf die Funktion der *strategischen Steuerung* aufmerksam zu machen. Sie trat im Fall der Georgienkrise zwar in den Hintergrund, da es vorrangig auf das kurzfristige Konfliktmanagement ankam, sollte von der Ratspräsidentschaft allerdings nicht unbeachtet bleiben. So kann davon ausgegangen werden, dass die Gefährdung der Beziehungen zu Georgien wie zu Russland nicht im Sinne der EU gewesen wäre. Zu Georgien bestehen besondere Beziehungen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspoli-

²²⁷ Vgl. Thedrel, Arielle: La diplomatie européenne à l'épreuve de Moscou, in: Le Figaro vom 12.8.2008.

²²⁸ Bendiek, Annegret/Schwarzer, Daniela: Die Südkaukasuspolitik der EU unter französischer Ratspräsidentschaft: Zwischen Konsultation, Kooperation und Konfrontation, in: Schröder (Hrsg.), Die Kaukasus-Krise, a.a.O., S. 37.

²²⁹ Vgl. Kempe, Iris: Die EU und Russland, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, a.a.O., S. 279.

tik (ENP), die im Zuge der Gründung einer Östlichen Partnerschaft²³⁰ vertieft werden sollten. Mit Russland standen die Neuverhandlungen des bereits in 2006 abgelaufenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) auf dem Spiel, die im Juli 2008 nach zweijähriger Blockade durch Polen und Litauen wieder aufgenommen wurden.²³¹ Den Annäherungsprozess Georgiens an die EU²³² und die NATO verfolgte Russland kritisch, insbesondere nachdem Georgien von Seiten letzterer beim Gipfeltreffen in Bukarest im April 2008 Beitrittsperspektiven zugebilligt wurden.²³³

Großer Zeitdruck, stockende Verhandlungen im UN-Sicherheitsrat²³⁴ und die zögerliche Haltung der USA²³⁵ auf der einen Seite, die Erfordernis äußerster Sensibilität gegenüber den Konfliktparteien und auf Grund der Interessendifferenz zwischen den Mitgliedstaaten auf der anderen, sind die Aspekte, die im Falle des Georgienkrieges als externe Faktoren ausgemacht werden können. Aus ihnen ergibt sich ein anspruchsvolles Anforderungsprofil, das der französischen Ratspräsidentschaft neben effizientem (Krisen-)Management²³⁶ und der Außenvertretung der EU vor allem eine überzeugende Vermittlungsrolle abverlangte. Der Konflikt war für die EU eine Gelegenheit, ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Dabei sollte die Ratspräsidentschaft jedoch die langfristigen sicherheitspolitischen Ziele der EU nicht außer Acht lassen.

3.2.2 Verlauf

Wie sah nun die Reaktion des französischen Vorsitzes aus und wie verlief der Konflikt weiter? Von dem Kriegsausbruch in Kenntnis gesetzt, waren die französischen Verantwortlichen schnell entschlossen zu reagieren, und dies so bald wie möglich. Außenminister Kouchner nahm telefonisch mit einigen europäischen Partnern Kontakt auf, darunter Deutschland, Italien, Polen und Spanien, die eine Intervention ebenfalls für sinnvoll hielten.²³⁶ Er beriet sich auch mit dem Hohen Repräsentanten der GASP, Javier Solana.²³⁷ Nachdem der Vorsitz die europäischen Partner über das geplante Vorgehen in Kenntnis

²³⁰ Die Gründung der Östlichen Partnerschaft wurde im März 2009 beschlossen, im Mai 2009 wurde sie formell ins Leben gerufen, vgl. Giering, Claus/Neuhann, Florian: Europäischer Rat, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, a.a.O., S. 62.

²³¹ Vgl. Lefèbvre, À l'est de l'Union européenne, a.a.O., S. 13.

²³² Hierzu zählt auch das Projekt der Nabucco-Pipeline, die der EU einen von Russland unabhängigen Weg der Energiezufuhr eröffnen soll, vgl. Bauer, Thomas/Grotzky, Daniel/Isec, Mirela: Europas Reifeprüfung am Schwarzen Meer, CAP Aktuell Nr. 4, München August 2008, S. 5.

²³³ Vgl. Busse, Nikolas: Ein Schlag, der weh tun sollte, in: FAZ vom 12.8.2008.

²³⁴ Die zwei Sitzungen des UN-Sicherheitsrates zur Situation in Georgien am 9. August 2008 verliefen weitgehend erfolglos, vgl. Bentlin/Hoffmann, Chronologie des russisch-georgischen Konflikts, a.a.O., S. 48.

²³⁵ Vgl. hierzu: Bauer/Grotzky/Isec, Europas Reifeprüfung am Schwarzen Meer, a.a.O., S. 2 f.

²³⁶ Vgl. Jouyet/Coignard, Une présidence de crises, a.a.O., S. 82 und 84.

²³⁷ Vgl. Französische Botschaft in Deutschland: Außenminister Bernard Kouchner über die Lage in Südossetien (Georgien), 8.8.2008 (<http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article3452>, letzter Zugriff am: 1.4.2010).

gesetzt hatte, brach Kouchner, in der Hoffnung, dass „L’UE peut jouer un rôle majeur“²³⁸, am 10. August zunächst nach Georgien und von dort weiter nach Russland auf, um erste Gespräche mit den Konfliktparteien zu führen. Er wurde von dem finnischen Außenminister und damaligen Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Alexander Stubb, begleitet.²³⁹ Dem waren Appelle der USA an Russland, die territoriale Integrität Georgiens zu wahren, sowie der EU an die Konfliktparteien, die Kriegshandlungen einzustellen, vorausgegangen.²⁴⁰ Am 12. August, nach Telefonaten mit Angela Merkel und Silvio Berlusconi, machte sich auch Nicolas Sarkozy auf den Weg nach Moskau, wo er sich, wie Kouchner, im Namen der EU, aber ohne offizielles Mandat, mit dem russischen Präsidenten Medwedew traf, um mit diesem ein Waffenstillstandsabkommen auszuhandeln.²⁴¹ Polen und die baltischen Staaten hatten zu diesem Zeitpunkt bereits vor einer „imperialistischen und revisionistischen Politik im Osten Europas“²⁴² gewarnt und sich für ein hartes Vorgehen gegenüber Russland ausgesprochen. Zeitgleich fand in Brüssel eine Sitzung des NATO-Rats statt, auf der die Mitglieder Georgien ihre Unterstützung zusicherten und die „unverhältnismäßige“ Gewaltanwendung durch Russland verurteilten.²⁴³

Die Gespräche mit den Konfliktparteien stützten sich auf einen von Frankreich ausgearbeiteten Plan, der folgende Forderungen enthielt: die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, den Rückzug der Streitkräfte auf ihre Positionen vor dem 6. August mit internationalen begleitenden Maßnahmen sowie die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Georgiens.²⁴⁴ Georgien hatte sich mit diesen Vorschlägen zum Ausweg aus der Krise grundsätzlich einverstanden erklärt. Auch Medwedew sagte Nicolas Sarkozy zu, den Forderungen nachzukommen, passte diese jedoch in einigen wichtigen Punkten an. Letztlich wurde der folgende Sechs-Punkte-Plan ausgehandelt: keine Anwendung von Gewalt (1), die definitive Einstellung aller Kampfhandlungen (2), die Gewährung freien Zugangs für humanitäre Hilfe (3), der Rückzug der georgischen (4) und russischen (5) Truppen auf ihre ursprünglichen Standorte vor Kriegsbeginn sowie die Aufnahme internationaler Gespräche über Modalitäten für die Sicherheit und Stabilität in Südossetien und Abchasien (6). Unter

²³⁸ Leparmentier, Arnaud: A Tbilissi, Bernard Kouchner tente une médiation au nom des Européens, in: *Le Monde* vom 12.8.2008.

²³⁹ Vgl. Französische Botschaft in Deutschland: Bernard Kouchner reist nach Georgien und nach Russland, 11.8.2008 (<http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article3454>, letzter Zugriff am: 1.4.2010).

²⁴⁰ Vgl. Bentlin/Hoffmann, Chronologie des russisch-georgischen Konflikts, a.a.O., S. 49.

²⁴¹ Vgl. Französische Botschaft in Deutschland: Staatspräsident Sarkozy in Russland und Georgien, 12.8.2008 (<http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article3459>, letzter Zugriff am: 1.4.2010).

²⁴² Lang, Kai-Olaf: Die alte Angst der neuen Europäer, in: Schröder (Hrsg.), *Die Kaukasus-Krise*, a.a.O., S. 24.

²⁴³ Vgl. Bentlin/Hoffmann, Chronologie des russisch-georgischen Konflikts, a.a.O., S. 50.

²⁴⁴ Vgl. Französische Botschaft in Deutschland: Bernard Kouchner reist nach Georgien und nach Russland, 11.8.2008 (<http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article3454>, letzter Zugriff am: 1.4.2010).

Punkt 5 wurde ergänzt, dass die russischen Friedenstruppen zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen durchführen konnten, bis ein internationaler Mechanismus vereinbart war.²⁴⁵ Die territoriale Integrität Georgiens blieb Russland zuliebe unerwähnt.²⁴⁶ Dass man Medwedew in diesem Punkt entgegengekommen war, missfiel vor allem den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU. Dies wurde auf dem frühzeitig vom französischen Vorsitz geplanten außerordentlichen Treffen der EU-Außenminister am 13. August deutlich²⁴⁷, bei dem auch die EK und Javier Solana, der die Reise nach Moskau und Tiflis nicht mit angetreten hatte, über die Neuigkeiten informiert wurden.²⁴⁸ Die Präsidenten Polens, Estlands und Litauens sowie der Regierungschef Lettlands hatten es sich im Übrigen nicht nehmen lassen, an diesem Tag auf einer Kundgebung in Tiflis ihre Parteinahme für Georgien zu demonstrieren.²⁴⁹ Trotz der Unstimmigkeiten über die französische Initiative und der Vorbehalte, was die Inhalte des Friedensplans betraf, bestätigten die EU-Außenminister das ausgehandelte Waffenstillstandsabkommen im Anschluss an die Berichterstattung Kouchners.²⁵⁰

Saakaschwili unterzeichnete das Abkommen am 15. August, nachdem am Tag zuvor auch die Präsidenten Südossetiens und Abchasiens einer Waffenruhe zugestimmt und den Plan unterzeichnet hatten. Medwedews Unterschrift folgte am 16. August.²⁵¹ Mittlerweile hatte man die Kampfhandlungen weitgehend eingestellt. Das dringlichste Ziel war damit erreicht. Es blieb bei einem „Fünf-Tage-Krieg“. Dass das Abkommen nur begrenzte Reichweite und der ausgehandelte eilige Kompromiss mit Russland seine Folgen hatte²⁵², wurde allerdings spätestens mit der einseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens durch Russland am 26. August klar.²⁵³ Außerdem ließ das vereinbarte Abkommen großen Interpretationsspielraum hinsichtlich der Modalitäten und des zeitlichen Rahmens des Truppenabzugs, so dass sich dieser lange nicht so konsequent vollzog, wie sich die europäischen Vermittler dies erhofft hatten.²⁵⁴

²⁴⁵ Ein Faksimile des Sechs-Punkte-Plans ist abrufbar unter:

http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/accord_6_points_signe_PR.pdf (letzter Zugriff am: 1.4.2010).

²⁴⁶ Vgl. Brzoska/Heller [u.a.], *Der Kaukasuskrieg 2008*, a.a.O., S. 5.

²⁴⁷ Vgl. Vandystadt, Nathalie: *Feu vert de l'UE pour une mission en Géorgie*, in: *Le Figaro* vom 14.8.2008.

²⁴⁸ Vgl. Leparmentier, A Tbilissi, Bernard Kouchner tente une médiation au nom des Européens, a.a.O.

²⁴⁹ Vgl. Bentlin/Hoffmann, *Chronologie des russisch-georgischen Konflikts*, a.a.O., S. 50.

²⁵⁰ Vgl. Rat der EU: *Mitteilung an die Presse. Außerordentliche Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen*, Brüssel, den 13. August 2008, 12453/08 (Presse 236), Brüssel 13.8.2008, S. 6 f. Zu den Verhandlungen und Unklarheiten bezüglich des Sechs-Punkte-Plans vgl. Brzoska/Heller [u.a.], *Der Kaukasuskrieg 2008*, a.a.O., S. 5.

²⁵¹ Vgl. Bentlin/Hoffmann, *Chronologie des russisch-georgischen Konflikts*, a.a.O., S. 51 sowie Brzoska/Heller [u.a.], *Der Kaukasuskrieg 2008*, a.a.O., S. 5.

²⁵² Vgl. Lequesne, Frankreich, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2009*, a.a.O., S. 356.

²⁵³ Dadurch, dass ein Passus über die territoriale Integrität Georgiens fehlte, widersprach diese nicht dem ausgehandelten Waffenstillstandsabkommen.

²⁵⁴ Vgl. Brzoska/Heller [u.a.], *Der Kaukasuskrieg 2008*, a.a.O., S. 5.

Beide Aspekte standen bei dem Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs zur Kaukasus-Krise auf der Tagesordnung, den der französische Vorsitz für den 1. September einberufen hatte. In dessen Vorfeld wurde zunächst die Frage möglicher Sanktionen gegen Russland akut, wie sie vor allem von den baltischen Staaten, Polen sowie Großbritannien gefordert wurden.²⁵⁵ Der französische Außenminister Kouchner deutete diese Möglichkeit vor dem Gipfel an.²⁵⁶ Außenminister Steinmeier hingegen sprach sich vehement gegen Sanktionen aus²⁵⁷, der Elysée stellte klar: „Die Stunde der Sanktionen ist nicht gekommen“²⁵⁸. Trotz dieser im Vorfeld deutlich gewordenen Meinungsunterschiede präsentierten sich die Staats- und Regierungschefs auf dem außergewöhnlichen Europäischen Rat erstaunlich einig. Am Ende des Treffens stand eine gemeinsame Position, die man nun gegenüber Russland vertreten wolle.²⁵⁹ Diese sah keine Sanktionen gegen Russland vor, verurteilte die unverhältnismäßige Reaktion Russlands und dessen unilaterale Anerkennung Südossetiens und Abchasiens jedoch „in seltener Einmütigkeit scharf“²⁶⁰. Nach einem Verweis auf die gegenseitige Abhängigkeit der EU und Russlands wurde vereinbart, die Gespräche über das PKA so lange auszusetzen, bis sich die russischen Truppen wie vorgesehen zurückgezogen hätten. Ferner enthalten die Schlussfolgerungen die Regelungen bezüglich der Hilfeleistungen für Georgien, dessen territoriale Integrität betont wurde, sowie die Erklärung, dass die EU bereit sei, sich an der Konfliktlösung „auch durch Präsenz vor Ort“ zu beteiligen, was die Prüfung einer Beobachterkommission zur Folge hatte. Im Rahmen des Europäischen Rates wurde dem Vorsitz schließlich auch ein offizielles Mandat erteilt.

Um von Russland feste Zusagen über die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens zu erhalten, fuhr Nicolas Sarkozy daraufhin am 8. September ein zweites Mal nach Moskau und Tiflis, diesmal zusammen mit Kommissionspräsident José Manuel Barroso und dem Hohen Vertreter der GASP, Javier Solana, der bisher im Hintergrund gestanden hatte. Im Gespräch mit Medwedew wurden in einer Zusatzvereinbarung die Modalitäten des Rückzugs präzisiert, Russland erklärte sich auch mit einer europäischen Beobachtermission einverstanden.²⁶¹

Die Einrichtung der *European Union Monitoring Mission* (EUMM), zu der die russische Seite lange ihre Zustimmung verweigert hatte, wurde schließlich auf dem Außenminister-

²⁵⁵ Vgl. Barluet, Alain: Kouchner évoque des sanctions contre la Russie, in: Le Figaro vom 29.8.2008.

²⁵⁶ Vgl. ebd.

²⁵⁷ Vgl. Giering/Neuhann, Europäischer Rat, a.a.O., S. 60.

²⁵⁸ Gammel, Cerstin/Nienhuysen, Frank: Folgenlose Rüge, in: Süddeutsche Zeitung vom 30./31.8.2008.

²⁵⁹ Vgl. Rat der EU: Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates vom 1. September 2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 12594/2/08 REV 2, Brüssel 6.10.2008.

²⁶⁰ Giering/Neuhann, Europäischer Rat, a.a.O., S. 60.

²⁶¹ Vgl. Barluet, Alain: Sarkozy obtient l'assurance d'un retrait russe, in: Le Figaro vom 9.9.2008.

rat am 15. September beschlossen. Sie nahm am 1. Oktober ihre Arbeit auf und umfasste ca. 200 Personen.²⁶² Als ihre Aufgaben wurden festgelegt, den Rückzug der russischen Truppen aus Abchasien und Südossetien zu kontrollieren, Kontakte zur Zivilgesellschaft herzustellen und zu vertrauensbildenden Maßnahmen beizutragen. Stationiert wurde die Mission an der innergeorgischen Grenze zu Südossetien und Abchasien, der Zugang zu den beiden Konfliktregionen blieb ihr allerdings verwehrt.²⁶³ Gleichermaßen beschloss der Außenministerrat, den französischen Diplomaten Pierre Morel zum Sonderbeauftragten für die Krise in Georgien zu ernennen.²⁶⁴

Mit dem 15. September war die akute Behandlung des Dossiers Georgien in der EU abgeschlossen. Alle folgenden Ereignisse im Zusammenhang mit dem Konflikt werden deshalb nur noch kurz zusammengefasst. Auf europäische Initiative wurde am 15. Oktober 2008 mit den im Sechs-Punkte-Plan geforderten internationalen Gesprächen unter dem Vorsitz von UNO, EU und OSZE in Genf begonnen.²⁶⁵ Die Gespräche mit Russland über das PKA wurden nach Prüfung der Lage offiziell am 14. November auf dem EU-Russland-Gipfel wieder aufgenommen. Die EU, allen voran der französische Präsident, versicherte Russland in diesem Rahmen, den Verpflichtungen des Sechs-Punkte-Plans essenziell nachgekommen zu sein (Waffenstillstand, überwiegender Rückzug der Truppen, Akzeptanz der EUMM sowie Aufnahme internationaler Gespräche).²⁶⁶ Die Entscheidung wurde von Russlandskeptikern und auch in der Öffentlichkeit teils jedoch heftig kritisiert, da Russland zu diesem Zeitpunkt weiterhin mehr Truppen in den georgischen Provinzen positioniert hielt als vor dem Kriegsausbruch und somit die vereinbarten Bedingungen nicht vollständig erfüllte.²⁶⁷ Mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen über das PKA war man wieder zum Alltag in den EU-Russland-Beziehungen zurückgekehrt, der sich jedoch mindestens genauso kompliziert gestaltete wie vor der Krise.²⁶⁸ Auch was die Zukunft der georgisch-russischen Beziehungen anbelangt, blieben und bleiben viele offene Fragen.²⁶⁹

²⁶² Vgl. die offizielle Internetseite der Mission: <http://www.eumm.eu/en/> (letzter Zugriff am: 12.4.2010).

²⁶³ Vgl. Kahlweit, Cathrin: Die Tür bleibt zu, in: Süddeutsche Zeitung vom 12.9.2008.

²⁶⁴ Vgl. Rat der EU: Mitteilung an die Presse. 2889. Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, Brüssel, den 15.-16. September 2008, 13030/08, Brüssel 15./16.9.2008.

²⁶⁵ Sie laufen seitdem unter dem Namen „Genfer Gespräche“. Auch wenn die Ergebnisse des ersten Treffens eher enttäuschend ausfielen, betont Fischer die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung eines Dialogs zwischen den Konfliktparteien, vgl. Fischer, European Policy towards the South Caucasus after the Georgia Crisis, a.a.O., S. 4.

²⁶⁶ Vgl. die Transkription der gemeinsamen Pressekonferenz von Nicolas Sarkozy, Dmitri Medwedew und José Manuel Barroso, Nizza 14.11.2008 (http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1114_UE_Russie/Transcription_de_la_conference_de_presse_conjointe_UE_Russie.pdf, letzter Zugriff am: 2.4.2010).

²⁶⁷ Vgl. Busse, Nikolas: Ein Krieg, der sich lohnte, in: FAZ vom 16.12.2008.

²⁶⁸ Vgl. Lequesne/Rozenberg, The French Presidency of 2008, a.a.O., S. 23. Von dem Russland-EU-Gipfel gingen zwar Zeichen der Entspannung aus, Lukas Macek sieht den Gipfel jedoch wenig erfolgversprechend, die Schlussfolgerungen seien darüber hinaus unter französischem Druck entstanden, vgl. Kempe, Die EU und

Abbildung 2: Der Georgienkonflikt unter französischer Ratspräsidentschaft im Überblick

7./8. August	Eskalation des Konflikts
10./12. August	Außenminister Kouchner und Staatspräsident Nicolas Sarkozy verhandeln in Georgien und Russland über ein Waffenstillstandsabkommen
13. August	Außerordentliches Treffen der EU-Außenminister: Bestätigung des Sechspunkte-Plans
26. August	Russland erkennt offiziell die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens an
1. September	Außerordentlicher Europäischer Rat zur Georgienkrise: Aussetzung der Verhandlungen über das PKA
8. September	Nicolas Sarkozy, José Manuel Barroso und Javier Solana in Moskau und Tiflis
15. September	Außenministerrat: Einigung auf EUMM und Sonderbeauftragten für die Georgienkrise
15. Oktober	Aufnahme der Genfer Gespräche
14. November	EU-Russland-Treffen: Wiederaufnahme der PKA-Verhandlungen

Quelle: Eigene Darstellung.

3.2.3 Bewertung

Entsprechend dem Anforderungsprofil aus Kapitel 3.2.1 ist zunächst festzustellen, dass der französische Vorsitz im Georgienkonflikt der Rolle des *Krisenmanagers* voll gerecht wurde, indem er seine Reaktionsfähigkeit unter Beweis stellte. Er hat direkt Handlungsbedarf gesehen, die Agenda der Ratspräsidentschaft angepasst und mit den Konfliktparteien in kürzester Zeit einen Waffenstillstand ausgehandelt. Nach der Konsultation der europäischen Partner brachen Außenminister Kouchner und Präsident Sarkozy nach Georgien und Russland auf, während in Brüssel und Paris das außerordentliche Treffen am 13. August vorbereitet wurde. Daraufhin wurde der Sondergipfel für den 1. September anberaumt. Auf Grund des vorbereiteten und abgestimmten Entwurfs eines Waffenstillstandsabkommens konnten die Gespräche mit den Konfliktparteien rasch und zielführend erfolgen. Gleichzeitig hat der französische Vorsitz die Chance erkannt, die Handlungsfähigkeit der EU zu demonstrieren. In diesem Zusammenhang wird ihm in vielen Analysen zugutegehalten, dass sich die EU unter der französischen Führung als eigenständiger Akteur behauptet hat. Was die Repräsentationsfunktionen betrifft, wurden beide nachgefragte Funktionen im Falle des Georgienkonflikts von der französischen Ratspräsidentschaft zufriedenstellend wahrgenommen. Auf die *externe Vertretung* der EU bezogen, hat der französische Vorsitz erreicht, dass die EU durch ihre vermittelnde Rolle als wichtigster in den Konflikt einschreitender Akteur in Erscheinung trat. Dies war vor allem durch die Abwesenheit anderer Mittler, allen voran der USA, möglich, was an dieser Stelle als wichtiger externer Fak-

Russland, a.a.O., S. 281 sowie Macek, Lukas: Redebeitrag beim Kolloquium des CERI (http://www.dailymotion.com/video/x9eete_45-macek_schoolundefined, letzter Zugriff am: 7.4.2010).

²⁶⁹ Vgl. Jobelius, Matthias/Krumm, Reinhard: Der Kaukasus-Konflikt. Russland und Georgien ein Jahr danach, FES Internationale Politikanalyse, Berlin Oktober 2009, S. 3 und 7.

tor bestätigt werden kann. US-Außenministerin Condoleezza Rice war nur einmal, am 13. August, nach Tiflis gereist, die Reaktion der USA beschränkte sich auf Aufforderungen, Beschuldigungen und Drohungen gegenüber Russland.²⁷⁰ Was die *interne Repräsentation* betrifft, hat der französische Vorsitz dafür gesorgt, dass die EU im Georgienkrieg in den Medien überaus präsent war, aufgrund der medienwirksamen Auftritte des französischen Präsidenten in Moskau und Tiflis, aber auch wegen der Bedeutung, die dem Konflikt EU-intern beigemessen wurde, z.B. durch die Organisation des Sondergipfels am 1. September. Den europäischen Bürgern wurde in dessen Folge das Bild einer handlungsfähigen Union vermittelt, die mit einer Stimme spricht.

Erleichtert wurde dem Vorsitz die Aufgabenerfüllung sowohl durch die internationale Rolle Frankreichs als auch durch sein politisches Gewicht innerhalb der EU. Als Inhaber eines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat verfügte der Vorsitz über Querschnittsressourcen, was die Koordination mit den Vereinten Nationen betraf. Außerdem kann die Tatsache, dass die Ratspräsidentschaft von der französischen Regierung auch als Chance gesehen wurde, um vor heimischem Publikum zu punkten, als zusätzlicher Antriebsfaktor angeführt werden.

Betrachtet man das Verhalten des französischen Vorsitizes genauer, fallen dennoch einige Punkte ins Auge, die Abstriche von der bis hierher vorbildlichen Funktionserfüllung erfordern. Auffällig ist, dass bei den ersten Verhandlungen mit den Konfliktparteien in Moskau und Tiflis am 12. August weder ein Vertreter der EK noch Javier Solana anwesend waren. Statt im Troika-Format brach Nicolas Sarkozy an diesem Tag allein auf, um mit dem russischen Präsidenten zu verhandeln. Die Tatsache, dass der Vorsitz kein europäisches Mandat hatte, nahm er dabei in Kauf. Auch wenn die genauen Hintergründe für das Fernbleiben der beiden europäischen Akteure nicht bekannt sind²⁷¹, kann festgehalten werden, dass ein Auftritt der Troika der europäischen Außenwirkung förderlich gewesen wäre. Hieran lassen sich die mehrfach geäußerten Zweifel anschließen, inwiefern gerade bei seiner ersten Reise nach Moskau und Tiflis für Nicolas Sarkozy tatsächlich das gemeinsame europäische Interesse im Vordergrund stand. So sind kritische Stimmen der Auffassung, dass Sarkozy das Instrument der Ratspräsidentschaft eher nutzte, um Frankreich bzw. sich selbst in den Vordergrund zu spielen.²⁷²

²⁷⁰ Vgl. Bentlin/Hoffmann, Chronologie des russisch-georgischen Konflikts, a.a.O., S. 50 f.

²⁷¹ Zur Rolle Solanas im Georgienkonflikt siehe auch: Jouyet/Coignard, Une présidence de crises, a.a.O., S. 113.

²⁷² Vgl. ASKO EUROPA-STIFTUNG: Die französische Ratspräsidentschaft – Bilanz, Analysen, Perspektiven, in: Der Dialog im Dialog Nr. 6, April 2009, S. 2 (http://asko-europa-stiftung.de/images/AES_Dokumente/ForschungDialog/DFDRundbrief/dialog%20im%20dialog_nr.6_april2009.pdf, letzter Zugriff am: 2.4.2010).

Besonders nachgefragt wurde im Georgienkonflikt die *Vermittlungsfunktion*, wobei hier zwischen der Vermittlung zwischen den Konfliktparteien sowie den europäischen Partnern unterschieden werden kann. Erstere wurde von der französischen Ratspräsidentschaft recht erfolgreich ausgeführt. Hierfür spricht, dass der verhandelte Sechs-Punkte-Plan letztlich von allen Beteiligten akzeptiert und unterzeichnet wurde.²⁷³ Die Einrichtung der EUMM und der „Genfer Gespräche“ sprechen ferner für die Bemühungen des Vorsitzes, zu einer langfristigen Lösung des Konflikts beizutragen.

Das internationale Gewicht Frankreichs hat bewirkt, dass die französischen Vertreter von den beiden Konfliktparteien als Mittler anerkannt wurden. Zudem waren die guten französisch-russischen Beziehungen ausschlaggebend.²⁷⁴ Die Russlandpolitik des französischen Präsidenten schien in der Tat weniger von einer „Menschenrechtsdiplomatie“ und Härte²⁷⁵, wie Sarkozy es während seines Wahlkampfes angekündigt hatte, als von französischem Entgegenkommen geprägt.²⁷⁶ Hierbei spielten wirtschaftliche Interessen eine große Rolle. Regierungschef Vladimir Putin hatte man im Mai 2008 beispielsweise mit präsidialen Ehren in Paris empfangen, um eine Steigerung des Handelsaustausches sowie eine verstärkte Zusammenarbeit im Energiebereich zu vereinbaren.²⁷⁷ Auch die Georgienkrise hinderte den Abschluss von bilateralen Wirtschaftsabkommen nicht.²⁷⁸ Die besonderen Beziehungen führten dazu, dass sich die Gespräche Sarkozys mit Medwedew gleichermaßen vertraut und vertraulich gestalteten. Hätte in diesem Moment z.B. ein baltischer Mitgliedstaat die Ratspräsidentschaft innegehabt, wären dessen Vermittlungsbemühungen von Russland wahrscheinlich weniger ernst genommen worden. Die Tatsache, dass ein schnelles Ergebnis der Vermittlungsbemühungen zwischen den Konfliktparteien letztlich Voraussetzung für Sarkozy war, die eigene und europäische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, erklärt die Zugeständnisse an Russland.

Bezogen auf die Vermittlung zwischen den Mitgliedstaaten fällt die Bilanz weniger positiv aus, da das schnelle Eingreifen des Vorsitzes auf Kosten eines gewachsenen Einigungsprozesses erfolgte. Angelika Schwall-Düren gibt in dieser Hinsicht zu verstehen, dass das Vorgehen des französischen Vorsitzes statt als glaubwürdige „politique concertée“ und „du commun“ eher als „de l'unilatéral“ zu bezeichnen ist.²⁷⁹ Abgesehen von den anfänglichen

²⁷³ Bauer/Grotzky/Isic, Europas Reifeprüfung am Schwarzen Meer, a.a.O., S. 3.

²⁷⁴ Vgl. Rousselin, Pierre: Une présidence qui transforme l'Europe, in: Le Figaro vom 16.10.2008.

²⁷⁵ Vgl. Supersarko leaves the podium, in: The Economist, 20.12.2008.

²⁷⁶ Vgl. Wiegel, Michaela: Diplomatische Vorsicht: Frankreichs Russland-Politik, in: FAZ vom 12.8.2008.

²⁷⁷ Vgl. Gorawantschy, Frankreich vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft, a.a.O., S. 3.

²⁷⁸ Vgl. Jeudy, Bruno/Nodé-Langlois, Fabrice: Fillon et Poutine pour une coopération économique active, in: Le Figaro vom 22.9.2008.

²⁷⁹ Vgl. Schwall-Düren, Angelika: Redebeitrag beim Kolloquium des CERI (http://www.dailymotion.com/video/x9edlv_22-schwall-duren_schoolundefined, letzter Zugriff am: 7.4.2008).

Konsultationen wurden die europäischen Partner von Sarkozy in der Folge vor vollendete Tatsachen gestellt. Dies stellte sich gerade hinsichtlich der mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten als problematisch heraus, die dem Vorsitz vorwarfen, ihnen wenig Gehör verschafft und ihre Interessen wenig ernst genommen zu haben.²⁸⁰ Hatte ihnen der französische Präsident vor der Ratspräsidentschaft noch versichert, die Meinungen aller angemessen zu berücksichtigen und mit der Arroganz seines Vorgängers Chirac brechen zu wollen²⁸¹, schien diese Absicht nun in den Hintergrund geraten. So kam es zu Vorfällen wie am 13. August, als mehrere mittel- und osteuropäische Staats- und Regierungschefs an den Kundgebungen in Tiflis teilnahmen, während Sarkozy mit Medwedew den Sechs-Punkte-Plan aushandelte, was die Glaubwürdigkeit der EU schmälerte.²⁸² Neben der französischen Initiative an sich kritisierten erstere auch die Inhalte des Friedensplans. Litauen äußerte sich besonders kritisch gegenüber der nicht vereinbarten Streichung des Passus zur territorialen Integrität Georgiens.²⁸³ Deshalb kommt Tomas Valasek im August 2008 noch zu dem Schluss: „The war in Georgia divided the EU instead of uniting it.“²⁸⁴

Diese extreme Position muss jedoch relativiert werden, da es dem französischen Vorsitz im Folgenden gelang, mit der Zustimmung zum Sechs-Punkte-Plan eine Einigung herbeizuführen. Der Streit um eventuelle Sanktionen gegen Russland, zu dem der Ratsvorsitz durch unabgestimmte Stellungnahmen beigetragen hat, wurde durch einen Kompromiss gelöst. Laut Dembinski und Schmidt konnte der französische Vorsitz die institutionellen Möglichkeiten der Ratspräsidentschaft geschickt nutzen, um die Union auf eine gemeinsame Position festzulegen.²⁸⁵ Lequesne fasst das Vorgehen Sarkozys wie folgt zusammen: „Er ließ den 27 nicht die Zeit, lange darüber zu streiten, was im Hinblick auf Russland zu tun sei, da er wusste, dass die Positionen von Hauptstadt zu Hauptstadt unterschiedlich waren.“²⁸⁶ Diese Rechnung ging im Falle des Georgienkonflikts auf. Die EU trat letztlich geschlossen auf, und ein zweites „Irakdilemma“ konnte vermieden werden.

Die Funktion der *strategischen Steuerung* wurde im Fall des Georgienkonflikts angemessen erfüllt. Wie von ihr gefordert, stellte die Ratspräsidentschaft durch ihr Vermittlungsgeschick sicher, dass das europäische Eingreifen keine negativen Folgen für die Beziehungen der EU zu beiden Konfliktparteien hatte, wobei die Entscheidung, weitgehend Neutralität

²⁸⁰ Vgl. Randow, Gero von: Danke, Sarko!, in: Die Zeit vom 6.12.2008.

²⁸¹ Vgl. ebd.

²⁸² Vgl. Bendiek/Schwarzer, Die Südkaukasuspolitik der EU unter französischer Ratspräsidentschaft, a.a.O., S. 38.

²⁸³ Vgl. ebd.

²⁸⁴ Valasek, Tomas: What does the war in Georgia mean for EU foreign policy? Centre for European Reform Briefing Note, London August 2008, S. 1.

²⁸⁵ Vgl. Dembinski, Matthias/Schmidt, Hans-Joachim [u.a.]: Nach dem Kaukasus-Krieg: Einbindung statt Eindämmung Russlands, HSFK-Report Nr. 6, Frankfurt am Main 2008, S. 23.

²⁸⁶ Lequesne, Frankreich, in: Weidenfeld/Wessels, (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, a.a.O., S. 356.

zu wahren, dem europäischen *soft-power*-Ansatz entsprach und der Friedenssicherung diente.²⁸⁷ Unabhängig von der Nachfrage führten die Einsetzung der EUMM und die Einleitung der Genfer Gespräche zu mehr Präsenz der EU in der Krisenregion und auf internationaler Ebene. Zu einer langfristigen EU-Russlandstrategie konnte die Ratspräsidentschaft allerdings letztlich wenig beitragen.²⁸⁸ Ferner betonen Dembinski und Schmidt zwar generell die Wichtigkeit der Einbindung Russlands²⁸⁹, das wenig konsequente Auftreten der Ratspräsidentschaft gegenüber den russischen Verantwortlichen wird von einigen Beobachtern jedoch kritisch gesehen.²⁹⁰

Dass die französische Ratspräsidentschaft im Georgienkonflikt eine einflussreiche Rolle spielte, ist nach diesen Ausführungen sicher unstrittig. Wie Hubert Védrine darlegt, war vermutlich der direkte Einfluss der Ratspräsidentschaft auf Russland gering, ihr ist es jedoch gelungen, einen Waffenstillstand auszuhandeln und die europäischen Partner zu veranlassen, diesen mitzutragen, so dass am Ende der Eindruck einer aktiven und handlungsfähigen EU vorherrschte.²⁹¹ Im Sinne Lübckemeiers war der französische Vorsitz durchaus bereit und in der Lage, die anderen europäischen Akteure davon zu überzeugen, für kollektive Ziele einzutreten. Mit seinem Einschreiten in den Konflikt hat er zudem große Verantwortung übernommen.

Was das Ergebnis der Funktionsanalyse betrifft, konnte die Ratspräsidentschaft alle nachgefragten Funktionen bereitstellen. Abstriche waren bei der externen Vertretung und der internen Vermittlung nötig.²⁹² Diese sollten, wenn es darum geht, bewährte Praktiken am französischen Führungsverhalten auszumachen, nicht unterschätzt werden. So wären, um der Rolle eines europäischen Mitführers vollständig gerecht zu werden, der Einbezug von EK und Hohem Repräsentanten von Beginn an wünschenswert gewesen. Die Regelüberschreitung zur Abstimmung unter den EU-Partnern ist nicht allein Frankreich vorzuwerfen²⁹³, sondern weist auch auf ein Manko im europäischen Vertragswerk hin, das keine

²⁸⁷ Vgl. Fischer, *European Policy towards the South Caucasus after the Georgia crisis*, a.a.O., S. 5 und Dembinski/Schmidt [u.a.], *Nach dem Kaukasus-Krieg*, a.a.O., S. 19.

²⁸⁸ Vgl. Lequesne/Rozenberg, *The French Presidency 2008*, a.a.O., S. 24 sowie Koopmann/Schild, *Style, stratégies et potentiel d'influence de la politique européenne de la France*, a.a.O., S. 13. Dies wurde dem Vorsitz in der Krisensituation jedoch auch nicht abverlangt, vgl. Kapitel 3.2.1.

²⁸⁹ Dembinski/Schmidt [u.a.], *Nach dem Kaukasus-Krieg: Einbindung statt Eindämmung Russlands*, a.a.O.

²⁹⁰ Vgl. u.a.: Fischer, *European Policy towards the South Caucasus after the Georgia crisis*, a.a.O., S. 4 f. sowie Macek, Redebeitrag beim Kolloquium des CERI, a.a.O.

²⁹¹ Vgl. Védrine, Hubert: Redebeitrag beim Kolloquium des CERI (http://www.dailymotion.com/video/x9edoq_23-vedrine_schoolundefined, letzter Zugriff am: 7.4.2008).

²⁹² Vgl. hierzu auch die Analyse Franziska Simons, die zu einem ähnlichen Ergebnis kommt: Simon, Franziska: *Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008. Eine Analyse des französischen Vorsizes im Georgien-Konflikt*, Diplomarbeit, Universität Freiburg 2009.

²⁹³ Vgl. Lequesne, Frankreich, in: Weidenfeld/Wessels, (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2009*, a.a.O., S. 356.

Vorkehrungen im Umgang mit akuten Krisensituationen trifft. Hätte die französische Ratspräsidentschaft so gehandelt, wie es die Verträge vorsehen²⁹⁴, wäre ein derart schnelles Eingreifen der EU, dazu im Ferienmonat, mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht möglich gewesen.²⁹⁵

3.3 Fallbeispiel II: Die Finanz- und Wirtschaftskrise

Kaum war die Georgienkrise abgeklungen, wurde die EU mit dem nächsten folgenschweren Ereignis konfrontiert. Eine Finanzmarktkrise hatte sich bereits seit dem Zusammenbruch des Hypothekenmarkts in den USA im Sommer 2007 angebahnt mit weitreichenden Folgen für den gesamten internationalen Bankensektor. Entsprechend hatten sich die Finanz- und Wirtschaftsminister der Mitgliedstaaten der EU bereits intensiv mit der Problematik beschäftigt. Bisher wurde sie innerhalb der EU jedoch als ein in erster Linie amerikanisches Problem behandelt.²⁹⁶ Dies änderte sich schlagartig, als sich die Krise mit dem Bankrott der US-amerikanischen Traditionsbank Lehman Brothers am 15. September 2008 rasant beschleunigte und gänzlich auf die europäischen Finanzmärkte übergriff. Nach diesem „schwarzen Montag“²⁹⁷ zeichnete sich schließlich immer deutlicher ab, dass die Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft immens ausfallen könnten. Die Krise hatte in der Subprime-Krise in den USA ihren Ursprung genommen und entwickelte sich zur weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.

3.3.1 Anforderungen

Wiederum fand sich der französische Vorsitz einer Krisensituation gegenüber, in der umgehend Entscheidungen getroffen werden mussten und schnelles Handeln gefragt war. Schild und Koopmann sehen die Ratspräsidentschaft vor eine dreifache Herausforderung gestellt.²⁹⁸ Zum einen musste kurzfristiges *Krisenmanagement* betrieben werden, um den Konkurs europäischer Finanzdienstleister zu verhindern sowie allgemein das Vertrauen in die Finanzmärkte zu sichern bzw. wiederherzustellen. Dabei galt es, einseitige nationale Maßnahmen zu verhindern, die sich negativ auf andere Mitgliedstaaten auswirken könnten. Neben der Stabilisierung des Finanzmarktsektors mussten zweitens makroökonomische Antworten auf den sich immer stärker abzeichnenden Fall der Konjunktur gefunden wer-

²⁹⁴ Laut den Verträgen hätte zunächst ein außerordentliches Treffen des Rates stattfinden müssen, um über das erforderliche Mandat zu beschließen, vgl. Art. 24 Abs. 1 EUV.

²⁹⁵ Vgl. Leparmentier, Arnaud: M. Sarkozy, l'UE et le guêpier géorgien, in: Le Monde vom 17./18.8.2008.

²⁹⁶ Vgl. Giering/Neuhann, Europäischer Rat, a.a.O., S. 56.

²⁹⁷ Ebd.

²⁹⁸ Vgl. Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 273.

den. Sowohl bei der Rettung der Banken als auch dabei, das Übergreifen der Krise auf die gesamteuropäische Wirtschaft zu begrenzen, waren den europäischen Staaten durch die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie des europäischen Binnenmarkts Grenzen gesetzt. Ein europäischer Paulson-Plan, der darüber hinaus umstritten war²⁹⁹, war wegen des unzureichenden EU-Budgets schwer denkbar.³⁰⁰ Als dritte Herausforderung sollte die EU langfristig angelegte Reformen zur Finanzmarktregulierung vorantreiben, um zu verhindern, dass sich eine derartige Krise in Zukunft wiederholt. Folglich war die Ratspräsidentschaft auch in ihrer Funktion der *strategischen Steuerung* gefragt. Die Krise hatte wichtige Mängel im Finanz- und Wirtschaftssystem aufgetan, stellte dieses wenn nicht sogar grundlegend in Frage.³⁰¹ Unüberlegte Eingriffe konnten fatale Folgen haben. Demnach war es wichtig, bei allen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen stets auch die langfristige Stabilität im Auge zu behalten. Schließlich kam dem Vorsitz die Aufgabe zu, die Mitgliedstaaten überhaupt von einem gemeinsamen Handeln zu überzeugen, denn einerseits war abzusehen, dass alle Mitgliedstaaten die Krise in irgendeiner Weise zu spüren bekommen würden, andererseits war die Gefahr von Alleingängen, die zu einer drastischen Destabilisierung in Europa führen könnten, groß.³⁰² Hierbei ist in Erinnerung zu rufen, dass die Finanzpolitik, anders als die Geld- und Währungspolitik, nicht vergemeinschaftet ist, aber auf europäischer Ebene koordiniert wird.³⁰³

Die Tatsache, dass die Mitgliedstaaten unterschiedlich stark und in unterschiedlichen Belangen von der Krise betroffen waren³⁰⁴, stellte vor diesem Hintergrund eine besondere Herausforderung dar und kann an dieser Stelle als weiterer externer Faktor genannt werden. Dass dies der Fall war, macht bereits eine Auflistung der besonders betroffenen Mitgliedstaaten deutlich: Großbritannien, Irland und Luxemburg litten speziell unter der Krise, da sie in besonderem Maße von der Expansion des Finanzsektors profitiert hatten, Spanien vor allem aufgrund seiner instabilen Immobilienmärkte, Deutschland als besonders exportabhängige Volkswirtschaft. Wiederum anders stellte sich die Situation in den neuen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa dar.³⁰⁵ Dazu kam die unterschiedliche Wahrnehmung der Mitgliedstaaten, was Reichweite und Dauer der Krise und vor allem die Effektivität

²⁹⁹ Der Paulson-Plan ist das in den USA am 19.9.2008 vorgelegte Bankenrettungspaket zur Unterstützung des US-amerikanischen Finanzmarkts. Er trat am 3.10.2008 in Kraft und umfasste ca. 700 Milliarden US-Dollar. Der Plan geht auf den damaligen US-Finanzminister Henry Paulson zurück.

³⁰⁰ Vgl. Ludlow, Peter: The EU and the financial crisis. The European Councils of October and November 2008, Eurocomment Briefing Note 6 (2008), Nr. 4/5, November 2008, S. 1 und 9.

³⁰¹ Vgl. Koopmann, Martin: Die Europäische Union in der Finanzmarktkrise: Gelungenes Krisen-Management – strategische Defizite, KAS Analysen und Argumente Nr. 56, Berlin Dezember 2008, S. 5.

³⁰² Vgl. Giering/Neuhann, Europäischer Rat, a.a.O., S. 56.

³⁰³ Vgl. Koopmann, Die Europäische Union in der Finanzmarktkrise, a.a.O., S. 4.

³⁰⁴ Vgl. Schmidt, André: Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 – die erste Bewährungsprobe für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, in: Integration, 32 (2009), Nr. 4, S. 393.

³⁰⁵ Vgl. Döhrn, Roland/Kösters, Wim: Wirtschaftspolitik, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, a.a.O., S. 215.

möglicher einzusetzender Instrumente betraf.³⁰⁶ Dass Meinungsverschiedenheiten zwischen denjenigen Mitgliedstaaten, die traditionell der Geldwertstabilität höchste Bedeutung zumessen und denen, die kostenaufwändige Konjunktur- und Arbeitsmarktprogramme weniger scheuen, vorprogrammiert waren³⁰⁷, hatte sich bereits im Rahmen eines informellen ECOFIN-Treffens am 12. und 13. September abgezeichnet.³⁰⁸ Folglich war in der Finanz- und Wirtschaftskrise auch das besondere Geschick des Vorsitzes gefordert, die Bedenken aller in Betracht zu ziehen und die Rolle des *Vermittlers* zwischen den involvierten Akteuren mit ihren unterschiedlichen Interessen, wirtschaftspolitischen Überzeugungen und Grundsätzen zu übernehmen.

Eine besondere Nachfrage an den französischen Vorsitz ergab sich ferner hinsichtlich der drei *Repräsentationsfunktionen*. Hier ist zunächst die Funktion der Ratspräsidentschaft, als *Anlaufstelle für andere EU-Institutionen* zu dienen, zu nennen, vor allem für EZB und EK. Diesen beiden Institutionen – der EZB als Verantwortliche für die europäische Geldpolitik, der EK als Initiatorin für die EU-Rechtssetzung und Hüterin der Verträge – kam im Fall der Finanz- und Wirtschaftskrise neben dem Rat besondere Bedeutung zu. Das erfolgreiche Krisenmanagement hing primär vom Zusammenspiel dieser drei Akteure ab. Hinsichtlich der *Repräsentation nach innen* ging es darum, das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherzustellen sowie der europäischen Öffentlichkeit, die um Bankeinlagen, Geldwerte, aber auch immer mehr um Arbeitsplätze bangte, das Gefühl zu vermitteln, dass die EU auch einer ihrer, wie sich bald herausstellen sollte, schwersten Krisen gewachsen war. Die Nachfrage nach der *externen Vertretung* der EU durch die Ratspräsidentschaft entstand aus der Notwendigkeit, auch auf internationaler Ebene tätig zu werden, um eine derartige Krise in Zukunft möglichst zu verhindern. Ein globales Vorgehen war hierfür aufgrund der unmittelbaren Vernetzung der Finanzmärkte unabdingbar. Schließlich war die Ratspräsidentschaft aufgrund der zögerlichen Haltung vieler Mitgliedstaaten, aber auch der EK, ob bzw. wie die EU konkret vorgehen sollte, auch in ihrer Rolle als *Initiativ- und Impulsgeber* willkommen.

Vor allem aufgrund ihres historischen Ausmaßes stellte die Finanz- und Wirtschaftskrise eine besonders große Herausforderung für die EU generell und für die Ratspräsidentschaft

³⁰⁶ Vgl. Schild, Joachim: La force de l'imprévisible: la présidence française de l'UE face à la crise financière. Un point de vue allemand, in: Regards sur l'économie allemande, (2008), Nr. 89, S. 15.

³⁰⁷ Vgl. Koopmann, Martin: Die Europäische Union in der Finanzmarktkrise, a.a.O., S. 5.

³⁰⁸ Vgl. hierzu Auszüge aus der Pressekonferenz auf der Internetseite der französischen Ratspräsidentschaft (http://www.eu2008.fr/PFUE/site/PFUE/lang/fr/Informelle_ecofin_confdepresse.html, letzter Zugriff am: 7.4.2010). Bundesfinanzminister Peer Steinbrück sprach sich bereits in diesem Rahmen deutlich gegen die Idee eines europäischen Konjunkturprogramms aus: „Mein Eindruck ist, dass da nur Geld verbrannt wird.“, Juncker bleibt, in: Süddeutsche Zeitung vom 12.9.2008.

im Besonderen dar. Dazu kam, dass allgemein große Unsicherheit herrschte, welches das beste Rezept gegen die Krise war. Selbst mit welcher Hiobsbotschaft man am nächsten Tag rechnen musste, konnte oft niemand voraussagen.³⁰⁹ Erneut stellte eine Reihe externer Faktoren die französische Ratspräsidentschaft vor anspruchsvolle Aufgaben. Obigen Ausführungen zufolge wurden von der Ratspräsidentschaft in der Finanz- und Wirtschaftskrise letztlich alle Funktionen nachgefragt. Im Vordergrund standen das kurzfristige Krisenmanagement und die strategische Steuerung. Dabei zählte an erster Stelle das gute Zusammenspiel der beteiligten Akteure, d.h. der europäischen Partner, aber auch zwischen Rat und EK bzw. EZB. Hierfür sollte die Ratspräsidentschaft mit Sorge tragen.

3.3.2 Verlauf

„The starting point, it seems generally agreed, was the collapse of Lehman Brothers on Monday, 15 September“³¹⁰. Waren die Wirtschafts- und Finanzminister der EU am 12. und 13. September noch relativ unbedarft zu dem informellen ECOFIN-Treffen gekommen, zu dem die französische Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde nach Nizza eingeladen hatte, um sich über die instabile Lage auf den europäischen Finanzmärkten sowie die allgemeine wirtschaftliche Situation auszutauschen,³¹¹ bekam die Krise mit der Insolvenz von Lehman-Brothers plötzlich eine neue Dimension. Die Börse hatte auf die Neuigkeiten weltweit mit immensen Kursverfällen reagiert. Als Schlüsselprobleme stellten sich bald die Unterkapitalisierung führender Finanzinstitutionen und die drohende Lahmlegung des Interbankengeschäfts heraus.³¹² Um den gefährdeten Banken unter die Arme zu greifen und das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, reagierten viele der europäischen Staaten mit einer Reihe von ersten nationalen Einzelmaßnahmen³¹³, die jedoch für die anderen EU-Staaten nicht ohne Folgen blieben. Das Beispiel Irlands wird hier von vielen Autoren als besonders problematisch herausgestellt. Infolge der milliardenschweren Bankgarantien, die die irische Regierung ausgesprochen hatte, sah sich Großbritannien gezwungen, seinerseits die Bankgarantien zu erhöhen, um eine Abwanderung des Kapitals zu verhindern.³¹⁴ Eine europäische Lösung, auf die Wirtschaftswissenschaftler vor dem Hintergrund des immen-

³⁰⁹ Vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 8 und 11.

³¹⁰ Ebd., S. 9.

³¹¹ Vgl. die Ankündigung des informellen Treffens auf der Internetseite der französischen Ratspräsidentschaft (http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/fr/accueil/PFUE-09_2008/PFUE-12.09.2008/informelle_ministres_finances.html, letzter Zugriff am: 7.4.2010)

³¹² Vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 1.

³¹³ Vgl. ebd., S. 11 f.

³¹⁴ Vgl. Koopmann, *Die Europäische Union in der Finanzmarktkrise*, a.a.O., S. 3.

sen Umfangs der Verbindlichkeiten der großen europäischen Banken verwiesen hatten, schien nicht zuletzt aufgrund derartiger Alleingänge ratsam.³¹⁵

Die ersten, die eine solche ausarbeiteten, waren Beamte des niederländischen Finanzministeriums.³¹⁶ Sie stellten am 26. September den Vertretern des Wirtschafts- und Finanzausschusses aus Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich sowie der EZB und der EK einen großangelegten europäischen Bankenrettungsplan vor, der, um der fragmentierten politischen Struktur der EU gerecht zu werden, aus 27 separaten Fonds bestand. Der Plan wurde allgemein begrüßt, allerdings mit Vorbehalten von deutscher und italienischer Seite. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussionen um einen EU-weiten Rettungsfonds bekräftigte Steinbrück die ablehnende Haltung Deutschlands.³¹⁷ Auch der Präsident der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, zeigte sich skeptisch, was die Notwendigkeit eines derartigen Rettungsprogramms in Europa anging.³¹⁸ Die deutschen Vorbehalte, die sich u.a. dadurch erklärten, dass Deutschland zu diesem Zeitpunkt davon ausging, dass die deutschen Banken von der Krise weniger betroffen wären³¹⁹, verschärfen sich, als auch die französische Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde in einem Interview mit dem Handelsblatt von einem einzigen Fonds sprach.³²⁰ Während dies zu Unstimmigkeiten zwischen dem Vorsitz und der deutschen Seite führte, wo man fürchtete, die Krise der anderen Mitgliedstaaten mitfinanzieren zu müssen, stellten der niederländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende am 2. Oktober im Elysée und niederländische Beamte am darauffolgenden Tag in Berlin und London eine überarbeitete Version ihres Plans vor, die noch einmal unterstrich, dass das Geld, das jeder Mitgliedstaat beisteuerte, der Verwendung im eigenen Land vorbehalten sei. Der Mehrwert des Plans läge in seiner größeren Reichweite und der Koordination der Maßnahmen. Offen blieb die Frage der zeitlichen Koordinierung, von der die deutsche und britische Seite ihre Zustimmung abhängig machten.³²¹

Um der Krise auf europäischer Ebene zu begegnen und eine gemeinsame Linie zu finden, berief der französische Präsident in der Folge eine Reihe an außerordentlichen Sitzungen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs ein. Was die französischen Pläne betrifft, hieß

³¹⁵ Vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 1.

³¹⁶ Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen: Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 1 ff. sowie S. 12 ff.

³¹⁷ Vgl. Schild, *La force de l'imprévisible*, a.a.O., S. 13.

³¹⁸ Vgl. Debatte über europäischen Bankenrettungsplan, in: FAZ.NET vom 1.10.2008 (<http://www.fazfinance.net/Aktuell/Wirtschaft-und-Konjunktur/Debatte-ueber-europaeischen-Bankenrettungsplan-6095.html>, letzter Zugriff am: 4.4.2010).

³¹⁹ Vgl. Schild, *La force de l'imprévisible*, a.a.O., S. 13.

³²⁰ Vgl. Alich, Holger/Berschens, Ruth: „Europäische Auffanglösung schaffen“, in: Handelsblatt vom 2.10.2008.

³²¹ Während Ludlow den niederländischen Vorschlag sehr positiv darstellt, macht Schild auf einige Probleme aufmerksam, z.B. hinsichtlich der Frage nach der Verwaltung des Fonds, vgl. Schild, *La force de l'imprévisible*, a.a.O., S. 13.

es, dass Frankreich die Idee eines europäischen Banken-Notfonds einbringen wolle³²², konkrete Pläne zu dessen Ausgestaltung wurden jedoch zurückgewiesen.³²³

Zunächst wurde am 4. Oktober in Paris ein Treffen der vier europäischen G8-Staaten abgehalten, das Sarkozy kurzfristig mit Bundeskanzlerin Merkel abgesprochen hatte.³²⁴ Dieses diente der Vorbereitung eines internationalen Gipfeltreffens zur Finanzkrise, war aber auch zur innereuropäischen Konsensbildung gedacht.³²⁵ Neben Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien waren die Präsidenten der EZB, der EK und der Eurogruppe geladen. Da das Format vor allem in Spanien für Verärgerung sorgte, erklärte Sarkozy die Absicht des Treffens am 3. Oktober in einem Brief an alle Mitgliedstaaten.³²⁶ Was den EU-internen Rahmen betrifft, stellte sich die Möglichkeit eines milliardenschweren europäischen Rettungsfonds, wie ihn auch der französische Präsident angedacht hatte, durch die klare ablehnende Haltung Deutschlands als schwer realisierbar heraus.³²⁷ Sarkozy betonte allerdings weiterhin die Wichtigkeit einer „kollektiven Lösung“, was die anderen Teilnehmer bestätigten.³²⁸ Letztendlich einigte man sich auf nationale Maßnahmen, aber ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen. In Bezug auf die internationale Ebene wurden einige Leitlinien zur künftigen Regulierung der internationalen Finanzmärkte festgelegt.³²⁹

Bevor es zu dem nächsten Gipfeltreffen kam, wurden die Diskussionen zunächst plangemäß auf dem ECOFIN am 7. Oktober fortgesetzt, der sich in Vorbereitung auf den Europäischen Rat am 15. und 16. Oktober vor allem mit der Ausarbeitung einer koordinierten europäischen Antwort befasste.³³⁰ Zwar war im Zuge der deutschen Reaktion auf die noch

³²² Vgl. Appel, Holger/Schäfers, Manfred: Paris schlägt der EU einen Banken-Notfonds vor, in: FAZ vom 2.10.2010.

³²³ Vgl. Sarkozy bittet zum Krisengipfel, 2.10.2008

(<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/eufinanzgipfel100.html>, letzter Zugriff am: 7.4.2010).

³²⁴ Vgl. Ludlow, The EU and the financial crisis, a.a.O., S. 15.

³²⁵ Bei seiner Rede vor der 63. UN-Generalversammlung am 23.9.2008 in New York (abrufbar unter: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf_sarkozy_onu.pdf, letzter Zugriff am: 11.4.2008) und seiner Grundsatzrede in Toulon am 25.9.2008 (http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf_sarkozy_toulon.pdf, letzter Zugriff am: 11.4.2008) hatte Sarkozy dazu aufgerufen, noch vor Jahresende auf einer internationalen Konferenz der Staats- und Regierungschefs über eine Reform des globalen Finanzsystems zu beraten. Ein Treffen der G7-Finanzminister stand am 10. Oktober 2008 in Washington an, vgl. Ludlow, The EU and the financial crisis, a.a.O., S. 15 und 19.

³²⁶ Vgl. Lettre du président Nicolas Sarkozy aux membres du Conseil Européen (http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/fr/accueil/PFUE-10_2008/PFUE-03.10.2008/Lettre_President.html, letzter Zugriff am: 7.4.2010).

³²⁷ Vgl. Giering/Neuhann, Europäischer Rat, a.a.O., S. 56.

³²⁸ Vgl. Merkel: „Die die Schäden verursacht haben, müssen auch ihren Beitrag leisten, in: Der Tagesspiegel vom 4.10.2008.

³²⁹ Für Einzelheiten siehe: Finanzkrise: Staatspräsident Sarkozy zu den Ergebnissen des europäischen G8-Gipfels, 7.10.2008 (<http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article3585>, letzter Zugriff am: 11.4.2008) bzw. die vollständige Abschlusserklärung, abrufbar unter: <http://discours.vie-publique.fr/notices/082003067.html> (letzter Zugriff am: 7.4.2010).

³³⁰ Vgl. hierzu die Berichte auf der Internetseite der französischen Ratspräsidentschaft:

http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/fr/accueil/PFUE-10_2008/PFUE-07.10.2008/conseil_affaires_economiques_et_financieres_ecofin.html und

während des G4-Treffens in Paris bekannt gewordenen erneuten Probleme der deutschen Bank Hypo Real Estate wieder Misstrauen vor einem deutschen Alleingang aufgekommen.³³¹ Dies hinderte den Rat jedoch nicht daran, sich über viele Punkte zu verständigen und sich so einem europäischen Konsens zu nähern. In den zwölf Seiten umfassenden Schlussfolgerungen³³² tauchten auch einige der Maßnahmen des niederländischen Plans wieder auf, der in der G4-Erklärung unerwähnt geblieben war.³³³ Zwei Punkte der G4-Erklärung wurden in den Schlussfolgerungen bestätigt: Die EK solle Flexibilität zeigen, was staatliche Beihilfen betrifft, ferner müsse die Anwendung des Wachstums- und Stabilitätspakts die außerordentliche Lage widerspiegeln.

Währenddessen liefen in Paris die Vorbereitungen des nächsten Gipfels am 12. Oktober auf Hochtouren. Einberufen waren diesmal alle Staats- und Regierungschefs der Länder der Eurozone. Außerdem nahmen Großbritannien, das wenige Tage zuvor die bislang umfangreichsten Rettungsmaßnahmen beschlossen hatte, die Slowakei sowie die Präsidenten von EK, EZB und der Eurogruppe teil.³³⁴ Ziel des Treffens war die Annahme eines gemeinsamen Aktionsplans. Dieser wurde von Sarkozy am Ende „with dramatic success“³³⁵ verkündet. Er bestätigte die Ergebnisse des ECOFIN, lehnte sich an das britische Modell an³³⁶ und war prinzipiell dem niederländischen Vorschlag sehr ähnlich: „coordinated but separate initiatives, designed to reassure the markets and member states themselves that they were acting all together“³³⁷. In die Abschlusserklärung³³⁸ fanden ferner viele der allgemeinen Prinzipien Eingang, die man am 4. Oktober festgelegt hatte. Der Erfolg des Treffens schlug sich am nächsten Tag direkt an der Börse nieder.³³⁹

Nach dieser Vorarbeit hoffte der Vorsitz auf eine Einigung der 27 auf dem Europäischen Rat am 15. und 16. Oktober, der sich zunächst mit der Finanzmarktkrise beschäftigte. Staats- und Regierungschefs der Tschechischen Republik und anderer mittel- und osteuro-

http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/fr/accueil/PFUE-10_2008/PFUE-07.10.2008/ECOFIN_results.html (letzter Zugriff am: 22.4.2010).

³³¹ Ohne vorher die europäischen Partner zu konsultieren, hatte Merkel am 5. Oktober 2008 unbegrenzte Garantien für private Spareinlagen angedeutet, vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, S. 16 f. sowie Benoît, Bertrand/Parker, George: Berlin shrugs off attacks on savings pledge, in: *Financial Times* vom 7.10.2008.

³³² Vgl. Rat der EU: Mitteilung an die Presse. 2894. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, Luxemburg, den 7. Oktober 2008, 13784/08 (Presse 279), Brüssel 7.10.2008.

³³³ Vgl. Koopmann, *Die Europäische Union in der Finanzmarktkrise*, a.a.O., S. 3.

³³⁴ Vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 18 f.

³³⁵ Ebd., S. 2.

³³⁶ Vgl. Schild, *La force de l'imprévisible*, a.a.O., S. 13 und Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 19.

³³⁷ Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 3.

³³⁸ Vgl. Rat der EU: Gipfeltreffen der Länder des Euro-Währungsgebiets. Erklärung zu einem abgestimmten Aktionsplan der Länder des Euro-Währungsgebiets, 14239/08, Brüssel 14.10.2008.

³³⁹ Vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 22.

päischer Mitgliedstaaten äußerten zwar Bedenken einer möglichen Überregulierung³⁴⁰, stimmten dem gemeinsamen Aktionsplan aber auch zu, so dass am Ende ein europäischer Konsens bezüglich eines abgestimmten Vorgehens in der Krise stand. Neben Glückwünschen an den französischen Präsidenten für das erfolgreiche Treffen in Paris wurden der EZB, besonders ihrem Präsidenten Jean-Claude Trichet, sowie den nationalen Zentralbanken für ihr Handeln gedankt.³⁴¹ Die Schlussfolgerungen³⁴² spiegelten die Arbeit der letzten Wochen wider, in zwei Bereichen blieben sie noch recht allgemein: das Vorgehen der EU vor dem Hintergrund der Befürchtungen einer weitreichenden Rezession und das europäische Wirken auf internationaler Ebene. Nachdem mit dem Bankenrettungsplan die erste Hürde genommen war, widmete sich der Ratsvorsitz diesen verstärkt in der zweiten Hälfte der Ratspräsidentschaft.

Für ein großes Engagement Europas im Zuge der Krise, auch auf internationaler Ebene, hatte sich die französische Präsidentschaft bereits häufiger ausgesprochen. Dass sie dabei hohe Ambitionen verfolgte, macht die Wortwahl Sarkozys deutlich. „Den Kapitalismus neu [...] begründen“³⁴³ und ein neues Bretton Woods schaffen, hatte er als Ziele genannt. Am 18. Oktober holte er sich zusammen mit Barroso in Camp David die Zustimmung des amerikanischen Präsidenten Bush, das vorgesehene internationale Gipfeltreffen zur Reform der Finanzmärkte so schnell wie möglich durchzuführen.

Bezüglich wirtschaftspolitischer Maßnahmen war ein europäisches Konjunkturpaket, wie es der französische Präsident wünschte, im Oktober erneut am Widerstand einiger Staaten, u.a. Luxemburg, Schweden und Deutschland, gescheitert.³⁴⁴ Auf dem Europäischen Rat war es letztlich bei dem Ersuchen des Rates an die EK geblieben, bis Ende des Jahres Vorschläge zu unterbreiten, wie die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft aufrechterhalten werden könne.³⁴⁵ Am 21. Oktober legte der französische Präsident in seiner Ansprache vor dem EP weitere Pläne dar und sprach sich für nationale und möglicherweise EU-weit koordinierbare Staatsfonds zur Unterstützung der Wirtschaft aus.³⁴⁶ Außerdem kam er in diesem Rahmen auf seinen Plan einer Wirtschaftsregierung in der EU zurück, wobei er präziserte: „Et dans mon esprit d’ailleurs, le vrai gouvernement économique de

³⁴⁰ Vgl. ebd., S. 24 f.

³⁴¹ Vgl. ebd., S. 23 und 25.

³⁴² Vgl. Rat der EU: Tagung des Europäischen Rates vom 15. und 16.10.2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 14368/08, Brüssel 16.10.2008, S. 1-6.

³⁴³ Vgl. Sarkozy, Nicolas: Rede zur internationalen Finanzmarktkrise am 25. September in Toulon, Auszüge, S. 4 und 7 (http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf_sarkozy_toulon.pdf, letzter Zugriff am: 11.4.2008).

³⁴⁴ Vgl. Giering/Neuhann, Europäischer Rat, a.a.O., S. 57.

³⁴⁵ Vgl. Rat der EU: Tagung des Europäischen Rates vom 15. und 16.10.2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 14368/08, Brüssel 16.10.2008, S. 5.

³⁴⁶ Vgl. Sarkozy, Nicolas: Rede vor dem EP am 21.10.2008, S. 5

(http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1020_pleniere_PE/Allocution_de_Nicolas_Sarkozy_devant_le_Parlement_europeen_21-10-2008_FR.pdf, letzter Zugriff am: 8.4.2010).

l' Eurogroupe c'est un Eurogroupe, qui se réunit au niveau des chefs d'Etat et de gouvernement"³⁴⁷. Da die beiden nachfolgenden Ratspräsidentschaften, die Tschechische Republik und Schweden, keine Mitglieder der Eurozone waren, bot er in den nächsten Tagen direkt an, als Präsident einer solchen auch über die französische Ratspräsidentschaft hinaus zur Verfügung zu stehen. Jean-Pierre Jouyet versuchte die Worte des Präsidenten zwar direkt ins rechte Licht zu rücken, er konnte jedoch nicht verhindern, dass sie für Schlagzeilen sorgten.³⁴⁸

Die Vorstöße des französischen Präsidenten sorgten nicht nur bei den deutschen Partnern für Misstrauen. So verlief das nächste Gipfeltreffen, ein informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten am 7. November in Brüssel, das der Vorbereitung des auf europäische Initiative nun für den 15. November angesetzten G20 diente, in einer angespannteren Atmosphäre.³⁴⁹ Bereits in dessen Vorfeld gab es aufgrund der vielfach überarbeiteten Entwürfe von Schlussfolgerungen Irritationen, wobei ein Beamter sogar von einer Vertrauenskrise sprach.³⁵⁰ Im Rahmen des Gipfeltreffens wurde der Entwurf des Vorsitzes letztlich noch einmal grundlegend überarbeitet.³⁵¹ Eine weitere Frage, die geklärt werden musste, war, wer die EU in Washington repräsentieren würde. Auch hier lenkte der Vorsitz ein, so dass im Endeffekt Kommissionspräsident Barroso und auch Spanien, die Tschechische Republik als folgende Ratspräsidentschaft sowie die Niederlande in Washington vertreten waren, während Juncker der Delegation nicht angehören sollte.³⁵²

Trotz der Unstimmigkeiten im Vorfeld wurde der G20-Gipfel zu einem europäischen Erfolg. Hiervon zeugt das Abschlussdokument des Gipfels, in das die europäischen Forderungen eindeutig Eingang gefunden hatten.³⁵³ Ein weiteres Treffen zur Finanzmarktregulierung wurde für April vereinbart. Ein internationaler Reformprozess der Finanzmärkte war damit eingeleitet.

Weiterhin offen blieb die Frage, wie dem drohenden wirtschaftlichen Abschwung entgegenzuwirken war. Der „ordnungspolitische Grundsatzkonflikt zwischen interventionsfreundlichen und stärker wettbewerbsorientierten Mitgliedstaaten“ hatte sich bereits angekündigt. Wie von Koopmann vorausgesehen, führte er zu einem „komplizierten

³⁴⁷ Ebd.

³⁴⁸ Vgl. Jouyet/Coignard, Une présidence de crises, a.a.O., S. 69 f. und Ludlow, The EU and the financial crisis, a.a.O., S. 33.

³⁴⁹ Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen: Ludlow, The EU and the financial crisis, a.a.O., S. 34 ff.

³⁵⁰ Vgl. ebd., S. 39.

³⁵¹ Vgl. ebd.

³⁵² Vgl. ebd., S. 39 f. Die Frage nach der Vertretung der EU auf dem G20 war unklar, da ein solcher vorher noch nicht auf Ebene der Staats- und Regierungschefs stattgefunden hatte.

³⁵³ Vgl. Schild, La force de l'imprévisible, a.a.O., S. 18. Für die Abschlusserklärung siehe:

http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1115_sommet_crise_financiere/declaration_washington_en.pdf (letzter Zugriff am: 11.4.2008).

Interessenausgleich zwischen allen Akteuren, die Kommission eingeschlossen“³⁵⁴. Während sich Sarkozy und Gordon Brown ähnlich wie im Fall des Bankenrettungsplans für groß angelegte Konjunkturmaßnahmen im europäischen Rahmen stark machten, zweifelte Deutschland bzw. in erster Linie der deutsche Finanzminister daran, dass diese nötig waren und die gewünschte Wirkung zeigen würden. Man befürchtete ferner, dass Frankreich die Situation nutzen wolle, um eine expansive Haushaltspolitik zu betreiben.³⁵⁵ Auch Polen unterstrich die Wichtigkeit der Defizitbegrenzung, Ländern wie Ungarn, Griechenland und Irland blieb hier kaum Spielraum.³⁵⁶ Dass Deutschland mit seiner zögerlichen Haltung ein Voranschreiten auf europäischer Ebene bremste, führte Sarkozy der Bundeskanzlerin am deutlichsten während der Pressekonferenz im Anschluss an den deutsch-französischen Ministerrat am 24. November vor Augen, als er sagte: „La France y travaille. L’Allemagne y réfléchit“.³⁵⁷ Merkel wurde in Folge der Ablehnung eines echten europäischen Bankenrettungspakets bereits „Madame Non“ genannt.³⁵⁸ Die deutsch-französischen Beziehungen blieben gespannt. Gerade hatten sich Sarkozy und Merkel zwar noch darauf geeinigt, statt einer allgemeinen Mehrwertsteuersenkung den Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie die Wettbewerbsregeln zu flexibilisieren und sich damit gegen die Pläne der EK zu stellen.³⁵⁹ Am 8. Dezember traf sich Sarkozy dann jedoch allein mit Brown und Barroso zur Vorbereitung des letzten Europäischen Rates unter französischer Ratspräsidentschaft.³⁶⁰ Auf dem Europäischen Rat, der am 11. und 12. Dezember in Brüssel stattfand, sah die Ratspräsidentschaft vor, über den Entwurf für ein europäisches Konjunkturprogramm zu beraten und abzustimmen, den die EK im Auftrag des Rates zur Ankurbelung der europäischen Wirtschaft ausgearbeitet und am 26. November vorgelegt hatte.³⁶¹ Vom ECOFIN war dieser am 2. Dezember angenommen worden. Der Vorschlag der EK sah fiskalpolitische Impulse im Umfang von 200 Milliarden Euro vor, von denen 170 Milliarden Euro aus den nationalen Haushalten stammen sollten. Ähnlich wie im Falle des Bankenrettungsplans handelte es sich um ein Rahmenpaket, d.h. um die Koordinierung nationaler Maßnahmen.³⁶² Die EK schlug eine Reihe an Instrumenten vor, deren sich die Mitgliedstaaten be-

³⁵⁴ Koopmann, Die Europäische Union in der Finanzkrise, a.a.O., S. 5.

³⁵⁵ Vgl. Schild, La force de l’imprévisible, a.a.O., S. 16.

³⁵⁶ Vgl. ebd.

³⁵⁷ Vgl. ebd., S. 14.

³⁵⁸ Vgl. Meyer, Karl de: Sarkozy face à la chancelière qui dit « nein », in: Les Echos vom 24.10.2008.

³⁵⁹ Vgl. Schild, La force de l’imprévisible, a.a.O., S. 16. Diese gemeinsame Position legten beide in einem gemeinsamen Artikel dar, der am 26. November 2008 in der FAZ unter dem Titel „Der Aufschwung kann nicht warten“ und in Le Figaro unter dem Titel „Nous ne pouvons pas attendre“ erschien.

³⁶⁰ Vgl. Schild, La force de l’imprévisible, a.a.O., S. 16.

³⁶¹ Vgl. EK: Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat. Europäisches Konjunkturprogramm, KOM (2008) 800, Brüssel 26.11.2008.

³⁶² Einige der Mitgliedstaaten, darunter Frankreich und Deutschland, hatten inzwischen bereits auf nationaler Ebene erste Konjunkturpakete beschlossen, vgl. Ludlow, The EU and the financial crisis, a.a.O., S. 44.

dienen konnten, knüpfte deren Verwendung jedoch an mehrere Bedingungen³⁶³. Nachdem sich die wirtschaftliche Situation weiter verschärft hatte und der politische Druck gewachsen war, konnte der Vorsitz im Endeffekt alle europäischen Partner überzeugen, dem Paket zuzustimmen. So wurde das Paket am 11. und 12. Dezember einstimmig vom Europäischen Rat gebilligt.³⁶⁴

Abbildung 3: Die Finanz- und Wirtschaftskrise unter französischer Ratspräsidentschaft im Überblick

15. September	Pleite der US-amerikanischen Traditionsbank Lehman Brothers
26. September	Vorlage eines europäischen Bankenrettungsplans durch das niederländische Finanzministerium
4. Oktober	Gipfeltreffen der vier europäischen G8-Staaten in Paris
7. Oktober	ECOFIN-Rat
12. Oktober	Treffen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone und Großbritanniens in Paris
15./16. Oktober	Europäischer Rat: Einigung auf europäischen Bankenrettungsplan
21. Oktober	Ansprache Sarkozys vor dem EP mit seinem Plädoyer für eine europäische Wirtschaftsregierung
7. November	Informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel
15. November	G20-Gipfel in Washington
24. November	Deutsch-Französischer Ministerrat in Paris
26. November	Vorlage eines Entwurfs für ein europäisches Konjunkturprogramm durch die EK
2. Dezember	ECOFIN-Rat
8. Dezember	Treffen von Nicolas Sarkozy, Gordon Brown und José Manuel Barroso in London
11./12. Dezember	Europäischer Rat: Verabschiedung des „europäischen“ Konjunkturprogramms

Quelle: Eigene Darstellung.

3.3.3 Bewertung

Die französische Ratspräsidentschaft handelte in der Finanz- und Wirtschaftskrise innerhalb der EU und auch auf internationaler Ebene als durchweg sichtbarer Akteur. Sie schaltete sich zügig ein, rückte das offizielle Arbeitsprogramm des Vorsitzes zunächst in den Hintergrund und widmete sich mit großem Engagement der Situation auf den Finanzmärkten. Gerade das kurzfristige *Krisenmanagement* des Vorsitzes, das in den gemeinsamen Aktionsplan zur Rettung der Banken mündete, wird in vielen Analysen als vorbildlich dargestellt.³⁶⁵ Die Ratspräsidentschaft habe dynamisch, problemorientiert und effizient gehandelt.³⁶⁶ Die Gipfeldiplomatie, mit der die Ratspräsidentschaft durch Ausschöpfung ihrer prozeduralen Kontrolle der Krise begegnet ist, wird als dem Ausmaß der Krise angemessen

³⁶³ U.a. sollte es sich um zeitlich begrenzte und auf einzelne Sektoren bezogene Maßnahmen handeln.

³⁶⁴ Vgl. Rat der EU: Tagung des Europäischen Rates vom 11./12. Dezember 2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 17271/08, Brüssel 12.12.2008, S. 3-8.

³⁶⁵ Vgl. Schild, *La force de l'imprévisible*, a.a.O., S. 12.

³⁶⁶ Vgl. Schild/Koopmann, *Der ‚Sarkozy-Moment‘*, a.a.O., S. 273.

bewertet, während auf der Ebene des ECOFIN Detailarbeit geleistet wurde.³⁶⁷ Dabei war der Ratspräsidentschaft förderlich, dass sie als Mitglied sowohl der Eurogruppe als auch des G8 über Querschnittsressourcen verfügte. Die Erholung der Märkte nach dem Europäischen Rat im Oktober spricht sowohl für den Ratsvorsitz in seiner Rolle als Krisenmanager als auch für die erfolgreiche Inszenierung der Gipfel und Verhandlungsergebnisse und damit die erfolgreiche Erfüllung der *internen Repräsentationsfunktion*, um die sich der französische Präsident meist persönlich kümmerte.³⁶⁸ Die französische Ratspräsidentschaft hat somit ihren Teil dazu beigetragen, dass der Konkurs europäischer Banken verhindert und der Interbankenmarkt zumindest stabilisiert werden konnte.³⁶⁹

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation haben die französischen Verantwortlichen früh das Ausmaß der Krise erkannt und von Beginn an auf ein europäisches Konjunkturprogramm hingearbeitet. Mit den letztlich beschlossenen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung konnte das Einbrechen des europäischen Binnenmarktes zwar nicht verhindert werden, eine Destabilisierung des gesamten Wirtschaftssystems fand jedoch nicht statt. Auch Deutschland, das umfangreichen konjunkturellen Maßnahmen lange Zeit misstrauisch gegenübergestanden hatte, sah sich im Übrigen im Januar 2009 gezwungen, ein zweites und sehr viel größeres Konjunkturpaket zu schnüren. Ein Faktor, der der Ratspräsidentschaft gerade bei der Frage nach einem europäischen Konjunkturpaket in der Ausübung der Funktion des Krisenmanagements hinderlich war, ist die eigene Nachlässigkeit, was das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts betrifft. Koopmann und Schild folgern: „In diesem Handlungsfeld besteht offenbar ein Zusammenhang zwischen bescheidener interner Performanz und einer nur begrenzten europäischen Führungsfähigkeit.“³⁷⁰ Darüber hinaus weisen einige Autoren auf Stilfragen hin, die sich negativ auf das Krisenmanagement ausgewirkt haben.³⁷¹ Diese werden bei der Prüfung der Vermittlerfunktion näher beleuchtet.

Die sichtbare und dynamische Rolle der Ratspräsidentschaft in der Krise liegt nicht nur in ihrem effizienten Krisenmanagement, sondern auch in der ausgeprägten Wahrnehmung der *Initiativ- und Impulsgeberrolle* begründet. Die Initiierung einer Reihe von außerplanmäßigen Treffen, neue institutionelle Formate wie ein in der Brüsseler Tradition bisher noch nie stattgefundenes Treffen der Eurogruppe auf Ebene der Staats- und Regierungschefs sowie die Initiative zur Einleitung eines Prozesses zur Finanzmarktreform auf internationaler Ebene sind hier positiv hervorzuheben. Sarkozy wurde zwar schon in Camp David von

³⁶⁷ Vgl. ebd. sowie Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 8.

³⁶⁸ Vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 22.

³⁶⁹ Vgl. Schild, *La force de l'imprévisible*, a.a.O., S.13 f.

³⁷⁰ Schild/Koopmann, *Der ‚Sarkozy-Moment‘*, a.a.O., S. 274.

³⁷¹ Vgl. bspw.: Goulard, Sylvie: *La Présidence française de l'Union européenne: brillante ou dangereuse?*, in: *Annuaire français de relations internationales*, (2009), Nr. 10, S. 508 ff.

Präsident Bush in seinem Eifer, einen „regulierten Kapitalismus“³⁷² zu schaffen, gebremst.³⁷³ Der französische Vorsitz hat nichtsdestotrotz einen großen Beitrag geleistet, der EU bei der Frage der Finanzmarktreformen zu einer internationalen Vorreiterrolle zu verhelfen. Diese bestätigte sich auf dem Gipfeltreffen am 2. April 2009 in London.³⁷⁴ Demnach kann die Funktion der *externen Repräsentation* ebenfalls als erfüllt betrachtet werden. Wiederum kam der französischen Ratspräsidentschaft hierbei der anstehende Regierungswechsel in den USA zugute. So waren von Präsident Bush keine Initiativen mehr zu erwarten, während Barack Obama, der am 5. November zum neuen amerikanischen Präsidenten gewählt worden war, seinen Amtsantritt abwartete.

Sarkozy schoss mit seiner Initiativfreudigkeit allerdings über das Ziel hinaus, wenn er die Krise als *policy window* zur Durchsetzung eigener Interessen zu nutzen versuchte.³⁷⁵ Bestes Beispiel ist sein in keiner Weise abgesprochener Vorschlag, das neue Format der Eurogruppe gleich als europäische Wirtschaftsregierung zu institutionalisieren, mit ihm persönlich als erstem Präsidenten.³⁷⁶ Dass Sarkozy den langjährigen Vorsitzenden der Eurogruppe und Premierminister Luxemburgs, Jean-Claude Juncker, hierfür gar nicht erst in Betracht zog, verstärkt die angedeuteten Defizite in Stilfragen.³⁷⁷

Letztere kommen in besonderem Maße bei der Prüfung der *Vermittlungsfunktion* zum Tragen, der in der Finanz- und Wirtschaftskrise, wie beschrieben, eine entscheidende Rolle zukam. Beobachtern zufolge hat die französische Ratspräsidentschaft die Rolle des *honest broker* zunächst erfolgreich erfüllt. Von der „Rolle Frankreichs als Koordinator [...], von der neue Impulse ausgehen sollten“³⁷⁸, spricht Jean Marc Daniel in Bezug auf den G4. Dabei habe Nicolas Sarkozy die Debatte gelenkt, nicht aber dominiert, mit dem Ergebnis, dass am 15. und 16. Oktober alle Mitgliedstaaten dem gemeinsamen Aktionsplan zustimmten. Laut Peter Ludlow änderte sich dies allerdings ab der zweiten Oktoberhälfte:

One of the fundamental reasons for Sarkozy's successes in the first half of October was [...] his willingness not to push too far. [...] In the new phase of the debate that began

³⁷² Sarkozy, Nicolas: Rede vor der 63. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 23. September 2008 in New York, S. 2 (http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf_sarkozy_onu.pdf, letzter Zugriff am: 11.4.2010).

³⁷³ Vgl. Ludlow, The EU and the financial crisis, a.a.O., S. 30 f.

³⁷⁴ Vgl. Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 274 und Merkel und Sarkozy einig im Kampf gegen die Krise, Spiegel Online, 12.3.2009 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,612941,00.html>, letzter Zugriff am: 8.4.2010).

³⁷⁵ Vgl. Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 273.

³⁷⁶ Vgl. Ludlow, The EU and the financial crisis, a.a.O., S. 32 f. Ein ähnliches Beispiel ist Sarkozys ebenfalls vor dem EP geäußerte Idee von Staatsfonds, die sich in den protektionistischen Diskurs des französischen Präsidenten einfügte. Sie wurde von Frankreich einige Tage später auf nationaler Ebene umgesetzt, innerhalb der EU stieß sie auf Skepsis, vgl. auch: Sarkozy gründet Staatsfonds zum Schutz der Industrie, Spiegel Online, 23.10.2008 (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,586028,00.html>, letzter Zugriff am: 8.4.2010).

³⁷⁷ Vgl. Ludlow, The EU and the financial crisis, a.a.O., S. 34.

³⁷⁸ Daniel, Jean-Marc: Reaktion auf die Krise: Die Europäisierung der französischen Wirtschaftspolitik, DGAP-Analyse Frankreich Nr. 2, Berlin April 2009, S. 8.

on 17 October however, the focus, the context and the tone of the European debate changed significantly³⁷⁹

Zu Sarkozys Führungsstil in dieser zweiten Phase merkt Ludlow an:

Nicolas Sarkozy did not only discover the limits of the EU Presidency in other words, he demonstrated them to anybody who had eyes to see by his seeming indifference to political reality. His admirers would doubtless claim that he has been blazing a trail, which other, more timid partners have been unwilling or unable to follow. To more detached observers, however, his behavior has looked more like a case of hubris.³⁸⁰

Die Ungeduld und Überheblichkeit Sarkozys in der zweiten Hälfte der Ratspräsidentschaft standen der Rolle eines *honest broker* entgegen. Eine mangelhafte Vermittlungsleistung wird Frankreich vor allem im Hinblick auf den deutschen Partner nachgesagt³⁸¹, wobei dieser mit seinen Bedenken nicht allein dastand. „Ein diskretes bilaterales Sondieren der deutschen Positionen nach roten Linien hätte ausgereicht, um diese Erkenntnis zu gewinnen und ein öffentliches Zerwürfnis zwischen beiden Ländern zu vermeiden“³⁸², stellt Schild fest. Statt auf breite Konsultationen und Kompromissfindung setzte der französische Präsident auf einen eher konfrontativen Kurs, sei es durch Anspielungen oder die Nichteinladung Merkels nach London am 8. Dezember.³⁸³ Der Vorschlag einer Wirtschaftsregierung kann ebenfalls in diese Richtung interpretiert werden, denn dieser galt zu diesem Zeitpunkt in Deutschland noch als Tabu.³⁸⁴ Deutschland, besonders das Bundesfinanzministerium, machte es der Ratspräsidentschaft allerdings auch nicht leicht, indem es von vorneherein ein wenig kooperatives Verhalten an den Tag legte und kaum Kompromissbereitschaft signalisierte, anders als der britische Premierminister, mit dem die Zusammenarbeit erstaunlich gut funktionierte.³⁸⁵ Auch wenn es dem Vorsitz nicht zuletzt durch seinen Einsatz für ein kollektives Vorgehen gelungen ist, alle Mitgliedstaaten dazu zu bewegen, dem „europäischen Konjunkturpaket“ zuzustimmen, kann in dieser Phase nicht von einer vorbildhaften Vermittlungsleistung gesprochen werden. Hierfür hätte der Vorsitz eine neutralere Haltung einnehmen müssen.

Komplikationen gab es auch in den Beziehungen zwischen dem Vorsitz und der EK bzw. einigen Kommissaren. Die folgenden Ausführungen beziehen sich demnach sowohl auf die Vermittlerfunktion des Vorsitzes als auch auf dessen Aufgabe, den Rat *in den interinstitu-*

³⁷⁹ Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 3.

³⁸⁰ Ebd., S. 31.

³⁸¹ Vgl. Goulard, *La Présidence française de l'Union européenne*, a.a.O., S. 510; Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 42 f. sowie Liberti, Fabio: *Bilan de la Présidence Française de l'Union Européenne* (<http://www.affaires-strategiques.info/spip.php?rubrique49>, letzter Zugriff am: 26.4.2010).

³⁸² Schild/Koopmann, *Der ‚Sarkozy-Moment‘*, a.a.O., S. 274.

³⁸³ Vgl. hierzu: Goulard, *La Présidence française de l'Union européenne*, a.a.O., S. 511.

³⁸⁴ Zur klaren Absage Deutschlands sowie Junckers an den französischen Vorschlag vgl. Mussler, Werner: *Finanzminister wollen höhere Defizite zulassen*, in: *FAZ* vom 4./5.11.2008.

³⁸⁵ Zur Rolle Browns und Deutschlands vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 33 f. bzw. S. 43.

tionellen Verhandlungen zu vertreten. Ludlow stellt fest: „The Commission as such clearly could not be ignored, either as the actual and potential architect of the legislation establishing the EU’s regulatory reforms or as the custodian of the treaties.“³⁸⁶ Der EK wird in der Finanz- und Wirtschaftskrise allerdings eine wenig aktive Rolle zugeschrieben.³⁸⁷ Christophe Strassel merkt dazu an, dass Barroso und die EU-Kommissare „weder über die Instrumente, noch über die Legitimität verfügen, die für Aktionen großen Maßstabs erforderlich wären“³⁸⁸. Während der französische Vorsitz umfangreiche Maßnahmen durchsetzen wollte, sah sich die EK damit konfrontiert, dass ihre neoliberalen Grundsätze und die Stabilitätsregeln in der Krise an Grenzen stießen. Die Forderungen des Ratsvorsitzes standen den Prinzipien der EK somit diametral entgegen, was dazu führte, dass der Vorsitz einigen Kommissaren ihre zögerliche Haltung sowie ihr Festhalten an den starren Prinzipien und Regeln der EU vorhielt.³⁸⁹ Peter Ludlow macht in erster Linie Kommissionspräsident Barroso als Verantwortlichen für die wahrgenommene Inaktivität der EK aus.³⁹⁰ Die Abstimmung zwischen Ratspräsidentschaft und Kommissionspräsident klappte dagegen sehr gut, was Ludlow auf die Rolle Barrosos als „Sarkozy’s loyal lieutenant“³⁹¹ zurückführt. Dessen bevorstehende Wiederwahl in 2009 hat sicher zu seinem entgegenkommenden Verhalten beigetragen.³⁹²

Demzufolge kann die Zusammenarbeit zwischen Ratsvorsitz und EK als ambivalent bezeichnet werden, auch wenn beide einen gemeinsamen Nenner fanden. Die schwache Position der EK stellt einen wichtigen externen Faktor dar, der die führende Rolle des französischen Vorsitzes in der Krise begünstigte.

Daneben kam es vor allem auf die Kooperation mit der EZB an. Diese funktionierte während der Ratspräsidentschaft angesichts der zuvor eher komplizierten Beziehung Frankreichs zur EZB unerwartet gut.³⁹³ Trichet wurde an den Gipfeltreffen stets beteiligt, was der Abstimmung förderlich war. Sarkozy lobte vor allem das pragmatische Vorgehen der EZB. Auch was die Vertretung des Rates gegenüber dem EP betrifft, hat die Ratspräsidentschaft ihre Aufgabe voll erfüllt. EP-Präsident Hans-Gert Pöttering würdigte besonders,

³⁸⁶ Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 34.

³⁸⁷ Vgl. Jouyet/Coignard, *Une présidence de crises*, a.a.O., S. 72 ff.

³⁸⁸ Strassel, Christophe: *Eine Wirtschaftsregierung für Europa: Französische Utopie oder europäische Notwendigkeit*, FES Frankreich-Analyse, Paris Januar 2009, S. 5.

³⁸⁹ Vgl. Jouyet/Coignard, *Une présidence de crises*, a.a.O., S. 72 ff. Betroffen waren in erster Linie Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes, Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy und Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquín Almunia, vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 34.

³⁹⁰ Vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 34.

³⁹¹ Ebd.

³⁹² Vgl. auch: Liberti, *A general evaluation of the French Presidency*, a.a.O.

³⁹³ Vgl. Matelly, Sylvie: *Bilan de la Présidence française en matière économique* (<http://www.affaires-strategiques.info/spip.php?article462>, letzter Zugriff am: 8.4.2010) sowie Jouyet/Coignard, *Une présidence de crises*, a.a.O., S. 72.

dass der französische Präsident innerhalb der sechs Monate insgesamt gleich dreimal persönlich nach Straßburg kam, um vor den europäischen Abgeordneten zu sprechen.³⁹⁴

Bei der Prüfung, inwiefern der Vorsitz die bisher noch unerwähnt gebliebene Funktion der *strategischen Steuerung* nach Kietz erfüllt hat, kommt man zu folgendem Ergebnis: In zweierlei Hinsicht hat die Ratspräsidentschaft eine aner kennenswerte Leistung erbracht. Zum einen war sie tatkräftig daran beteiligt, die nationalen Krisenreaktionen in einen europäischen Rahmen einzubetten. Sie konnte zwar die Mitgliedstaaten nicht von gänzlich europäischen Lösungen überzeugen und stieß mit ihren Vorschlägen und Forderungen aus beschriebenen Gründen häufig auf Grenzen, hat jedoch ihren Beitrag geleistet, nationale Alleingänge mit möglichen negativen Folgen für die Partnerländer weitgehend zu unterbinden und einen gewissen Abstimmungsgrad zwischen den Mitgliedstaaten zu erreichen. Zum anderen ist an dieser Stelle das internationale Engagement der Präsidentschaft zu würdigen. Negativ fällt ins Gewicht, dass das Krisenmanagement des Vorsit zes in erster Linie auf kurzfristige Ziele ausgerichtet war. Die längerfristigen Auswirkungen der Eingriffe hinsichtlich der finanziellen Situation der Mitgliedstaaten sowie die Notwendigkeit diesen entgegenzuwirken, sobald sich eine Besserung der wirtschaftlichen Situation abzeichnete, waren im französischen Diskurs beispielsweise wenig präsent.³⁹⁵

Was die strategische Steuerung durch den Vorsitz anbelangt, aber auch dessen Rolle als Krisenmanager und Impulsgeber, haben sich einige Faktoren begünstigend auf das Handeln der Ratspräsidentschaft ausgewirkt, die abschließend aufgeführt werden. Viele Autoren merken an, dass die Krise für Sarkozy eine gute Gelegenheit darstellte und dementsprechend genutzt wurde, den europäischen Führungsanspruch Frankreichs unter Beweis zu stellen, da ihm die Rolle des Krisenmanagers besonders zu liegen scheint.³⁹⁶ Bei der Finanz- und Wirtschaftskrise kommt hinzu, dass die Krise dem französischen Vorsitz insofern entgegenkam, dass sie, während sie den „ungezügelter Kapitalismus“ in Frage stellte, französische Grundorientierungen von Staat und Wirtschaft, d.h. einem starken Staat, der regulierend in die Märkte eingreift, bestätigte.³⁹⁷ In Frankreich wird die EU bereits seit langem wegen ihrer neoliberalen Politik kritisiert. So war die Angst vor der Beförderung

³⁹⁴ Vgl. EP: Pressemitteilung. Bilanz des französischen Ratsvorsitzes, Plenartagung, 20081216IPR44608, Brüssel/Straßburg 16.12.2008, letzte Aktualisierung am 17.12.2008 (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=DE&type=IM-PRESS&reference=20081216IPR44608>, letzter Zugriff am: 22.4.2010).

³⁹⁵ Vgl. hierzu: Döhrn/Kösters, Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 219 f. sowie Schmidt, Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09, a.a.O., S. 397.

³⁹⁶ Vgl. Kietz, Der Rat der Europäischen Union, a.a.O., S. 71 f. sowie Lesueur, Jean-Thomas: Retour du politique en Europe: la présidence française de l'Union européenne n'aura-t-elle été qu'un jeu de paille?, in: Think, (2009), Nr. 9, S. 22.

³⁹⁷ Vgl. hierzu: Uterwedde, Henrik: Europa als Ersatz des Nationalstaates? Frankreichs politisches Verständnis der europäischen Wirtschaft, in: Rill, Bernd (Hrsg.): Frankreichs Außenpolitik, Hanns-Seidel-Stiftung, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 66, München 2009.

neoliberalistischer Tendenzen durch den Verfassungsvertrag ein Grund für das französische Nein in 2005.³⁹⁸ Das Handeln fiel der Ratspräsidentschaft demnach umso leichter, da sie auf Vorgehensweisen, die auf nationaler Ebene Usus waren, und Konzepte, die in Frankreich bereits seit langem diskutiert wurden, zurückgreifen konnte.³⁹⁹ Zudem brachte die Tatsache, dass die EU mit ihrem Regelwerk an ihre Grenzen stieß, einen gewissen Spielraum mit sich. Folglich konnte sich die Ratspräsidentschaft mit Vorschlägen im Sinne einer aktiven, interventionistischen und voluntaristischen Wirtschaftspolitik behaupten, allerdings auf intergouvernementaler Ebene und zu Ungunsten der europäischen Institutionen, wie Uterwedde mit Verweis auf Grosser hervorhebt.⁴⁰⁰

Insgesamt ergibt sich somit folgende Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft in der Finanz- und Wirtschaftskrise: Durch erfolgreiches kurzfristiges Krisenmanagement, Initiativen und neue Impulse, Ansätze strategischer Steuerung sowie die Wahrnehmung der internen und externen Repräsentationsfunktion hat die französische Ratspräsidentschaft wichtige Dienste geleistet, so dass sich die EU, die sich in der Krise einer ernsthaften Bedrohung ihres Finanz- und Wirtschaftssystems gegenüber sah, als handlungsfähiger Akteur behaupten konnte. Laut Uterwedde demonstrierte der französische Vorsitz, „dass europäisches Handeln notwendig und möglich ist und dass die institutionell eher schwerfällige Union nicht zum Attentismus verdammt sein muss“⁴⁰¹. Die Ratspräsidentschaft stieß zwar auf Grenzen, gerade die Bereitschaft, sich für europäische Ziele einzusetzen, kann ihr im Fall der Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch kaum abgesprochen werden.

Defizite in der Funktionsausübung sind vor allem hinsichtlich der Vermittlung durch die Ratspräsidentschaft und der Verhandlungen mit der EK festzustellen. Diese hätten sich an manchen Stellen vermeiden lassen. Intensivere Konsultationen und klare Absprachen, bevor man in die Öffentlichkeit trat, gerade mit dem deutschen Partner, hätten die Unstimmigkeiten des Tandems abgemildert. Insgesamt hätte die EU auf diese Weise möglicherweise noch geeinter auftreten können. Die erwähnten Defizite schränken die Rollenzuschreibung der Ratspräsidentschaft als *Mitführer* ein.

³⁹⁸ Vgl. EK: Flash Eurobarometer 171. The European Constitution: Post-referendum survey in France, Brüssel Juni 2005, S. 17 (http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl171_en.pdf, letzter Zugriff am: 12.4.2010).

³⁹⁹ Vgl. Meyer, Karl de: Sarkozy face à la chancelière qui dit « nein », a.a.O.

⁴⁰⁰ Vgl. Uterwedde, Europa als Ersatz des Nationalstaates?, a.a.O., S. 52.

⁴⁰¹ Uterwedde, Henrik: Europäisierung – Herausforderung für die französische Politik, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 2008: Frankreich in Europa, Wiesbaden 2009, S. 21.

3.4 Fallbeispiel III: Das Klima- und Energiepaket

Anders als die beiden vorhergehenden Fallbeispiele war das Klima- und Energiepaket Teil der offiziellen französischen Agenda, wobei Frankreich die Klima- und Energiepolitik als einen der vier Schwerpunkte seiner Ratspräsidentschaft gewählt hatte.⁴⁰² Nicolas Sarkozy betonte in seiner Rede vor dem EP: „[C]e paquet énergie-climat est pour nous, une absolue priorité“⁴⁰³. Als das angestrebte, übergeordnete Ziel der Ratspräsidentschaft wird im Arbeitsprogramm genannt: „mettre l’Europe à l’avant-garde de la lutte contre le changement climatique“⁴⁰⁴. Die Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket reihten sich dabei in die europäische Agenda ein. Die Weichen für die europäische Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel hatten die europäischen Staats- und Regierungschefs nach einem Aufruf der EK vom 10. Januar 2007⁴⁰⁵ auf dem Europäischen Rat am 8. und 9. März 2007 gestellt, wo unter deutscher Ratspräsidentschaft der Aktionsplan (2007-2009) „Eine Energiepolitik für Europa“ verabschiedet wurde, der u.a. die 20-20-20 Ziele definierte.⁴⁰⁶ Zu deren Konkretisierung legte die EK am 23. Januar 2008 ein Maßnahmenpaket vor, das vier Legislativvorschläge umfasste: eine Richtlinie über die Neugestaltung des Emissionshandelssystems (Emission Trading System, ETS) ab 2013⁴⁰⁷, eine Entscheidung über die Aufteilung der nicht ETS-gebundenen Reduktionsverpflichtungen auf die Mitgliedstaaten, eine Richtlinie über die geologische Speicherung von CO₂ sowie eine Richtlinie über den Ausbau erneuerbarer Energien.⁴⁰⁸ Diese bilden zusammen das Klima- und Energiepaket, über das laut dem Europäischen Rat vom 13. und 14. März 2008 bis Ende 2008 eine Einigung herbeigeführt werden sollte.⁴⁰⁹ Dass sich die Ratspräsidentschaft ehrgeizige Ziele gesetzt hatte, zeigt das folgende Anforderungsprofil.

⁴⁰² Vgl. Kapitel 3.1.

⁴⁰³ Sarkozy, Rede vor dem EP am 10.7.2008, a.a.O., S. 4.

⁴⁰⁴ Französische Ratspräsidentschaft, Arbeitsprogramm 1. Juli – 31. Dezember 2008, a.a.O., S. 2

⁴⁰⁵ Vgl. EK: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Begrenzung des globalen Klimawandels auf 2 Grad Celsius. Der Weg in die Zukunft bis 2020 und darüber hinaus, KOM (2007) 2, Brüssel 10.1.2007.

⁴⁰⁶ Die 20-20-20-Ziele beziehen sich auf die drei Zielmarken, die sich die EU bis 2020 gesetzt hat: Senkung der Treibhausgasemissionen um 20% gegenüber dem Stand von 1990, um 30% im Falle einer ehrgeizigen internationalen Vereinbarung; Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20%; Einsparungen beim Energieverbrauch um 20% gemessen an Prognosen für 2020 durch Erhöhung der Energieeffizienz, vgl. Rat der EU: Europäischer Rat (Brüssel) 8./9. März 2007. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 7224/1/07 REV 1, Brüssel 2.5.2007, S. 11 ff. und Anlage I: Aktionsplan (2007-2009) des Europäischen Rates. Eine Energiepolitik für Europa.

⁴⁰⁷ Das ETS ist seit 2005 das zentrale klimapolitische Instrument der EU, vgl. Geden, Oliver: Die Klima- und Energiepolitik der EU – zwischen Implementierung und strategischer Neuorientierung, in: Integration, 31 (2008), Nr. 4, S. 359.

⁴⁰⁸ Vgl. EK: Pressemitteilung. Mehr Wachstum und Beschäftigung durch Klimaschutz, IP 08/80, Brüssel 23.1.2008, sowie Geden, Die Energie- und Klimapolitik der EU, a.a.O., S. 358.

⁴⁰⁹ Vgl. Rat der EU: Tagung des Europäischen Rates vom 13./14. März 2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 7652/1/08 REV 1, Brüssel 20.5.2008, S. 12.

3.4.1 Anforderungen

Zunächst kann festgestellt werden, dass es sich bei dem Klima- und Energiepaket um einen sensiblen Verhandlungsgegenstand handelte. Generell sind sich die Mitgliedstaaten zwar darüber einig, dass die Klima- und Energiepolitik der EU gemeinsamer Anstrengungen bedarf, in der konkreten Ausgestaltung überwiegen jedoch häufig nationale Interessen. So waren die anstehenden Verhandlungen über die Zuteilung von Emissionsrechten bzw. die Lastenaufteilung zwischen den Mitgliedstaaten für die Ratspräsidentschaft kein leichtes Unterfangen.⁴¹⁰ Die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Ressourcenausstattungen und Energieabhängigkeiten, Energiemixe, Wirtschaftsstrukturen und nationalen Politiken führen zu einer Reihe verschiedener Interessen und Standpunkte innerhalb der EU.⁴¹¹ Während der EU-15 nachgesagt wird, der Bekämpfung des Klimawandels einen relativ hohen Stellenwert beizumessen, gilt als Priorität der mittel- und osteuropäischen Länder die Energieversorgungssicherheit.⁴¹² Das Engagement für den Klimaschutz stößt sich allerdings auch in Deutschland, Frankreich oder Italien häufig an der Verteidigung der Interessen der heimischen Industrien. Diesen externen Faktoren zufolge wurde der französischen Ratspräsidentschaft im Fall des Klima- und Energiepakets in besonderer Weise die Rolle des *Vermittlers* abverlangt.

Als Vermittler war der Vorsitz auch in den interinstitutionellen Verhandlungen gefragt, sodass der Funktion der Ratspräsidentschaft, als *Anlaufstelle für die anderen EU-Institutionen* zu dienen, ebenfalls eine wichtige Bedeutung zukam. Das Klima- und Energiepaket fällt nach den 2008 geltenden Verträgen in erster Linie in den Bereich der Umweltpolitik, die einen weitgehend vergemeinschafteten Politikbereich der EU darstellt.⁴¹³ Als Rechtsgrundlage der vier Legislativvorschläge setzte die EK Artikel 175 Absatz 1 EGV fest⁴¹⁴, wonach die Entscheidung über das Paket dem Mitentscheidungsverfahren unterliegt.⁴¹⁵ Die französische Ratspräsidentschaft musste sich demnach nicht nur mit der

⁴¹⁰ Vgl. Grewe, Hartmut: Klimaschutz und Energieeffizienz. Gegensätzliche Antworten auf das „Energiepaket“ der EU, in: Dokumente, 63 (2007), Nr. 6, S. 79 f.

⁴¹¹ Vgl. Pellion, Antoine: Une politique européenne de l'énergie et du climat: un enjeu essentiel pour 2008, in: Revue Politique et Parlementaire, 110 (2008), Nr. 1046, S. 37 f.

⁴¹² Vgl. Geden, Die Energie- und Klimapolitik der EU, a.a.O., S. 354.

⁴¹³ Der Lissabon-Vertrag enthält nun speziell ein Kapitel „Energie“, vgl. Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union [nach dem Vertrag von Lissabon], in: Abl. 2010/C 83/01 vom 30.3.2010, Titel XXI bzw. Art. 194.

⁴¹⁴ Im Falle des Richtlinienvorschlags zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen ist darüber hinaus Art. 95 EGV nach dem Vertrag von Nizza bedeutsam.

⁴¹⁵ Vgl. EK: Vorschlag für eine Richtlinie des EP und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zwecks Verbesserung und Ausweitung des EU-Systems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten, 2008/0013 (COD), Brüssel 23.1.2008, S. 14; EK: Vorschlag für eine Entscheidung des EP und des Rates über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020, 2008/0014 (COD), Brüssel 23.1.2008, S. 7; EK: Vorschlag für eine Richtlinie des EP und des Rates über die

EK, sondern auch mit dem EP abstimmen, dessen Zustimmung für eine Einigung über das Paket erforderlich war. Da das EP sehr ambitionierte Ziele im Bereich Klimaschutz verfolgte, war hier mit Differenzen zu rechnen.

Was die Nachfrage nach den beiden weiteren Repräsentationsfunktionen betrifft, kam der Ratspräsidentschaft in erster Linie die Aufgabe zu, die EU gegenüber der Öffentlichkeit zu repräsentieren, wobei sie hier von EK und EP unterstützt wurde. Die *interne Repräsentationsfunktion* war entscheidend, da das Thema Klimaschutz auch innerhalb der europäischen Bevölkerung einen hohen Stellenwert hatte.⁴¹⁶ Gerade die 20-20-20-Zielmarken hatten lange Zeit im Mittelpunkt der Kommunikationsbemühungen der EU gestanden, so dass hier Abstriche ohne einen Ansehensverlust in der europäischen, aber auch der globalen Öffentlichkeit kaum denkbar waren.⁴¹⁷ Dies deutet darauf hin, dass auch der *externen Repräsentation* der EU im Falle des Klima- und Energiepakets eine gewisse Bedeutung zukam. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Außenvertretung der EU im Bereich der ersten Säule grundsätzlich im Verantwortungsbereich der EK liegt.⁴¹⁸ Die Ratspräsidentschaft sollte jedoch auf diese hinwirken, indem sie im Hinblick auf die 14. UN-Klimakonferenz im Dezember 2008 in Poznań sowie in Voraussicht auf die im Dezember 2009 geplante Klimakonferenz in Kopenhagen, bei der ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll verhandelt werden sollte, ein eindeutiges Signal des Rats sendete, welches die Glaubwürdigkeit und propagierte Vorreiterrolle der EU beim Klimaschutz untermauerte.⁴¹⁹ Was das Verhältnis von interner und externer Dimension betrifft, merkt Oliver Geden an:

Die starke Verschränkung interner und externer Politiken ist derzeit eines der prägenden Strukturierungsprinzipien der europäischen Energie- und Klimapolitik. Allerdings wirkt die externe Dimension – entsprechend der strategischen Orientierung an dem nur in internationalen Klimaverhandlungen zu erreichenden 2 Grad-Ziel – weitaus stärker auf die interne Dimension als umgekehrt.⁴²⁰

Dies galt es umzudrehen, um auf internationaler Ebene zügig zu einer Einigung zu gelangen.

geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006, 2008/0015 (COD), Brüssel 23.1.2008, S. 6 und 11; EK: Vorschlag für eine Richtlinie des EP und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, 2008/0016 (COD), Brüssel 23.1.2008, S. 10 f. und S. 14. Für die genauen rechtlichen Bestimmungen vgl. Art. 175 i.V.m. Art. 251 EGV nach dem Vertrag von Nizza.

⁴¹⁶ Vgl. EK: Eurobarometer 69. Die öffentliche Meinung in der EU, Brüssel Frühjahr 2008, S. 65 ff. (http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb69/eb_69_first_de.pdf, letzter Zugriff am: 24.4.2010).

⁴¹⁷ Vgl. Geden, Die Energie- und Klimapolitik der EU, a.a.O., S. 355.

⁴¹⁸ Vgl. Fußnote 139.

⁴¹⁹ Vgl. Lamy, Jean: Les enjeux de la présidence française du Conseil de l'Union européenne en matière d'énergie et de lutte contre le changement climatique, in: Regards sur l'actualité, (2008), Nr. 340, S. 21: „La crédibilité de l'Union européenne vis-à-vis du reste du monde dans le domaine de la lutte contre le changement climatique dépendra de sa capacité à s'entendre en interne sur les éléments de ce paquet.“

⁴²⁰ Geden, Die Klima- und Energiepolitik der EU, a.a.O., S. 358.

Sowohl die Vermittlungsfunktion als auch die Repräsentationsfunktionen sind eng mit der Aufgabe der *strategischen Steuerung* verbunden, die der Ratspräsidentschaft im Fall des Klima- und Energiepakets abverlangt wurde. Vor dem Hintergrund der Bewahrung der Glaubwürdigkeit für Kopenhagen, aber auch der langfristigen klima- und energiepolitischen Ziele der EU allgemein, kam es darauf an, die europäischen Partner davon zu überzeugen, nationale Interessen zurückzustellen, um so so wenig Abstriche wie möglich von den Kommissionsvorschlägen vorzunehmen. Die Ausrichtung der Diskussionen auf die langfristigen Ziele der EU war besonders bedeutsam und herausfordernd, da mit der Finanz- und drohenden Wirtschaftskrise ein externer Faktor hinzukam, der sich beträchtlich auf die Verhandlungen auswirken konnte.

Die Rolle der Ratspräsidentschaft als *Initiativ- und Impulsgeber* wurde im Fall des Klima- und Energiepakets aufgrund der bereits erfolgten Vorarbeit und der Vorlage eines konkreten Maßnahmenpakets durch die EK, die in der Klima- und Energiepolitik über das Initiativrecht verfügt, kaum nachgefragt. Es kam weniger auf neue Initiativen an, sondern es galt vielmehr, eine Einigung über die vorgegebenen, bereits gesteckten Ziele zu erreichen.⁴²¹ Hierfür war ferner noch die *Managementfunktion* bedeutsam, wobei diese in erster Linie darin bestand, das Alltagsgeschäft der EU, d.h. die Ratssitzungen und den Dialog mit dem EP, effizient zu organisieren. Erwähnenswert sind hierbei die durch die unvorhergesehenen Ereignisse erfolgten Änderungen in den Prioritäten der europäischen Agenda.

Gemäß dem Mandat des Europäischen Rats vom März 2008 hatte sich die französische Ratspräsidentschaft zum Ziel gesetzt, bis Ende 2008 eine Einigung über das Paket sicherzustellen.⁴²² Damit stand sie unter großem Zeit- und Erfolgsdruck, den sie sich teils selbst auferlegt hatte, der aber auch durch den europäischen bzw. internationalen Kalender bedingt war. Das Paket sollte spätestens bis zur Kopenhagener Konferenz abgeschlossen und möglichst noch vor Ende der Legislaturperiode des EP im Juni 2009 verabschiedet sein.⁴²³ Die tschechische Ratspräsidentschaft zeigte in diesem Bereich wenige Ambitionen. Dazu kamen als externe Faktoren der hohe Sensibilitätsgrad des Themas und die Finanz- und Wirtschaftskrise, die eine Einigung erschwerten.⁴²⁴

Der erfolgreiche Abschluss des Dossiers hing neben der optimalen Wahrnehmung der Managementfunktion und der Repräsentation des Rats gegenüber EK und EP von der Vermittlung zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen Rat und EP sowie der strategischen Steu-

⁴²¹ Vgl. Pellion, *Une politique européenne de l'énergie et du climat*, a.a.O., S. 41.

⁴²² Vgl. Französische Ratspräsidentschaft, *Arbeitsprogramm 1. Juli – 31. Dezember 2008*, a.a.O., S. 2.

⁴²³ Vgl. Geden, *Die Klima- und Energiepolitik der EU*, a.a.O., S. 358.

⁴²⁴ Vgl. FES/Institut für Europäische Politik, *Die Europäische Union 2020 im Blick. Prioritäten und Herausforderungen der französischen und tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im Vergleich*, a.a.O.

erung ab, für die der Ratsvorsitz verantwortlich war. Den beiden letztgenannten Funktionen kam besondere Bedeutung zu, da sie letztlich für die erfolgreiche Repräsentation der EU nach außen und innen ausschlaggebend waren.

3.4.2 Verlauf

Für das Dossier Klima- und Energiepaket war von Seiten der Ratspräsidentschaft in erster Linie Jean-Louis Borloo zuständig. Als Minister für Umwelt, Energie, nachhaltige Entwicklung und Raumplanung, zudem *Ministre d'Etat* und damit zweiter Mann der französischen Regierung, vertrat Borloo die Ratspräsidentschaft sowohl auf den Umwelt- als auch auf den Energieräten.⁴²⁵ Er wurde durch den Dänen Morgens Peter Carl unterstützt, der sich, um als Berater im Elysée zu wirken, von seinem Amt als Chef der Generaldirektion Umwelt ein Jahr hatte beurlauben lassen.⁴²⁶ Als Verfasser des Klima- und Energiepakets war er mit dem Paket bestens vertraut.⁴²⁷

Borloo war am 27. Juni 2008 noch in Ungarn und den baltischen Staaten gewesen⁴²⁸, nachdem diese zusammen mit Bulgarien, Rumänien und der Slowakei am 5. Juni in einem gemeinsamen Brief ihre Bedenken bezüglich des Pakets geschildert hatten.⁴²⁹ Letztere betrafen zum einen Fragen der Energiesicherheit, sie bezogen sich auch auf die befürchteten Konsequenzen des Pakets für das Wirtschaftswachstum der sich noch mitten in einem Transformationsprozess befindlichen Länder.⁴³⁰ Die Diskussionen im Kreise der 27 unter französischem Vorsitz wurden vom 3.-5. Juli bei einem informellen Treffen der für Umwelt und Energie zuständigen Minister in Saint-Cloud aufgenommen, an dem auch Vertreter der Zivilgesellschaft, der Industrie und des EP teilnahmen und bei dem eine breitangelegte Orientierungsaussprache stattfand.⁴³¹ Der Vorsitz unterstrich in diesem Rahmen die Bedeutung einer Einigung über das Paket vor dem Hintergrund des internationalen Kalenders.⁴³² Dass sich der Interessensausgleich zwischen den Mitgliedstaaten nicht einfach gestalten würde und weitere Einwände nicht ausbleiben würden, war jedoch abzusehen. Po-

⁴²⁵ Vgl. Lequesne/Rozenberg, *The French Presidency of 2008*, a.a.O., S. 37.

⁴²⁶ Vgl. Paris s'est démené pour faire mentir les soupçons d'arrogance, in: *Le Monde* vom 29./30.6.2008.

⁴²⁷ Vgl. Gammelin, Cerstin: Die Erfolgsformel 20-20-20, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 30.6.2008.

⁴²⁸ Vgl. Paris s'est démené pour faire mentir les soupçons d'arrogance, a.a.O.

⁴²⁹ Vgl. Lequesne/Rozenberg, *The French Presidency of 2008*, a.a.O., S. 39.

⁴³⁰ Vgl. ebd., S. 37 f.

⁴³¹ Vgl. hierzu den Bericht auf der Internetseite der französischen Ratspräsidentschaft:

http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/fr/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-03.07.2008/reunions_informelles_des_ministres_en_charge_de_l_environnement_et_de_l_energie_3152.html (letzter Zugriff am: 19.4.2010).

⁴³² Vgl. http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/fr/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-03.07.2008/reunion_informelle_des_ministres_charges_de_l_environnement.html und http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/fr/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-05.07.2008/pid/3487.html (letzter Zugriff am: 19.4.2010).

len, dessen Energieproduktion zu großen Teilen auf Kohle basiert, teilte die Vorbehalte der mittel- und osteuropäischen Staaten.⁴³³ Dazu kamen die Befürchtungen um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, insbesondere das Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionsquellen ins Ausland (*carbon leakage*). Hier waren die Stimmen aus Deutschland besonders laut.⁴³⁴ Während von deutscher Seite die Präferenz geäußert wurde, dem Problem durch die Vergabe freier CO₂-Quoten für besonders betroffene Industrien zu begegnen, was eine Aufweichung des Klima- und Energiepakets bedeutet hätte, tendierte Frankreich dazu, die europäische Industrie durch einen Ausgleichsmechanismus an den Außengrenzen der EU zu schützen, z.B. indem die Unternehmen, die in die EU importieren, ebenfalls CO₂-Quoten erwerben müssen.⁴³⁵ Dies äußerte Nicolas Sarkozy u.a. in seiner Rede vor dem EP am 10. Juli, in der er außerdem noch einmal die hohe Priorität des Dossiers für den Vorsitz betonte sowie um die Unterstützung des EP bat, um noch unter französischer Ratspräsidentschaft die Annahme des Pakets zu erreichen.⁴³⁶

Ab September kamen zwei weitere Herausforderungen hinzu, zum einen die Gegenwehr von Seiten der Industrielobbies, die den Druck auf die Regierungen und EP-Abgeordnete verstärkten, zum anderen die Finanzkrise, die eine wirtschaftliche Rezession wahrscheinlicher werden ließ und die die Mitgliedstaaten derart beschäftigte, dass das Thema Klimaschutz in den Hintergrund zu treten schien.⁴³⁷

Für Rat und EP stand fest, die Verhandlungen über das Paket erst im Dezember abzuschließen⁴³⁸, es stand jedoch auch beim Europäischen Rat am 15. und 16. Oktober auf der Tagesordnung, der auf dem Energierat am 10. Oktober und im Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) vorbereitet wurde. Ludlow nimmt an: „The French Presidency clearly hoped [...] that it could strengthen its position in the negotiations if the October European Council approved a set of ‘guidelines’.“⁴³⁹ Ein solches hatte der Vorsitz vor dem Treffen zusammen mit einem ersten vorläufigen Entwurf der Schlussfolgerungen in den Umlauf gebracht, in die er die Leitlinien integrieren wollte.⁴⁴⁰ Die französischen Verantwortlichen mussten den Entwurf jedoch schon vor dem Treffen mehrmals überarbeiten, so dass in der letzten Version vor dem Europäischen Rat vom 14. Oktober nur noch auf die Leitlinien

⁴³³ Laut Schild und Koopmann ist Polen Mitverfasser des gemeinsamen Briefes der mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten vom 5. Juni. Lequesne und Rozenberg zählen Polen nicht auf und sprechen nur von sieben Unterzeichnern, vgl. Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 278 bzw. Lequesne/Rozenberg, The French Presidency of 2008, a.a.O., S. 39.

⁴³⁴ Vgl. Lequesne/Rozenberg, The French Presidency of 2008, a.a.O., S. 38.

⁴³⁵ Vgl. ebd.

⁴³⁶ Vgl. ebd., S. 39 sowie Sarkozy, Rede vor dem Europäischen Parlament am 10.7.2008, a.a.O., S. 3.

⁴³⁷ Vgl. Lequesne/Rozenberg, The French Presidency of 2008, a.a.O., S. 39 f.

⁴³⁸ Vgl. Ludlow, The EU and the financial crisis, a.a.O., S. 5.

⁴³⁹ Ebd.

⁴⁴⁰ Vgl. hierzu: Ebd., S. 5 und 46 f.

verwiesen wurde.⁴⁴¹ Während der Klima- und Energiedebatte, die letztlich mehr Zeit in Anspruch nahm als die Verhandlungen über die Finanzkrise⁴⁴², nutzten die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, aber auch Italien die Gelegenheit, erneut ihre Bedenken zu äußern.⁴⁴³ Polen legte schließlich zusammen mit sechs der Mitgliedstaaten, die am 5. Juni den gemeinsamen Brief verfasst hatten, am zweiten Tag des Europäischen Rates einen eigenen Entwurf für den das Klima- und Energiepaket betreffenden Paragraphen in den Schlussfolgerungen vor.⁴⁴⁴ Dieser stellte nicht nur die Dezemberfrist, sondern auch die grundlegenden Ziele des Pakets in Frage, zu denen sich alle Mitgliedstaaten verpflichtet hatten, so dass mehrere Staats- und Regierungschefs direkt einlenken mussten.⁴⁴⁵ Letzten Endes konnte Sarkozy die Situation nur durch bilaterale Gespräche mit dem als Sprecher der mittel- und osteuropäischen Staaten fungierenden polnischen Premierminister Donald Tusk retten. Man einigte sich auf eine Textvorlage⁴⁴⁶, die sowohl die Frist als auch die Ziele des Pakets sicherstellte, andererseits aber auch wichtige Zugeständnisse enthielt.⁴⁴⁷ So entfiel letztlich selbst der Verweis auf die durch den Vorsitz erarbeiteten Leitlinien, die im Endeffekt nur in der Liste der Referenzdokumente zum Europäischen Rat auftauchten.⁴⁴⁸ Darüber hinaus beinhalten die Schlussfolgerungen neben der Betonung, dass jede Einigung unter Berücksichtigung der spezifischen Situation jedes Mitgliedstaats geschehen würde, den Entschluss, die endgültige Entscheidung über das Paket auf dem nächsten Europäischen Rat und damit einstimmig zu fällen.⁴⁴⁹ Da letzterer für den 11. und 12. Dezember angesetzt war, hieß dies auch, dass dem EP nur wenig Zeit blieb, die Ergebnisse noch vor Ende des Jahres zu bestätigen.⁴⁵⁰

Lequesne und Rozenberg weisen neben diesem eher kritischen Verlauf der Verhandlungen auch auf einige positive Aspekte hin, was das Ergebnis des Europäischen Rates im Bereich Klimaschutz angeht. So hatte eine Gruppe an Mitgliedstaaten, darunter Großbritannien, Spanien, die Niederlande, Belgien und die skandinavischen Länder, ihre Zustimmung zu dem Paket bekräftigt.⁴⁵¹ In den Schlussfolgerungen unterstrichen alle Mitgliedstaaten die

⁴⁴¹ Für die vorläufigen Versionen der Schlussfolgerungen des Vorsitzes siehe u.a.: Rat der EU: Tagung des Europäischen Rates (15. und 16. Oktober 2008). Entwurf von Schlussfolgerungen, 13419/08, Brüssel 8.10.2008, S. 5 und Anlage I, S. 9-11 sowie Rat der EU: Tagung des Europäischen Rates (15. und 16. Oktober 2008). Entwurf von Schlussfolgerungen, 14065/08, Brüssel 10.10.2008, S. 5 und Anlage I, S. 9-11.

⁴⁴² Vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 47.

⁴⁴³ Vgl. Lequesne/Rozenberg, *The French Presidency of 2008*, a.a.O., S. 40.

⁴⁴⁴ Vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 47 f.

⁴⁴⁵ Vgl. ebd., S. 48.

⁴⁴⁶ Vgl. Rat der EU: Tagung des Europäischen Rates vom 15. und 16.10.2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 14368/08, Brüssel 16.10.2008, S. 6.

⁴⁴⁷ Vgl. hierzu: Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 48 f.

⁴⁴⁸ Vgl. ebd., S. 47.

⁴⁴⁹ Das Klima- und Energiepaket hätte auch mit qualifizierter Mehrheit angenommen werden können, vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 48 f. i.V.m. Art. 175 EGV.

⁴⁵⁰ Vgl. ebd., S. 49.

⁴⁵¹ Vgl. Lequesne/Rozenberg, *The French Presidency of 2008*, a.a.O., S. 40

Absicht, im Dezember zu einer Einigung zu gelangen.⁴⁵² Die französische Ratspräsidentschaft hatte ferner deutlich gemacht, dass sie am Ziel der Verabschiedung des Legislativpakets festhielt und dem Klimaschutz weiterhin einen großen Stellenwert beimaß.⁴⁵³ Dies unterstrich der französische Präsident auch in seiner Ansprache vor dem EP am 21. Oktober, in der er erklärte, dass er keine Abstriche bezüglich der 20-20-20-Ziele zulassen würde, die Vorlagen der EK jedoch eventuell in einigen Punkten flexibel gehandhabt werden müssten.⁴⁵⁴

Über das Klima- und Energiepaket, u.a. die Frage des *carbon leakage*, in deren Kontext Deutschland erneut die Interessen seiner Industrie betonte, die Forderungen der mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten von Ausnahmen der 100%-igen Auktionierung im Energiesektor sowie die Verwendung der Versteigerungserlöse⁴⁵⁵, wurde auch auf dem Umweltrat am 20. und 21. Oktober ausführlich diskutiert.⁴⁵⁶ Der Rat betonte die Ambitionen, mit dem EP zu einer Einigung in erster Lesung zu gelangen⁴⁵⁷, worauf der Vorsitz ankündigte, auf Grundlage der auf eine Kompromisslösung hindeutenden Ergebnisse der Debatte⁴⁵⁸, den informellen Trilog mit EP und EK vorzubereiten.⁴⁵⁹ Außerdem traf der Rat Schlussfolgerungen in Vorbereitung auf die Klimakonferenz vom 1.-12. Dezember in Poznań.⁴⁶⁰ In der Folge wurden die Beratungen über das Klima- und Energiepaket im AStV und in den Ministerräten (Umweltrat am 4. und 5. Dezember, Energierat am 8. Dezember) und schließlich in den Trilogien weitergeführt.

Trotz der geleisteten Vorarbeit waren viele Punkte vor dem Europäischen Rat noch ungeklärt.⁴⁶¹ Der Ausgang des Gipfeltreffens, bei dem das Paket weit oben auf der Tagesordnung stand⁴⁶², wurde mit Spannung erwartet, zumal Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung zu verstehen gab:

⁴⁵² Vgl. ebd.

⁴⁵³ Vgl. ebd.

⁴⁵⁴ Vgl. Sarkozy, Ansprache vor dem EP am 21.10.2008, a.a.O., S. 4.

⁴⁵⁵ Die EK hatte in ihrer Vorlage angeregt, einen bestimmten Anteil der Einkünfte aus den Versteigerungserlösen für gemeinsame Klimaschutzmaßnahmen zu verwenden, wofür sich Frankreich einsetzte. Viele Mitgliedstaaten sprachen sich jedoch gegen eine verbindliche Zweckbindung der Erlöse aus, vgl. EK: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zwecks Verbesserung und Ausweitung des EU-Systems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten, 2008/0013 (COD), Brüssel 23.1.2008, S. 26.

⁴⁵⁶ Vgl. Bundesministerium für Umwelt (BMU): Ergebnisse der EU-Ratstagung (Umwelt) vom 20. Oktober 2008 in Luxemburg, Stand 20. Oktober 2008 (http://www.bmu.bund.de/europa_und_umwelt/ratstagungen_der_eu/umwelt/doc/42651.php, letzter Zugriff am: 19.4.2010).

⁴⁵⁷ Vgl. Rat der EU: Mitteilung an die Presse. 2898. Tagung des Rates Umwelt, 13857/08 (Presse 282), Luxemburg 20.10.2008, S. 16.

⁴⁵⁸ Vgl. Lequesne/Rozenberg, *The French Presidency of 2008*, a.a.O., S. 41.

⁴⁵⁹ Vgl. BMU, Ergebnisse der EU-Ratstagung (Umwelt) vom 20. Oktober, a.a.O.

⁴⁶⁰ Vgl. Rat der EU: Mitteilung an die Presse. 2898. Tagung des Rates Umwelt, 13857/08 (Presse 282), Luxemburg 20.10.2008, S. 7 ff.

⁴⁶¹ Vgl. Gammelin, Cerstin: Bis der Rauch sich verzieht, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 9.12.2008.

⁴⁶² Vgl. Giering/Neuhann, *Europäischer Rat*, a.a.O., S. 63.

Insgesamt wird es ein spannender Rat nächste Woche, ein Rat mit harten Verhandlungen, in dem wir bei allem Bekenntnis zu den allgemeinen Zielen unsere eigenen Positionen sehr hart vortragen werden[.]⁴⁶³

Um einen Kompromiss sicherzustellen und das Klima- und Energiepaket so zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, weitete die Ratspräsidentschaft den Konsultationsprozess aus. Am 6. Dezember traf sich Präsident Sarkozy in Danzig mit acht Regierungschefs und einem Vizeregierungschef aus Mittel- und Osteuropa, um deren Kompromissoptionen auszuloten⁴⁶⁴ und auf diese Weise auch dem deutschen Partner Druck zu machen, das Paket nicht scheitern zu lassen.⁴⁶⁵ Ferner hatte man die sieben Fraktionsführer des EP am 9. Dezember zu einem Treffen in den Elysée eingeladen.⁴⁶⁶ Auf dem Europäischen Rat selbst führte Sarkozy zunächst vertrauliche Gespräche, insbesondere mit den Staats- und Regierungschefs aus Italien, Deutschland und Polen, in denen der Vorsitz diesen bereits Entgegenkommen signalisierte.⁴⁶⁷

Letztlich konnten sich die Beteiligten nach langwierigen und komplizierten Verhandlungen⁴⁶⁸ und einer Reihe von Zugeständnissen durch den Vorsitz am 12. Dezember auf einen Kompromiss einigen, den alle Mitgliedstaaten mittrugen.⁴⁶⁹ Dieser bestätigte die 20-20-20-Formel prinzipiell, beinhaltete allerdings eine Reihe von Ausnahmeregelungen und wich insofern in einigen Punkten vom ambitionierten Vorschlag der EK ab.⁴⁷⁰ Den energieintensiven und von Produktionsverlagerungen bedrohten Industriezweigen wurden kostenlose Zertifikate zugesprochen. Mit dieser Regelung kam man vor allem Deutschland entgegen. Außerdem wurden den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, deren Stromerzeugung fast vollständig in Kohlekraftwerken geschieht, Übergangsfristen genehmigt, bis deren Elektrizitätswirtschaft vollständig in das ETS integriert wird. Als weiteres Entgegenkommen gegenüber den osteuropäischen Partnern galt die Vereinbarung, dass die reicheren Länder einen Teil ihrer Emissionsrechte an die ärmeren Mitgliedstaaten abtreten, wofür sich der Vorsitz eingesetzt hatte, nachdem sich Deutschland und Großbritannien gegen

⁴⁶³ Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat in Brüssel am 11./12. Dezember 2008 vor dem Deutschen Bundestag am 4. Dezember 2008 in Berlin (<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2008/12/133-1-bkin-regerkl-bt.layoutVariant=Druckansicht.html>, letzter Zugriff am: 19.4.2010).

⁴⁶⁴ Vgl. Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 278.

⁴⁶⁵ Vgl. Rousselin, Pierre: La méthode Sarkozy pour piloter l'Europe, in: Le Figaro vom 9.12.2008.

⁴⁶⁶ Vgl. Gammelin, Cerstin: Bis der Rauch sich verzieht, a.a.O.

⁴⁶⁷ Vgl. Avril, Pierre: Paris lâche du lest pour boucler le paquet climat, in: Le Figaro, 12.12.2008.

⁴⁶⁸ Vgl. Giering/Neuhann, Europäischer Rat, a.a.O., S. 63 sowie Jouyet/Coignard, Une présidence de crises, a.a.O., S. 18 ff.

⁴⁶⁹ Vgl. Rat der EU: Tagung des Europäischen Rates vom 11./12. Dezember 2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 17271/08, Brüssel 12.12.2008, S. 8 f. i.V.m. Rat der EU: Energie- und Klimawandel. Bestandteile des endgültigen Kompromisses, 17215/08, Brüssel 12.12.2008.

⁴⁷⁰ Für eine genaue Analyse der Abweichungen siehe: Marre, Béatrice: Le climat, première victime de l'accord européen?, in: Revue politique et parlementaire, 110 (2008), Nr. 1049.

finanzielle Hilfen aus den Auktionsgewinnen ausgesprochen hatten.⁴⁷¹ Dieser Punkt stand mit dem EK-Vorschlag, der gemeinschaftliche Solidarität eingefordert hatte, in Einklang.⁴⁷²

Das EP stimmte diesem Kompromiss schließlich mit großer Mehrheit⁴⁷³ und ohne substantielle Änderungen am 17. Dezember zu⁴⁷⁴, nachdem der französische Präsident am 16. Dezember noch einmal vor dem Plenum gesprochen hatte.

Die Stimmen zu der Einigung fielen ambivalent aus.⁴⁷⁵ Von Nicolas Sarkozy wurde die Einigung als „historisch“ bezeichnet.⁴⁷⁶ Er unterstrich, dass „[a]ucun continent n'est doté de règles aussi contraignantes“⁴⁷⁷ und betonte die einstimmige Einigung über das Paket. Auch Barroso zeigte sich sehr zufrieden über das Ergebnis des Europäischen Rates. Europa habe bewiesen: „Yes, we can“, nun sei es an den USA, diesem Beispiel zu folgen.⁴⁷⁸ Von (Umwelt-)Verbänden⁴⁷⁹, in den Medien⁴⁸⁰ und einigen anderen Analysen wird das letztlich verabschiedete Paket aufgrund der vielen Ausnahmeregelungen teilweise jedoch stark kritisiert und als „écran de fumée“⁴⁸¹ und „accord au rabais“⁴⁸² bezeichnet.

Abbildung 4: Die Verhandlungen um das Klima- und Energiepaket unter französischer Ratspräsidentschaft im Überblick

3.-5. Juli	Informelles Treffen der für Umwelt und Energie zuständigen Minister in Saint-Cloud
10. Juli	Rede von Nicolas Sarkozy vor dem EP
10. Oktober	Tagung des Rates Energie
15./16. Oktober	Verhandlungen auf dem Europäischen Rat
20./21. Oktober	Tagung des Rates Umwelt
1.-12. Dezember	14. UN-Klimakonferenz in Poznań
4. Dezember	Tagung des Rates Umwelt

⁴⁷¹ Vgl. Hönighaus, Reinhard: Sarkozys Friedensangebot, in: Financial Times Deutschland vom 11.12.2008 sowie Ricard, Philippe: Le „paquet climat“ européen met à l'épreuve la solidarité entre les Vingt-Sept, in: Le Monde vom 11.12.2008.

⁴⁷² Vgl. Lequesne/Rozenberg, The French Presidency of 2008, a.a.O., S. 38.

⁴⁷³ Mit 550 von 785 Stimmen, vgl. die offizielle Bilanz der Ratspräsidentschaft: Secrétariat Général des Affaires Européennes: Französische Präsidentschaft des Rates der EU. Bilanz und Zukunftsaussichten, 1.7. – 31.12.2008, S. 6 (http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf_Franzoesische_Praesidentschaft_Bilanz_und_Zukunftsaussichten.pdf, letzter Zugriff am: 22.4.2010).

⁴⁷⁴ Vgl. Marre, Le climat, première victime de l'accord européen?, a.a.O., S. 105.

⁴⁷⁵ Vgl. ebd., S. 111.

⁴⁷⁶ Vgl. Giering/Neuhann, Europäischer Rat, a.a.O., S. 63.

⁴⁷⁷ Ricard, Philippe: Les Vingt-Sept trouvent un compromis sur le climat, in: Le Monde vom 13.12.2008.

⁴⁷⁸ Vgl. die Videoaufzeichnung der Pressekonferenz auf der Internetseite der französischen Ratspräsidentschaft (http://www.eu2008.fr/PFUE/site/PFUE/lang/fr/Conseil_europeen_11-12-2008_resultats.html, letzter Zugriff am: 11.4.2010).

⁴⁷⁹ Vgl. z.B.: Klima-Schutz-Allianz: Hintergrundinformationen zum EU-Klimapaket. Verabschiedetes EU-Energie- und Klimapaket im Dezember 2008 (<http://www.die-klima-allianz.de/forderungen/europa>, letzter Zugriff am: 11.4.2010).

⁴⁸⁰ Vgl. bspw.: Roth, Wolfgang: Artenschutz für Luftverschmutzer, in: Süddeutsche Zeitung vom 13./14.12.2008.

⁴⁸¹ Cohn-Bendit, Daniel/Jadot, Yannick/Besset, Jean-Paul: Débandade sur le climat, in: Le Monde vom 18.12.2008.

⁴⁸² Marre, Le climat, première victime de l'accord européen?, a.a.O., S. 109.

6. Dezember	Treffen zwischen Nicolas Sarkozy und den Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa in Danzig
8. Dezember	Tagung des Rates Energie
9. Dezember	Einladung der sieben Fraktionsführer des EP in den Elysée
11./12. Dezember	Europäischer Rat: Einigung über das Klima- und Energiepaket
16. Dezember	Rede von Nicolas Sarkozy vor dem EP
17. Dezember	Annahme des Klima- und Energiepakets in erster Lesung durch das EP

Quelle: Eigene Darstellung.

3.4.3 Bewertung

Der Prozessverlauf führt deutlich die hohe Priorität vor Augen, die das Klima- und Energiepaket für den französischen Vorsitz besaß. Bereits im Vorhinein war davon auszugehen, dass der Erfolg der Ratspräsidentschaft nicht zuletzt an diesem Punkt gemessen würde.⁴⁸³ Folglich wendete der Vorsitz trotz der Krisen, die die Agenda der Ratspräsidentschaft durcheinander brachten, besonders viel Engagement für das Dossier auf.

Zu den internen Faktoren und Ressourcen, die sich allgemein begünstigend auf die Funktionswahrnehmung durch den Vorsitz ausgewirkt haben, zählt die Tatsache, dass Frankreich vor allem dank seines hohen Anteils an Atomenergie unter allen Industrienationen den geringsten Kohlendioxidausstoß aufweist.⁴⁸⁴ Dies erleichterte dem Vorsitz zum einen, sich für die Reduktion des CO₂-Ausstoßes stark zu machen und die europäischen Partner von der Dringlichkeit des Klimapakets zu überzeugen.⁴⁸⁵ Zum anderen wird hieran deutlich, dass für Frankreich in den Verhandlungen insgesamt weniger auf dem Spiel stand als für andere Mitgliedstaaten, da es weniger von der Verschärfung der CO₂-Emissionsrestriktionen betroffen war. Die dennoch zu berücksichtigenden industriellen Interessen des französischen Staates⁴⁸⁶ wären vermutlich in Verbindung mit dem Binnenmarktpaket als weiterem Projekt der EU im Bereich Klima- und Energiepolitik schwerer ins Gewicht gefallen.⁴⁸⁷ Da Frankreich bei letztgenanntem Dossier ein starkes nationales Interesse hat, das den Plänen der EK entgegensteht⁴⁸⁸, hätte sich hier gerade die Übernahme der Rolle eines *honest broker* mit großer Wahrscheinlichkeit schwieriger gestaltet, was wiederum verständlich macht, warum der Vorsitz dem Klima- und Energiepaket gegenüber

⁴⁸³ Vgl. Lequesne/Rozenberg, *The French Presidency of 2008*, a.a.O., S. 37.

⁴⁸⁴ Vgl. Deshaies, Michel: Energie und Umweltpolitik. Energiepolitische Optionen in Frankreich und Deutschland, in: *Dokumente*, 63 (2007), Nr. 6, S. 60. Frankreich gewinnt rund 80% seiner Stromproduktion aus der CO₂-freien Kernenergie, was sich auch in seiner positiven Kyoto-Bilanz niederschlägt, vgl. Schild, *Sarkozys Europapolitik*, a.a.O., S. 246.

⁴⁸⁵ Vgl. Schild, *Sarkozys Europapolitik*, a.a.O., S. 246.

⁴⁸⁶ Vgl. Lequesne/Rozenberg, *The French Presidency 2008*, a.a.O., S. 37.

⁴⁸⁷ Vgl. Stark, *Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008*, a.a.O., S. 39.

⁴⁸⁸ Vgl. hierzu: Geden, *Die Energie- und Klimapolitik der EU*, a.a.O., S. 355 ff.

der Weiterführung der europäischen Binnenmarktstrategie den Vorrang gab, ein anschauliches Beispiel für *agenda structuring* nach Tallberg.⁴⁸⁹

Darüber hinaus hatte die Ratspräsidentschaft mit Jean-Louis Borloo einen zuverlässigen Verantwortlichen, der sich zusammen mit seinem Team und der französischen ständigen Vertretung in Brüssel sehr für das Klima- und Energiepaket einsetzte.⁴⁹⁰ Die Tatsache, dass sich Frankreich auch auf nationaler Ebene im Vorfeld intensiv mit der Thematik beschäftigt hatte, kann als zusätzliche Ressource ausgemacht werden. So hatte in Frankreich, dem traditionell ein weniger großes Interesse an Umweltfragen nachgesagt wird, ein Jahr zuvor ein breit angelegter Dialogprozess unter dem Namen „Grenelle de l’environnement“ stattgefunden, in dessen Rahmen am 24. Oktober 2007 ein Umweltgipfel in Paris organisiert worden war.⁴⁹¹ Die nationale und die europäische Agenda standen demnach im Einklang, was der französischen Ratspräsidentschaft sowohl zu mehr Glaubwürdigkeit verhalf als auch die allgemeine Handhabung des Dossiers vereinfachte.⁴⁹² Wie die herausgearbeiteten Faktoren zeigen, konnte der Ratsvorsitz somit optimal auf seine Ressourcen zurückgreifen. Was die *Managementfunktion* betrifft, kann dem Vorsitz den Anforderungen entsprechend eine effiziente Organisation des Politikprozesses bescheinigt werden, angefangen mit der allgemeinen Aussprache auf dem informellen Treffen in Saint-Cloud über die gut koordinierte Arbeit der Umwelt- und Energieräte bis hin zur effektiven Koordination des Trilogs. Einige umstrittene Punkte, die auch in der Literatur ambivalent bewertet werden, sollen an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben. So wägt Ludlow im Nachhinein die Entscheidung des Vorsitzes ab, das Paket im Oktober auf die Tagesordnung des Europäischen Rates zu setzen.⁴⁹³ Diese trotz der bestehenden Unstimmigkeiten beabsichtigte Demonstration von Entschlossenheit gab gleichzeitig mehreren Mitgliedstaaten Gelegenheit, das Paket noch einmal grundsätzlich in Frage zu stellen. Ferner wird verschiedentlich der Vorstoß des französischen Vorsitzes diskutiert, auf dem Europäischen Rat im Dezember über das Paket zu entscheiden, was die Tendenz der Ratspräsidentschaft bestätigte, alle wichtigen Entscheidungen intergouvernemental auf Ebene der Staats- und Regierungschefs zu fällen. Die Befürchtung, der Vorsitz habe hiermit eine Einigung aufs Spiel gesetzt, hat sich zwar nicht bewahrheitet, der französische Präsident verschaffte jedoch Mitgliedstaaten wie Deutschland und Polen Raum, Modifikationen an dem EK-Vorschlag durchzusetzen.

⁴⁸⁹ Vgl. Kapitel 2.2.2.

⁴⁹⁰ Vgl. Jouyet/Coignard, *Une présidence de crises*, a.a.O., S. 209 f.

⁴⁹¹ Vgl. Grewe, *Klimaschutz und Energieeffizienz*, a.a.O., S. 77 sowie die offizielle Internetseite des Grenelle environnement: <http://www.legrenelle-environnement.fr/grenelle-environnement/> (letzter Zugriff am: 14.4.2010). Der Begriff „Grenelle“ geht auf die Vereinbarungen über Mindestlöhne im Mai 1968 zurück, denen ebenfalls ein breit angelegter Dialogprozess vorausging.

⁴⁹² Vgl. Schild/Koopmann, *Der ‚Sarkozy-Moment‘*, a.a.O., S. 279.

⁴⁹³ Vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 46.

Koopmann und Schild bewerten es dennoch als „kluges Vorgehen, diese Entscheidung nicht per qualifizierter Mehrheit gegen einzelstaatliche Widerstände im Rat zu fällen, sondern auf die Ebene des Europäischen Rates zu heben und dort einen Konsens zu suchen. Zu groß waren die nationalen wirtschaftlichen Interessen, die auf dem Spiel standen.“⁴⁹⁴ Der französische Präsident betonte nach dem Europäischen Rat zu Recht die Bedeutung des einstimmig gefassten Kompromisses für eine höhere Legitimität und Glaubwürdigkeit der Klima- und Energiepolitik der EU.⁴⁹⁵

Das *European Environmental Bureau* sieht das Management durch die Ratspräsidentschaft hinsichtlich der für die EU-Umweltpolitik geltenden Entscheidungsregeln sowie der Koordination der Verhandlungen mit dem EP deutlich kritischer:

The French Presidency started its term with high ambitions with President Sarkozy taking a strong personal lead. This approach certainly had its advantages, but it also led to a situation where results had to be achieved at any cost and failure was not an option. We have therefore seen a Presidency where everything was brought to the top level, which undermined the role of the European Parliament and ignored the normal procedures for environmental policy-making: decision-making inside the Council with qualified majorities and in co-decision with the European Parliament.⁴⁹⁶

Wie der Verlauf der Verhandlungen zeigt, ging die Rechnung des Vorsitzes, dass das EP dem Paket noch unter französischer Ratspräsidentschaft zustimmt, auf. Darüber, dass man die betroffenen Akteure unter Druck gesetzt hatte, um eine Einigung in erster Lesung zu erreichen, äußerten sich dennoch einige Abgeordnete kritisch, die den auf dem Dezember-rat ausgehandelten Kompromiss ablehnten.⁴⁹⁷ Andererseits hatte sich das EP in Gesprächen mit Borloo im November einverstanden erklärt, erst nach und nicht, wie zwischenzeitlich geplant, vor dem Europäischen Rat abzustimmen, da dies eine Einigung möglicherweise erschwert hätte.⁴⁹⁸

Trotz der teils ambivalenten Positionen zu einzelnen Entscheidungen des Vorsitzes und vor dem Hintergrund der in Kapitel 3.4.1 genannten externen Faktoren (Sensibilität des Themas, große Vorbehalte auf Seiten einiger Mitgliedstaaten, drohende Wirtschaftskrise) kann das Management der Ratspräsidentschaft im Fall des Klima- und Energiepakets somit im Großen und Ganzen als gelungen betrachtet werden.

⁴⁹⁴ Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 277.

⁴⁹⁵ Vgl. Sarkozy, Nicolas: Rede vor dem EP am 16.12.2008, S. 4 (http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1216_PE_PR/Intervention_Nicolas_Sarkozy_au_Parlement_europeen_%28FR%29.pdf, letzter Zugriff am: 14.4.2010).

⁴⁹⁶ European Environmental Bureau: EEB’s assessment of the environmental results of the French Presidency of the EU, July to December 2008, S. 1 (<http://www.eeb.org/publication/2008/French%20Assessment-1208FINALFINAL.pdf>, letzter Zugriff am: 11.4.2010).

⁴⁹⁷ Vgl. bspw. die Stellungnahme von Daniel Cohn-Bendit: „Die Einigung in Erster Lesung ist Erpressung“: EP, Pressemitteilung. Bilanz des französischen Ratsvorsitzes, Plenartagung, 20081216IPR44608, a.a.O.

⁴⁹⁸ Vgl. Jouyet/Coignard, Une présidence de crises, a.a.O., S. 209 f. sowie Lequesne/Rozenberg, The French Presidency 2008, a.a.O., S. 41.

Weiterhin bestätigt der Prozessverlauf die große Bedeutung der *Vermittlungsrolle* im Fall des Klima- und Energiepakets, wobei die Ausführungen in Kapitel 3.4.2 deutlich machen, dass die Funktion auch für den Ratsvorsitz einen überaus hohen Stellenwert hatte. Er vermittelte sowohl zwischen den europäischen Partnern innerhalb des Rats, den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, Deutschland und Italien, die ihren Vorbehalten gegenüber dem ambitionierten Kommissionsvorschlag Nachdruck verliehen, auf der einen und den skandinavischen Ländern, den Beneluxstaaten, Spanien und Großbritannien auf der anderen Seite, aber auch zwischen Rat, EP und EK. Trotz der Gegenwehr der zögerlichen Mitgliedstaaten⁴⁹⁹ gelang es der Ratspräsidentschaft letztlich, die auseinanderklaffenden Positionen zu vereinen. Der europäische und der internationale Kalender halfen ihr unter dem gegebenen Druck, das Vorhaben noch während der laufenden Amtsperiode abzuschließen, weil sich alle Akteure darüber im Klaren waren, dass ein Scheitern des Pakets unter französischer Ratspräsidentschaft für die EU folgenreich würde.⁵⁰⁰ Die Einigung hatte zwar ihren Preis, der Rolle eines *honest broker* ist der Ratsvorsitz jedoch vorbildlich nachgekommen. Hierfür sprechen in erster Linie die zahlreichen Konsultationen mit den europäischen Partnern, vor allem den mittel- und osteuropäischen Ländern, und dem EP. Als besonders positiv hervorzuheben ist an dieser Stelle, dass der Ratsvorsitz eigene Interessen in den Verhandlungen zurückstellte. Die vorgesehene Vollversteigerung der Verschmutzungsrechte im Stromsektor hätte Frankreich wegen des Kernenergie-Anteils des französischen Elektrizitätsmonopolisten EDF möglicherweise einen Wettbewerbsvorteil gebracht.⁵⁰¹ Statt diesem Interesse nachzugehen, ist der französische Vorsitz auf die Befürchtungen der mittel- und osteuropäischen Partner eingegangen. Die Absprachen mit EK und EP, u.a. im Trilog, sprechen außerdem für die erfolgreiche Wahrnehmung der Ratspräsidentschaftsfunktion, als *Anlaufstelle für die anderen Institutionen* zu dienen bzw. den Rat in den interinstitutionellen Verhandlungen zu vertreten.

Was die beiden weiteren Repräsentationsfunktionen betrifft, kam die Ratspräsidentschaft in erster Linie der *internen Repräsentation* nach, wobei im Mittelpunkt ihrer Kommunikationsbemühungen das Festhalten der EU an den 20-20-20-Zielen, entsprechend der Kommunikationsstrategie der EK⁵⁰², und schließlich die Herbeiführung eines einvernehmlichen Kompromisses standen. Die externe Dimension wurde von der Ratspräsidentschaft wieder-

⁴⁹⁹ Auffällig ist die Rolle Deutschlands. Mit der Verabschiedung des Energieaktionsplans unter eigener Ratspräsidentschaft kam es eigentlich als weiterer potentieller Mittler in Frage. Angela Merkel beugte sich jedoch dem Druck der deutschen Industrie, so dass der französische Vorsitz auf wenig Unterstützung zählen konnte, vgl. Marre, *Le climat, première victime de l'accord européen?*, a.a.O., S. 110.

⁵⁰⁰ Vgl. Koopmann/Schild, *Style, stratégies et potentiel d'influence de la politique européenne de la France*, a.a.O., S. 24.

⁵⁰¹ Vgl. Schild/Koopmann, *Der ‚Sarkozy-Moment‘*, a.a.O., S. 278.

⁵⁰² Vgl. Sarkozy, *Ansprache vor dem EP am 21.10.2008*, a.a.O., S. 4 und Sarkozy, *Rede vor dem EP am 16.12.2008*, a.a.O. S. 3.

rum mehr als Druckmittel für die EU-internen Diskussionen benutzt. Da die EU-internen Verhandlungen über das Paket fast die gesamte Dauer der Ratspräsidentschaft beanspruchten und zunächst eine europäische Einigung stehen musste, bevor man diese kommunizieren konnte⁵⁰³, stellte sich die *externe Repräsentation* als zweitrangig heraus. Zwar hatte sich der Rat auf Schlussfolgerungen für die Klimakonferenz in Poznań geeinigt, auf die sich die Vertreter der EU, Umweltkommissar Stavros Dimas, Borloo und der tschechische Umweltminister Martin Bursik, sowie die Vertreter der einzelnen Mitgliedstaaten beziehen konnten.⁵⁰⁴ Der entscheidende Europäische Rat fand jedoch erst zeitgleich mit den letzten Verhandlungen in Poznań am 11. und 12. Dezember statt, so dass die europäische Einigung erst zu diesem Zeitpunkt kommuniziert werden konnte. Das Augenmerk der EU richtete sich in der Folge vor allem auf die Vereinigten Staaten, die in Poznań erneut wenig Entgegenkommen signalisiert hatten.⁵⁰⁵ Große Hoffnungen setzte man allerdings in Barack Obama, der sein Amt als neuer Präsident der USA am 20. Januar 2009 antreten sollte und der seine Ambitionen im Bereich Klimaschutz bereits zum Ausdruck gebracht hatte.

Abschließend bleibt die Prüfung der beiden Ratspräsidentschaftsfunktionen *Initiativ- und Impulsgeber* und strategische Steuerung. Erstere wurde im Falle des Klima- und Energiepakets nicht explizit nachgefragt. Der einzige Versuch des Vorsitzes, einen eigenen Vorschlag in die Verhandlungen einzubringen, nämlich, dass Importeure aus Drittstaaten zum Schutz der europäischen Industrien und zur Verhinderung von Standortverlagerungen ebenfalls Zertifikate erwerben müssen, fand kaum Unterstützung.⁵⁰⁶ Derartige Maßnahmen wären mit den internationalen Wettbewerbsregeln schwer vereinbar gewesen und hätten auch die internationalen Verhandlungen erschwert.⁵⁰⁷ Was Status und Ausbau der Kernenergie betrifft, fällt auf, dass sich der französische Vorsitz im Falle des Klima- und Energiepakets zurückgehalten und keine neue Debatte eröffnet hat, um eigene Interessen zu forcieren, die die Verhandlungen vermutlich zusätzlich verkompliziert hätten.⁵⁰⁸

Der *strategischen Steuerungsfunktion*, die im Falle des Klima- und Energiepakets stark nachgefragt war, ist die französische Ratspräsidentschaft in besonderem Maße nachge-

⁵⁰³ Vgl. den Bericht auf der Internetseite der französischen Ratspräsidentschaft: http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/fr/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-03.07.2008/reunion_informelle_des_ministres_charges_de_l_environnement.html (letzter Zugriff am: 14.4.2010).

⁵⁰⁴ Vgl. EU-Kommission drängt Teilnehmer von UN-Klimakonferenz zum Handeln, 28.11.2008 (http://www.klimaktiv.de/article227_7203.html, letzter Zugriff am: 22.4.2010).

⁵⁰⁵ Vgl. Marre, *Le climat, première victime de l'accord européen?*, a.a.O., S. 111.

⁵⁰⁶ Vgl. BMU, *Ergebnisse der EU-Ratstagung des Bundesumweltministeriums*, a.a.O.

⁵⁰⁷ Vgl. Fabry, Elvire (Hrsg.): *Défense, immigration, énergie. Regards croisés franco-allemands sur trois priorités de la présidence française de l'UE*, Comptes rendus de séminaires organisés en partenariat avec la Fondation Konrad Adenauer, Fondation pour l'innovation politique, Paris Oktober 2008, S. 34.

⁵⁰⁸ Vgl. hierzu: Stark, *Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008*, a.a.O., S. 239 sowie Secrétariat Général des Affaires Européennes, *Französische Präsidentschaft des Rats der EU. Bilanz und Zukunftsaussichten*, a.a.O., S. 6 ff.

kommen. Schild und Koopmann bescheinigen ihr in diesem Zusammenhang im Vergleich zu anderen Dossiers eine beachtliche Leistung:

Die Ergebnisse und Beschlüsse des Europäischen Rates vom Dezember 2008 zur Energie- und Klimapolitik gehören zu den herausragenden Leistungen im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft. Sie können als Beispiel strategischer Führung im Sinne langfristig angelegter Ziele und Prioritäten der Union interpretiert werden.⁵⁰⁹

Béatrice Marre sieht dies vor allem hinsichtlich der vielen Zugeständnisse kritischer und betont in ihrer Analyse, dass die französische Ratspräsidentschaft jeden Kompromiss akzeptiert hätte, der als Erfolg ausgelegt werden konnte. Sie schreibt: „Pour la Présidence française, il ne fait aucun doute que l’existence d’un accord était un objectif en soi, quel que pouvait en être le prix à payer.“⁵¹⁰ Auch wenn das Zustandekommen eines Kompromisses bereits *per se* einen Erfolg darstellt⁵¹¹, schwächt diese Aussage die überaus positive Bewertung etwas ab. Andererseits kann dem Vorsitz attestiert werden, dass er trotz der schwierigen Umstände an der baldigen Einigung über das Paket festhielt und die Diskussionen stets in einen größeren Zusammenhang einbettete, womit er der strategischen Steuerungsfunktion nach Kietz wiederum voll entsprach. Darüber, ob ein Gesamtkompromiss zwischen allen Beteiligten noch unter französischer Ratspräsidentschaft zustande kommen musste, kann zwar kein endgültiges Urteil gefällt werden, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass dies in der gegebenen Situation und vor dem Hintergrund des europäischen und internationalen Kalenders für die EU vermutlich die bessere Lösung war.

Das Klima- und Energiepaket wird in vielen Bilanzen als besonderer Erfolg der französischen Ratspräsidentschaft herausgestellt.⁵¹² Einige Autoren machen auf einzelne streitbare Aspekte aufmerksam, die die sehr positive Bilanz des Vorsitzes relativieren. Diese fanden in der vorgenommenen Bewertung, in der es um eine detaillierte Analyse des französischen Prozessmanagements ging, Berücksichtigung.

Der französische Vorsitz hat im Falle des Klima- und Energiepakets als offiziellem Schwerpunkt der Ratspräsidentschaft eine führende Rolle eingenommen, indem er sowohl auf den Verlauf als auch auf den Ausgang des politischen Prozesses Einfluss genommen hat. Die nachgefragten Funktionen wurden weitgehend alle erfüllt, den nicht nachgefragten

⁵⁰⁹ Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 277.

⁵¹⁰ Marre, Le climat, première victime de l’accord européen?, a.a.O., S. 111.

⁵¹¹ Die vereinbarten Zugeständnisse wurden zum Teil bereits im Vorschlag der EK in Erwägung gezogen, sie standen ferner im Einklang mit Art. 174 Abs. 3 EGV.

⁵¹² Vgl. Lequesne, Frankreich, in: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, a.a.O., S. 356 sowie Lesueur, Jean-Thomas/Thibaud, Aurore/Amsellem, Jonathan: Le baromètre de la présidence française de l’Union européenne. Les principales propositions de Nicolas Sarkozy, Paris 2. Aufl. Dezember 2008, (<http://www.institut-thomas-more.org/barometre-pfue/BaroITM-PFUE-Dec2008.pdf>, letzter Zugriff am: 26.4.2010).

Funktionen kam dagegen wenig Bedeutung zu. Hervorzuheben ist die überzeugende Leistung des Vorsitzes, was die Vermittlungsfunktion, die Vertretung des Rates in den interinstitutionellen Verhandlungen und die strategische Steuerung betrifft. Zusammen mit der erfolgreichen Wahrnehmung der Managementfunktion waren sie, wenn auch unter eingeschränkten Möglichkeiten, die Basis für die erfolgreiche Repräsentation der EU nach innen und außen.

Die erfolgreiche Vermittlungsleistung des Vorsitzes und die Herbeiführung einer Einigung im Sinne der kollektiven Ziele der EU sprechen für die Führungsqualitäten des Vorsitzes, der in diesem Fall tatsächlich als europäischer Mitführer im Sinne der Lübckemeier'schen Definition bezeichnet werden kann.

3.5 Zusammenführung der Ergebnisse

Bevor es zur abschließenden Bewertung der Führungsqualitäten des französischen Vorsitzes kommt, werden die Analyseergebnisse im Folgenden zur Klärung der eingangs gestellten Fragen, wie, warum und mit welchem Erfolg die Ratspräsidentschaft in den drei Fällen politische Führung ausgeübt hat, zusammengefasst.

Zunächst ist festzuhalten, dass die französische Ratspräsidentschaft in allen drei Situationen eine überaus aktive, ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Sie hat die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente effektiv eingesetzt, ihre Kompetenzen dabei sehr weit ausgelegt und sich teilweise sogar über europäische Regeln hinweggesetzt. Für die letztgenannten Punkte spricht, dass der Vorsitz in der Wirtschafts- und Finanzkrise versucht war, der EK vorzugreifen, und im Georgienkonflikt die Verhandlungen ohne offizielles Mandat in Angriff nahm. Auch wenn sie im Prozessverlauf von ihren ursprünglichen Zielsetzungen Abstriche machen musste und Grenzen der Ratspräsidentschaft deutlich wurden, konnte sie den aktuellen politischen Prozess sowie dessen Ergebnisse in großem Maße beeinflussen.⁵¹³

Im Sinne des Kietz'schen Analyseschemas für Ratspräsidentschaften lag in allen drei Fällen ein anspruchsvolles Anforderungsprofil vor. Diesem konnte der französische Vorsitz entsprechen, indem er weitgehend alle Funktionen übernahm, die ihm abverlangt wurden, im Fall der beiden Krisen ging er sogar darüber hinaus. Die überaus aktive Ausübung der Initiativ- und Impulsgeberfunktion geschah hier jedoch teils auf Kosten anderer Funktionen, so dass trotz der allgemein positiven Bewertung einige Einschränkungen nötig waren. Diese betrafen an erster Stelle die Vermittlerfunktion im Zusammenhang mit den ersten

⁵¹³ Vgl. Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 51 f.

beiden Fallbeispielen. Dagegen hat sich der Vorsitz in seiner Rolle als (Krisen-)Manager⁵¹⁴ und bezüglich der Repräsentationsfunktionen, mit Ausnahme der externen Repräsentation in der Anfangsphase des Georgienkonflikts, vor allem im Hinblick auf die Demonstration einer handlungsfähigen EU besondere Verdienste erworben.

Wie ausführlich dargelegt, wurde das entschiedene französische Vorgehen durch eine Reihe von Faktoren begünstigt. Die verfügbaren Ressourcen Frankreichs als großem Mitgliedstaat, der sowohl EU-intern als auch auf internationaler Ebene in vielen Gremien vertreten ist, sein administrativer Apparat, internationales Gewicht und das besondere Verhältnis Frankreichs zu Drittstaaten wie Russland waren der Ratspräsidentschaft in der Ausgestaltung ihrer Führungsrolle förderlich. Hinzu kamen interne Faktoren wie die sorgfältige Vorbereitung, die weitgehende Übereinstimmung bzw. Vereinbarkeit europäischer und nationaler Interessen, aber auch die Handlungsfreiheit aufgrund der erst erfolgten Wahlen bzw. der fehlenden Opposition im eigenen Land. Der Profilierungsanspruch des französischen Vorsitzes und in erster Linie des französischen Präsidenten auf europäischer und nationaler Ebene stellten einen besonders großen Handlungsanreiz dar. Als externe Faktoren kamen die besonderen Umstände und die Art und das Ausmaß der Krisensituationen bzw. der europäischen und internationalen Kalender im Fall des Klima- und Energiepakets der Ratspräsidentschaft entgegen und ermöglichten ihr, Druck auf die europäischen Partner und anderen EU-Institutionen auszuüben und diese für die gemeinsamen Ziele zu gewinnen.

Ausgehend von diesen Feststellungen schließt sich die Frage an, inwiefern die Ratspräsidentschaft in den drei Fällen als europäischer Mitführer im Sinne Lübckemeiers gehandelt hat.

Wie von Lübckemeier postuliert, war die Ratspräsidentschaft sichtlich bereit und größtenteils in der Lage, die anderen europäischen Akteure zu bewegen, zum Erreichen kollektiver Ziele beizutragen.⁵¹⁵ Im Georgienkonflikt konnte sie eine gemeinsame Position der EU erwirken, in der Finanz- und Wirtschaftskrise zumindest ein weitgehend aufeinander abgestimmtes Vorgehen erreichen, außerdem hat sie eine Einigung über das Klima- und Energiepaket herbeigeführt. Im Sinne Lübckemeiers hat der französische Vorsitz in allen drei Fällen ein großes Engagement gezeigt und europäische Verantwortung übernommen. Vor allem hinsichtlich der gewählten Methoden und des Stils wurden dabei Mängel offensichtlich, die sich zu einem gewissen Grad negativ auf die Führungsqualitäten des französischen Vorsitzes auswirkten und zur Folge hatten, dass das Vorgehen der Ratspräsident-

⁵¹⁴ Vgl. Ferenczi, Thomas: Nicolas Sarkozy: du bon usage des crises, in: Le Monde vom 19.12.2008.

⁵¹⁵ Vgl. Kapitel 2.1.

schaft stellenweise eher einem Alleingang glich statt auf *Mitführung* abzuzielen.⁵¹⁶ Defizite wurden hier, wie beschrieben, vor allem in den ersten beiden Fallbeispielen deutlich, während das Klima- und Energiepaket in dieser Hinsicht als Positivbeispiel betrachtet werden kann. Sie spiegeln sich in den Abstrichen, was die Erfüllung der Vermittlungs- und speziell im Georgienkonflikt externen Repräsentationsfunktion betrifft, bzw. in der Zusammenarbeit mit der EK wider.

Das vor allem pragmatisch und teils weniger kooperativ ausgerichtete Vorgehen der Ratspräsidentschaft kommt auch in den Beschreibungen des Führungsstils des Vorsitzes, die sich in der Literatur finden, deutlich zum Ausdruck. Dort wird das französische Vorgehen als „reaktiv“, „vivant“ bzw. „energisch“ sowie „volontariste“ und „intergouvernemental“ bezeichnet.⁵¹⁷ Darüber hinaus wird von vielen Autoren auf die „politische“ Interpretation der Ratspräsidentschaft durch den Vorsitz verwiesen.⁵¹⁸ Ulrike Guérot spricht sogar von einem „imperialen EU-Führungsstil“⁵¹⁹, zu dem die Krisen Nicolas Sarkozy Gelegenheit gaben. Angesichts der Tatsache, dass selbst Kritiker wie der europäische Abgeordnete Martin Schulz die Ratspräsidentschaft lobten, darf dieses Urteil im Rahmen einer Bilanzierung jedoch nicht überbewertet werden.⁵²⁰

⁵¹⁶ Vgl. Goulard, *La Présidence française de l'Union européenne*, a.a.O., S. 508. Vgl. hierzu auch: Müller-Brandeck-Bocquet, *Nicolas Sarkozys Führungsanspruch in Europa*, a.a.O., S. 30.

⁵¹⁷ Vgl. z.B.: Goulard, *La Présidence française de l'Union européenne*, a.a.O., S. 506 und Schild/Koopmann, *Der ‚Sarkozy-Moment‘*, a.a.O., S. 280.

⁵¹⁸ Vgl. Schild/Koopmann, *Der ‚Sarkozy-Moment‘*, a.a.O., S. 280 sowie Collet, *L'héritage très incertain de la présidence française de l'UE*, a.a.O.

⁵¹⁹ Guérot, Ulrike: *Napoleons Nachfolger. Paris geht, Prag übernimmt: Europa vor der tschechischen Ratspräsidentschaft*, in: *Internationale Politik*, 64 (2009), Nr. 1, S. 104.

⁵²⁰ Vgl. die Stellungnahme von Martin Schulz: EP, *Pressemitteilung. Bilanz des französischen Ratsvorsitzes*, 20081216IPR44608, a.a.O.

4. Schlussbetrachtung und Ausblick

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, herauszuarbeiten, wie die französische Ratspräsidentschaft im Hinblick auf die Ausübung von politischer Führung in der EU rückblickend bewertet werden kann. Hierfür wurde zunächst das der Arbeit zugrunde liegende Mitführungskonzept von Eckhard Lübckemeier dargestellt. Anschließend wurde zur besseren Einschätzung den Kompetenzen und dem Handlungsspielraum einer EU-Ratspräsidentschaft näher auf den Grund gegangen, wobei festgestellt wurde, dass der Ratsvorsitz trotz kurzer Amtszeit vor allem vor dem Hintergrund seiner informellen Bedeutung als Akteur mit Führungspotential betrachtet werden kann. Im empirischen Teil der Arbeit wurde schließlich die französische Ratspräsidentschaft anhand der Fallbeispiele Georgienkonflikt, Finanz- und Wirtschaftskrise und Klima- und Energiepaket einer sorgfältigen Analyse unterzogen. Auf der Basis des Untersuchungsrasters für Ratspräsidentschaften von Daniela Kietz wurden dabei die Voraussetzungen, die Manifestation und die Ergebnisse des französischen Führungsverhaltens beleuchtet.

Die empirischen Analysen haben bestätigt, dass in allen drei Fällen politische Führung durch die französische Ratspräsidentschaft ausgeübt wurde. Sie hat ihre verfügbaren Ressourcen genutzt und stellenweise sehr eigenmächtig gehandelt. Folgende Feststellung von Gast führte die französische Ratspräsidentschaft exemplarisch vor Augen: „Da Kompetenzen formal häufig nicht genau festgelegt werden [...], avanciert politische Führung zu einem Prozess, der stark von persönlichen und situativen Faktoren geprägt wird.“⁵²¹

In Beantwortung der Ausgangsfrage lässt sich abschließend festhalten, dass die französische Ratspräsidentschaft in den drei Fällen als europäischer Mitführer im Sinne Lübckemeiers agierte, indem sie sich in allen drei Bereichen für kollektive Ziele eingesetzt und dabei die Handlungsfähigkeit der EU unter Beweis gestellt hat. Vor dem Hintergrund, dass Lübckemeier in seinem Konzept den *Mitführungs*charakter in den Vordergrund stellt, hätte sie sich im Umgang mit einigen anderen EU-Akteuren allerdings noch stärker als Teamplayer zeigen können bzw. müssen. Kritik wurde hier vor allem bei Fragen der Methode und des Stils geäußert.

Die Anwendung des Schemas von Kietz in der Kombination mit dem Mitführungskonzept von Lübckemeier war zur Beantwortung der Forschungsfrage durchaus geeignet. Die Herausarbeitung der Faktoren, die das Vorgehen der Ratspräsidentschaft beeinflussten,

⁵²¹ Gast, Politische Führung als politikwissenschaftliches Problem, a.a.O., S. 18. Vgl. hierzu auch: Dehousse, Renaud/Menon, Anand: The French Presidency, in: The Journal of Common Market Studies' Annual Review of the European Union in 2008, (2009), Nr. 47, S. 107 ff.

lieferte wichtige Einblicke und Erkenntnisse, die dazu beigetragen haben, das Handeln des französischen Vorsitzes angemessen beurteilen zu können. Auch hinsichtlich der Funktionsausübung hat die Verwendung des Schemas eine aussagekräftige Analyse ermöglicht. Teils fiel zwar die Zuordnung der Handlungen des Vorsitzes zu den einzelnen Funktionen nicht leicht und es traten Überschneidungen auf, beispielsweise hinsichtlich der Vermittlungsrolle und der Vertretung des Rates in den interinstitutionellen Verhandlungen bzw. gegenüber Drittstaaten. Andererseits war die feine Differenzierung der genauen Analyse durchaus förderlich. Darüber hinaus bestätigte der empirische Teil der Arbeit den Mehrwert einer kontingenztheoretischen Analyse der Ratspräsidentschaft im Vergleich zu herkömmlichen und weit verbreiteten Ziel-Ertrags-Analysen. Der Ansatz ermöglichte eine umfassende Bewertung des Prozessmanagements durch den Vorsitz. Da sich während der Analyse abgezeichnet hat, dass sich *politics*- und *policy*-Ebene teils überlagern, scheint eine zusätzliche ausführliche inhaltliche Analyse der Politikergebnisse dennoch unabdingbar, um das Vorgehen einer Ratspräsidentschaft in seiner Gesamtheit zu beurteilen.

Eine kontingenztheoretische Analyse, wie sie in dieser Arbeit erfolgte, kann nur bedingt zu verallgemeinerbaren Aussagen führen. Daher lassen sich im folgenden Ausblick auch keine eindeutigen Prognosen zur Entwicklung politischer Führung in der EU aufstellen, sondern es können nur naheliegende Vermutungen bzw. Hypothesen geäußert werden, die als Anknüpfungspunkte für weitere Forschungsprojekte dienen können.

Die französische Ratspräsidentschaft endete mit der Übergabe des Vorsitzes an die Tschechische Republik, wobei sich der tschechische Vorsitz im ersten Halbjahr 2009 in vielen Punkten und gerade, was seine Führungsleistung angeht, von seinem Vorgänger deutlich unterschied.⁵²² Der französische Vorsitz 2008 blieb eine Momentaufnahme, ein „Sarkozy-Moment“⁵²³, wie Schild und Koopmann ihre Analyse treffend betiteln. Viele Autoren sind sich jedoch darin einig, dass die französische Ratspräsidentschaft die dringende Notwendigkeit politischer Führung in der EU deutlich gemacht hat.⁵²⁴ Die starke Führung durch den französischen Vorsitz habe der EU Erfolge beschert.⁵²⁵ Deshalb erscheint es durchaus lohnenswert, unter Berücksichtigung der Kontextabhängigkeit politischer Führung sowie der Vorbehalte, die in der Analyse herausgearbeitet wurden, zu prüfen, welche Empfeh-

⁵²² Vgl. Brincker, Gesa-Stefanie/Netzer, Nina: EU-Ratspräsidentschaft in Zeiten der Krise. Einflussfaktoren auf den rotierenden EU-Vorsitz am Beispiel Frankreichs und Tschechiens, FES Internationale Politikanalyse, Berlin Juli 2009, S. 9.

⁵²³ Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O.

⁵²⁴ Vgl. Goulard, La Présidence française de l’Union européenne, a.a.O., S. 513 sowie Kietz, Rat der Europäischen Union, a.a.O., S. 72.

⁵²⁵ Vgl. EP, Pressemitteilung. Bilanz des französischen Ratsvorsitzes, 20081216IPR44608, a.a.O. sowie Deutschlandfunk: Cohn-Bendit: Sarkozy hat gehandelt wie ein europäischer Präsident. Grünen-Politiker zur Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft, Daniel Cohn-Bendit im Gespräch mit Jochen Spengler (http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/891751/, letzter Zugriff am: 20.5.2010).

lungen sich für die Zukunft aus den Ergebnissen ableiten lassen. So schrieb Ludlow 2008: „This has [...] been an exceptional Presidency, but not a model one. Sarkozy has given glimpses of what a full-time president of the European Council might achieve. He has also demonstrated what he or she should not do.“⁵²⁶

Die Reformen des Amtes der Ratspräsidentschaft durch den Lissabon-Vertrag haben einen neuen institutionellen Rahmen geschaffen, der Berücksichtigung finden muss. Seit Inkrafttreten des Vertrags am 1. Dezember 2009 wird der Europäische Rat durch einen solchen „full-time president“ geleitet, der jeweils für zweieinhalb Jahre vom Europäischen Rat gewählt wird.⁵²⁷ Die rotierende Ratspräsidentschaft durch einen Mitgliedstaat der EU bezieht sich somit „nur“ noch auf die Ministerräte sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppenebene. Das Amt des Hohen Vertreters der GASP wurde durch den Lissabon-Vertrag aufgewertet, indem es mit dem des Vorsitzenden der Außenräte und des Außenkommissars zusammengelegt wurde.⁵²⁸ Ziel war es, in der EU für mehr Kohärenz zu sorgen, aber eben auch Führungskapazitäten auszubauen, und somit die Handlungsfähigkeit der EU zu erhöhen.⁵²⁹

Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse lassen sich folgende Konsequenzen ziehen. Bezüglich der Möglichkeiten, in der EU politische Führung auszuüben, ist festzuhalten, dass eine gute Ressourcenausstattung dem Ratsvorsitz zugutekommt. Hier hat es der neue ständige Präsident des Europäischen Rates schwerer, da er auf keine nationalstaatlichen Ressourcen zurückgreifen kann.⁵³⁰ Andererseits hat dieser durch die Unvereinbarkeit seines Amtes mit einem einzelstaatlichen Mandat⁵³¹ keine nationalen Interessen zu vertreten, was ihm die Rolle des *honest broker* erleichtert. Des Weiteren werden Krisen mit großer Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht ausbleiben, sodass davon ausgegangen werden kann, dass den EU-Akteuren auch künftig solides Krisenmanagement abverlangt wird. Das Beispiel der französischen Ratspräsidentschaft hat gezeigt, dass die EU Erfolge erzielen kann, vorausgesetzt der politische Wille ist da. Geschick und Entschlossenheit beim Erkennen und Nutzen von Handlungssituationen, aktives Eintreten für die kollektiven Ziele sowie die Übernahme von Verantwortung in der EU scheinen in diesem Zusammenhang Attribute der französischen Ratspräsidentschaft, die der neuen Führungsriege der EU, den folgenden rotierenden Ratspräsidentschaften, aber auch allen anderen EU-Akteuren gewissermaßen als Orientierung dienen können. Um anders als das französische Beispiel als

⁵²⁶ Ludlow, *The EU and the financial crisis*, a.a.O., S. 6.

⁵²⁷ Vgl. Art. 15 Abs. 5 EUV nach dem Vertrag von Lissabon.

⁵²⁸ Vgl. Art. 18 EUV nach dem Vertrag von Lissabon.

⁵²⁹ Vgl. Schild/Koopmann, *Der ‚Sarkozy-Moment‘*, a.a.O., S. 267.

⁵³⁰ Vgl. Kietz, Daniela/Maurer, Andreas: *Bilanz und Zukunft der Präsidentschaft im System des Rates der Europäischen Union*, in: *Integration*, 31 (2008), Nr. 1, S. 34.

⁵³¹ Vgl. Art. 15 Abs. 6 EUV nach dem Vertrag von Lissabon.

„,gouvernance‘ durable“⁵³² zu gelten, sollten sie jedoch der kollektiven und langfristigen Ausrichtung ihres Führungsverhaltens einen noch größeren Stellenwert beimessen. So lässt sich auch das Fazit von Schild und Koopmann interpretieren, dass die französische Ratspräsidentschaft „stärker von kurzfristig-opportunistischer Nutzung von politischen Gelegenheiten geprägt“⁵³³ war und langfristig „über andere Formen und Modelle politischer, vor allem strategischer Steuerung nachgedacht“⁵³⁴ werden muss.

Abschließend bleibt festzustellen: Mit Lissabon hat sich die Zahl an potentiellen Führern in der EU erhöht. Die Notwendigkeit der Abstimmung ist weiter gestiegen.⁵³⁵ Gleichsam rufen die derzeitigen Herausforderungen der EU nach weitsichtiger europäischer Führung. Insgesamt scheint das Mitführungskonzept nach Lübckemeier heute aktueller denn je. Im Interesse Europas, aber auch im eigenen Interesse jedes einzelnen Akteurs, ist hier das gemeinsame Engagement aller EU-Akteure gefragt.

⁵³² Goulard, La Présidence française de l’Union européenne, a.a.O., S. 513.

⁵³³ Schild/Koopmann, Der ‚Sarkozy-Moment‘, a.a.O., S. 280.

⁵³⁴ Ebd., S. 281 Treffend wählt Günther Nonnenmacher für den französischen Präsidenten den Vergleich mit einem Feuerwehrmann und nicht mit einem Architekten, eine Metapher, die in der Literatur immer wieder aufgegriffen wird, vgl. Nonnenmacher, Günther: Der französische Feuerwehrmann, in: FAZ vom 3.11.2008.

⁵³⁵ Vgl. Kietz/Maurer, Bilanz und Zukunft der Präsidentschaft im System des Rates der EU, a.a.O., S. 35 f. sowie Wessels, Wolfgang: Redebeitrag beim Kolloquium des CERI http://www.dailymotion.com/video/x9eevr_46-wessels_schoolundefined, letzter Zugriff am: 7.4.2010) i.V.m. Art. 15 Abs. 6 EUV nach dem Vertrag von Lissabon.

5. Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften/Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
Art.	Artikel
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
BMU	Bundesministerium für Umwelt
Ders.	Derselbe
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EK	Europäische Kommission
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
EP	Europäisches Parlament
ER	Europäischer Rat
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ETS	Emission Trading System
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUMM	European Union Monitoring Mission
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GO	Geschäftsordnung
Hrsg.	Herausgeber
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
PS	Parti Socialiste
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
UMP	Union pour un Mouvement Populaire
UNO	United Nations Organization
WTO	World Trade Organization

6. Literatur- und Quellenverzeichnis

6.1 Monografien

Autret, Florence: Sarkozy à Bruxelles, Paris Oktober 2008.

Bassompierre, Guy de: Changing the Guard in Brussels. An Insider's View of the EC Presidency, New York [u.a.] 1988.

Bauer, Thomas/Grotzky, Daniel/Isec, Mirela: Europas Reifepfung am Schwarzen Meer, CAP Aktuell Nr. 4, München August 2008.

Brincker, Gesa-Stefanie/Netzer, Nina: EU-Ratspräsidentschaft in Zeiten der Krise. Einflussfaktoren auf den rotierenden EU-Vorsitz am Beispiel Frankreichs und Tschechiens, Friedrich-Ebert-Stiftung Internationale Politikanalyse, Berlin Juli 2009.

Brzoska, Michael/Heller, Regina [u.a.]: Der Kaukasuskrieg 2008. Ein regionaler Konflikt mit internationalen Folgen, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 45, Hamburg Dezember 2008.

Checkel, Jeffrey T.: It's the Process Stupid! Process Tracing in the Study of European and International Politics, Working Paper No. 26, Centre for European Studies, University of Oslo, October 2005.

Daniel, Jean-Marc: Reaktion auf die Krise: Die Europäisierung der französischen Wirtschaftspolitik, DGAP-Analyse Frankreich Nr. 2, Berlin April 2009.

Dembinski, Matthias/Schmidt, Hans-Joachim [u.a.]: Nach dem Kaukasus-Krieg: Einbindung statt Eindämmung Russlands, HSKF-Report Nr. 6, Frankfurt am Main 2008.

Dialer, Doris: Die EU-Präsidentschaft Frankreichs. Eine politikwissenschaftliche Analyse des französischen Ratsvorsitzes im 2. Halbjahr 2000, Frankfurt am Main [u.a.] 2004.

Edwards, Geoffrey/Wallace, Helen: Die Präsidentschaft im Ministerrat. Eine zentrale Rolle im Entscheidungsprozess von EG und EPZ, Bonn 1978.

Elgie, Robert: Political leadership in liberal democracies, Basingstoke [u.a.] 1995.

Fabry, Elvire (Hrsg.): Défense, immigration, énergie. Regards croisés franco-allemands sur trois priorités de la présidence française de l'UE, Comptes rendus de séminaires organisés en partenariat avec la Fondation Konrad Adenauer, Fondation pour l'innovation politique, Paris Oktober 2008.

Fernández, Ana Mar: The EU Council Presidency Dilemma: An historical Institutional Interpretation, Cahier européen Nr. 1, Paris 2008.

Giuliani, Jean-Dominique: Un Européen très pressé, Paris 2008.

Gorawantschy, Beatrice: Frankreich vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft. Innenpolitische Herausforderungen, europapolitische Chance, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, Paris 10.6.2008.

- Hayes-Renshaw, Fiona/Wallace, Helen: *The Council of Ministers*, Houndmills 2. Aufl. 2006.
- Jobelius, Matthias/Krumm, Reinhard: *Der Kaukasus-Konflikt. Russland und Georgien ein Jahr danach*, Friedrich-Ebert-Stiftung Internationale Politikanalyse, Berlin Oktober 2009.
- Jouyet, Jean-Pierre/Coignard, Sophie: *Une présidence de crises. Les six mois qui ont bousculé l'Europe*, Paris 2009.
- Kietz, Daniela: *Methoden zur Analyse von EU-Ratspräsidentschaften*, SWP-Diskussionspapier, Berlin Mai 2007.
- Kirchner, Emil J.: *Decision making in the European Community. The Council Presidency and European Integration*, Manchester [u.a.] 1992.
- Koopmann, Martin: *Die Europäische Union in der Finanzmarktkrise: Gelungenes Krisen-Management – strategische Defizite*, KAS Analysen und Argumente Nr. 56, Berlin Dezember 2008.
- Koopmann, Martin: *Widersprüchliche Signale. Französische Europa-Politik zu Beginn der Pariser EU-Ratspräsidentschaft*, DGAP-Analyse Frankreich Nr. 5, Berlin Juli 2008.
- Koopmann, Martin/Schild, Joachim: *Style, stratégies et potentiel d'influence de la politique européenne de la France: Retour sur une présidence remarquée*, Notre Europe Etudes et recherches 72, Paris Juli 2009.
- Lempp, Jakob: *Die Evolution des Rats der Europäischen Union. Institutionenevolution zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalismus*, Baden-Baden 2009.
- Lequesne, Christian/Rozenberg, Olivier: *The French Presidency of 2008. The Unexpected Agenda*, SIEPS Report Nr. 3, Stockholm November 2008.
- Ludlow, Peter: *The EU and the financial crisis. The European Councils of October and November 2008*, Eurocomment Briefing Note 6 (2008), Nr. 4/5, Brüssel November 2008.
- Lübke, Eckhard: *Führung ist wie Liebe. Warum Mit-Führung in Europa notwendig ist und wer sie leisten kann*, SWP-Studie, Berlin November 2007.
- Meister, Stefan: *Russland und der Krieg gegen Georgien*, DGAP Standpunkt Nr. 14, Berlin 9.9.2008.
- Niemi, Olga Ilona: *Perspektiven der Ratspräsidentschaft in einer erweiterten Europäischen Union*, Frankfurt am Main 2005.
- O'Nuallain, Cohn: *The Presidency of the European Council of Ministers. Impacts and implications for national governments*, London [u.a.] 1985.
- Ratka, Edmund: *Frankreichs Identität und die politische Integration Europas. Der späte Abschied vom Nationalstaat*, Baden-Baden 2009.
- Schwarzer, Daniela: *Krisenstimmung in Paris*, SWP-Aktuell Nr. 18, Berlin Februar 2008.

Sherrington, Philippa: The Council of ministers. Political authority in the European Union, London 2000.

Strassel, Christophe: Eine Wirtschaftsregierung für Europa: Französische Utopie oder europäische Notwendigkeit, Friedrich-Ebert-Stiftung Frankreich-Analyse, Paris Januar 2009.

Tallberg, Jonas: Bargaining Power in the European Council, Stockholm Februar 2007.

Tallberg, Jonas: Leadership and Negotiation in the European Union, Cambridge 2006.

Valasek, Tomas: What does the war in Georgia mean for EU foreign policy? Centre for European Reform Briefing Note, London August 2008.

Vornbäumen, Axel: Dynamik in der Zwangsjacke. Die Präsidentschaft im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft als Führungsinstrument, Bonn 1985.

Wessels, Wolfgang: Das politische System der Europäischen Union, Wiesbaden 2008.

Westlake, Martin/Galloway, David (Hrsg.): The Council of the European Union, London 3. Aufl. 2004.

Winter, Katrin: Führung in der europäischen Integration: Zum Spannungsverhältnis von Macht und Gemeinschaft, Frankfurt am Main 2007.

6.2 Sammelwerke

Beach, Derek/Mazzucelli, Colette (Hrsg.): Leadership in the Big Bangs of European Integration, Houndmills, Basingstoke [u.a.] 2007.

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 2008. Frankreich in Europa, Wiesbaden 2009.

Elgström, Ole (Hrsg.): European Union Council Presidencies. A comparative perspective, New York 2003.

Hayward, Jack (Hrsg.): Leaderless Europe, Oxford [u.a.] 2008.

Kempe, Iris/Neumann, Matthias u.a. (Hrsg.): Caucasus Analytical Digest Nr. 1, Bremen 17.12.2008.

Kietz, Daniela/Perthes, Volker (Hrsg.): Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft. Eine Funktionsanalyse des deutschen Vorsitzes im ersten Halbjahr 2007, SWP-Studie, Berlin September 2007.

Koopmann, Martin/Martens, Stephan (Hrsg.): Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union, Berlin 2008.

Naurin, Daniel/Wallace, Helen (Hrsg.): Unveiling the Council of the European Union. Games governments play in Brussels, Houndmills [u.a.] 2008.

Rill, Bernd (Hrsg.): Frankreichs Außenpolitik, Hanns-Seidel-Stiftung, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 66, München 2009.

Sebaldt, Martin/Gast, Henrik (Hrsg.): Politische Führung in westlichen Regierungssystemen: Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2010.

Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Die Kaukasus-Krise. Internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik, SWP-Studie, Berlin 2008.

Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2008, Baden-Baden 2009.

Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, Baden-Baden 2009.

Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 10. Aufl. 2006.

6.3 Aufsätze aus Sammelwerken

Bendiek, Annegret/Schwarzer, Daniela: Die Südkaukasuspolitik der EU unter französischer Ratspräsidentschaft: Zwischen Konsultation, Kooperation und Konfrontation, in: Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Die Kaukasus-Krise. Internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik, SWP-Studie, Berlin 2008, S. 37-42.

Bengtsson, Rikard: The Council Presidency and external representation, in: Elgström, Ole (Hrsg.): European Union Council Presidencies. A comparative perspective, New York 2003, S. 55-70.

Bentlin, Bernd/Hoffmann, Katharina: Chronologie des russisch-georgischen Konflikts (3.4.-3.9.2008), in: Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Die Kaukasus-Krise. Internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik, SWP-Studie, Berlin 2008, S. 45-52.

Döhrn, Roland/Kösters, Wim: Wirtschaftspolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, Baden-Baden 2009, S. 215-222.

Elgström, Ole: Introduction, in: Ders. (Hrsg.) European Union Council Presidencies. A comparative perspective, New York 2003, S. 1-17.

Fischer, Sabine: European Policy towards the Caucasus after the Georgia Crisis, in: Kempe, Iris/Neumann, Matthias u.a. (Hrsg.): Caucasus Analytical Digest Nr. 1, Bremen 17.12.2008, S. 2-6.

Gast, Henrik: Politische Führung als politikwissenschaftliches Problem: zur Einführung in den Gegenstand, in: Sebaldt, Martin/Gast, Henrik (Hrsg.): Politische Führung in westlichen Regierungssystemen: Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2010, S. 11-33.

Giering, Claus/Neuhann, Florian: Europäischer Rat, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, Baden-Baden 2009, S. 55-64.

Kempe, Iris: Die EU und Russland, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, Baden-Baden 2009, S. 279-282.

Kietz, Daniela: Rat der Europäischen Union, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, Baden-Baden 2009, S. 65-72.

Lang, Kai-Olaf: Die alte Angst der neuen Europäer, in: Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Die Kaukasus-Krise. Internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik, SWP-Studie, Berlin 2008, S. 24-28.

Lequesne, Christian: Frankreich, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2008, Baden-Baden 2009, S. 359-362.

Lequesne, Christian: Frankreich, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, Baden-Baden 2009, S. 355-360.

Meyers, Reinhard: Theorien der internationalen Beziehungen, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 10. Aufl. 2006, S. 450-482.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Nicolas Sarkozys Führungsanspruch in Europa, in: Rill, Bernd (Hrsg.): Frankreichs Außenpolitik, Hanns-Seidel-Stiftung, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 66, München 2009, S. 21-31.

Schout, Adriaan: Beyond the Rotating Presidency, in: Hayward, Jack (Hrsg.): Leaderless Europe, Oxford [u.a.] 2008, S. 269-287.

Schramek, Christian: Politische Führung im supranationalen Mehrebenensystem: Die Europäische Union, in: Sebaldt, Martin/Gast, Henrik (Hrsg.): Politische Führung in westlichen Regierungssystemen: Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2010, S. 307-332.

Surel, Yves: Leadership und Regieren in der EU, in: Koopmann, Martin/Martens, Stephan (Hrsg.): Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union, Berlin 2008, S. 215-230.

Uterwedde, Henrik: Europa als Ersatz des Nationalstaates? Frankreichs politisches Verständnis der europäischen Wirtschaft, in: Rill, Bernd (Hrsg.): Frankreichs Außenpolitik, Hanns-Seidel-Stiftung, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 66, München 2009, S. 49-58.

Uterwedde, Henrik: Europäisierung – Herausforderung für die französische Politik, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 2008. Frankreich in Europa, Wiesbaden 2009, S. 13-28.

Warntjen, Andreas: Steering, but not Dominating: the Impact of the Council Presidency on EU Legislation, in: Naurin, Daniel/Wallace, Helen (Hrsg.): Unveiling the Council of the European Union. Games governments play in Brussels, Houndmills [u.a.] 2008.

6.4 Aufsätze aus Zeitschriften

Charillon, Frédéric: Les enjeux de la présidence française de l'Union européenne: opportunités et limites, in: La revue internationale et stratégique, (2008), Nr. 69. S. 161-168.

Crum, Ben: Can the EU Presidency make its mark on interstate bargains? The Italian and Irish Presidencies of the 2003-04 IGC, in: Journal of European Public Policy, 14 (2007), Nr. 8, S. 1208-1226

Dehousse, Renaud/Menon, Anand: The French Presidency, in: *The Journal of Common Market Studies' Annual Review of the European Union in 2008*, (2009), Nr. 47, S. 99-111.

Deshaies, Michel: Energie und Umweltpolitik. Energiepolitische Optionen in Frankreich und Deutschland, in: *Dokumente*, 63 (2007), Nr. 6, S. 55-65.

Dewost, Jean-Louis, La présidence dans le cadre institutionnel des Communautés européennes, in: *Revue du Marché commun*, (1984), Nr. 273, S. 31-34.

Gast, Henrik: Was bedeutet „politische Führung“?. Eine Übersicht über unterschiedliche Definitionen aus interdisziplinärer Perspektive und ein Vorschlag zur systematischen Analyse des Gegenstandes anhand des Strukturfunctionalismus, in: *Zeitschrift für Politikberatung*, 2 (2009), Nr. 2, S. 211-229.

Geden, Oliver: Die Klima- und Energiepolitik der EU – zwischen Implementierung und strategischer Neuorientierung, in: *Integration*, 31 (2008), Nr. 4, S. 353-364.

Glaab, Manuela: Leadership – neue Impulse für die Politikberatung?, Editorial, in: *Zeitschrift für Politikberatung*, 2 (2009), Nr. 2, S. 183-185.

Goulard, Sylvie: La Présidence française de l'Union européenne: brillante ou dangereuse?, in: *Annuaire français de relations internationales*, (2009), Nr. 10, S. 505-513.

Grewe, Hartmut: Klimaschutz und Energieeffizienz. Gegensätzliche Antworten auf das „Energiepaket“ der EU, in: *Dokumente*, 63 (2007), Nr. 6, S. 77-82.

Guérot, Ulrike: Napoleons Nachfolger. Paris geht, Prag übernimmt: Europa vor der tschechischen Ratspräsidentschaft, in: *Internationale Politik*, 64 (2009), Nr. 1, S. 104-105.

Hayes-Renshaw, Fiona: From Procedural Chore to Political Prestige: Historic Development and Recent Reforms of the Presidency of the Council, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 36 (2007), Nr. 2, S. 107-123.

Helms, Ludger: „Politische Führung“ als politikwissenschaftliches Problem, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 41 (2000), Nr. 3, S. 411-434.

Kietz, Daniela: Funktionen, Handlungsbedingungen und Stellschrauben der Präsidentschaft im System des EU-Ministerrats, in: Kietz, Daniela/Perthes, Volker (Hrsg.): *Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft. Eine Funktionsanalyse des deutschen Vorsitzes im ersten Halbjahr 2007*, SWP-Studie, Berlin September 2007, S. 7-19.

Kietz, Daniela/Maurer, Andreas: Bilanz und Zukunft der Präsidentschaft im System des Rates der Europäischen Union, in: *Integration*, 31 (2008), Nr. 1, S. 21-36.

Lamy, Jean: Les enjeux de la présidence française du Conseil de l'Union européenne en matière d'énergie et de lutte contre le changement climatique, in: *Regards sur l'actualité*, (2008), Nr. 340, S. 17-27.

Lefèbvre, Maxime: A l'est de l'Union européenne: bilan d'une Présidence française mouvementée, in: *Revue du Marché commun et de l'Union européenne*, (2009), Nr. 524, S. 11-16.

- Lesueur, Jean-Thomas: Retour du politique en Europe: la présidence française de l'Union européenne n'aura-t-elle été qu'un jeu de paille?, in: Think, (2009), Nr. 9, S. 22-23.
- Marre, Béatrice: Le climat, première victime de l'accord européen?, in: Revue politique et parlementaire, 110 (2008), Nr. 1049, S. 103-112.
- Maurer, Andreas: Die Zukunft der Präsidentschaft im Ratssystem der Europäischen Union, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 36 (2007), Nr. 2, S. 139-156.
- Metcalf, David: Leadership in European Union Negotiations: The Presidency of the Council, in: International Negotiation, 3 (1998), Nr. 3, S. 413-434.
- Pellion, Antoine: Une politique européenne de l'énergie et du climat: un enjeu essentiel pour 2008, in: Revue Politique et Parlementaire, 110 (2008), Nr. 1046, S. 35-41.
- Rill, Bernd: Frankreichs Ratspräsidentschaft – Was ist zu erwarten?, Editorial, in: Politische Studien, 59 (2008), Nr. 419, S. 5-10.
- Schild, Joachim: La force de l'imprévisible: la présidence française de l'UE face à la crise financière. Un point de vue allemand, in: Regards sur l'économie allemande, (2008), Nr. 89, S. 11-20.
- Schild, Joachim: Sarkozys Europapolitik. Das zunehmende Gewicht der Innenpolitik, in: Integration, 30 (2007), Nr. 3, S. 238-250.
- Schild, Joachim: Zurück ins Herz der Europäischen Union, Frankreichs Europapolitik unter Nicolas Sarkozy, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, (2009), Nr. 1, S. 57-68.
- Schild, Joachim/Koopmann, Martin: Der ‚Sarkozy-Moment‘ – politische Führung in der EU am Beispiel der französischen Ratspräsidentschaft, in: Integration, 32 (2009), Nr. 3, S. 266-281.
- Schmidt, André: Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 – die erste Bewährungsprobe für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, in: Integration, 32 (2009), Nr. 4, S. 388-397.
- Schout, Adriaan: The Presidency as Juggler: Managing Conflicting Expectations, in: EI-PASCOPE, (1998), Nr. 2, S. 1-9 (http://aei.pitt.edu/785/01/scop98_2_1.pdf, letzter Zugriff am: 2.12.09).
- Schout, Adriaan/Vanhoonacker, Sophie: Evaluating Presidencies of the Council of the EU: Revisiting Nice, in: Journal of Common Market Studies, 44 (2006), Nr. 5, S. 1051-1077.
- Schwarzer, Daniela: Aktivist im Europäischen Salon. Sarkozy hält die EU-Partner mit seiner Interessenpolitik in Atem, in: Dokumente, 63 (2007), Nr. 4, S. 9-13.
- Schwarzer, Daniela: La présidence française de l'Union européenne: quels objectifs, quels partenaires?, in: Politique étrangère, 73 (2008), Nr. 2, S. 361-371.
- Stark, Hans: Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008 – zwischen aktuellem Krisenmanagement und strategischer Weichenstellung, in: Integration, 31 (2008), Nr. 3, S. 235-240.

Tallberg, Jonas: The agenda-shaping powers of the EU Council Presidency, in: *Journal of European Public Policy*, 10 (2003), Nr. 1, S. 1-19.

Tallberg, Jonas: The Power of the Presidency: Brokerage, Efficiency and Distribution in EU Negotiations, in: *Journal of Common Market Studies*, 42 (2004), Nr. 5, S. 999-1022.

Thomson, Robert: The Council Presidency in the European Union: Responsibility with Power, in: *Journal of Common Market Studies*, 46 (2008), Nr. 3, S. 593-617

Westlake, Martin: Why Presidencies Still Matter, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 36 (2007), Nr. 2, S. 157-165.

6.5 Hochschulschriften

Simon, Franziska: Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008. Eine Analyse des französischen Vorsitzes im Georgien-Konflikt, Diplomarbeit, Universität Freiburg 2009.

Wittenbrink, Pablo: Die französische Ratspräsidentschaft 2008. Zwischen europäischen und französischen Interessen, Bachelor-Arbeit, Universität Osnabrück 2009.

6.6 Zeitungsartikel (inklusive Onlineartikel)

Alich, Holger/Berschens, Ruth: „Europäische Auffanglösung schaffen“, in: *Handelsblatt* vom 2.10.2008.

Appel, Holger/Schäfers, Manfred: Paris schlägt der EU einen Banken-Notfonds vor, in: *FAZ* vom 2.10.2010.

Avril, Pierre: Paris lâche du lest pour boucler le paquet climat, in: *Le Figaro*, 12.12.2008.

Barluet, Alain: Kouchner évoque des sanctions contre la Russie, in: *Le Figaro* vom 29.8.2008.

Barluet, Alain: Sarkozy obtient l'assurance d'un retrait russe, in: *Le Figaro* vom 9.9.2008.

Benoît, Bertrand/Parker, George: Berlin shrugs off attacks on savings pledge, in: *Financial Times* vom 7.10.2008.

Busse, Nikolas: Ein Krieg, der sich lohnte, in: *FAZ* vom 16.12.2008.

Busse, Nikolas: Ein Schlag, der weh tun sollte, in: *FAZ* vom 12.8.2008.

Cohn-Bendit, Daniel/Jadot, Yannick/Besset, Jean-Paul: Débandade sur le climat, in: *Le Monde* vom 18.12.2008.

Collet, Mathieu: L'héritage très incertain de la présidence française de l'UE, 7.1.2009 (<http://www.eurosvillage.eu/Une-presidence-de-crisis-mais,2317>, letzter Zugriff am: 19.4.2010).

Debatte über europäischen Bankenrettungsplan, in: *FAZ.NET* vom 1.10.2008 (<http://www.fazfinance.net/Aktuell/Wirtschaft-und-Konjunktur/Debatte-ueber-europaischen-Bankenrettungsplan-6095.html>, letzter Zugriff am: 4.4.2010).

- EU-Kommission drängt Teilnehmer von UN-Klimakonferenz zum Handeln, 28.11.2008 (http://www.klimaktiv.de/article227_7203.html, letzter Zugriff am: 22.4.2010).
- Ferenci, Thomas: Nicolas Sarkozy: du bon usage des crises, in: Le Monde vom 19.12.2008.
- Gammelin, Cerstin: Bis der Rauch sich verzieht, in: Süddeutsche Zeitung vom 9.12.2008.
- Gammelin, Cerstin: Die Erfolgsformel 20-20-20, in: Süddeutsche Zeitung vom 30.6.2008.
- Gammelin, Cerstin/Nienhuysen, Frank: Folgenlose Rüge, in: Süddeutsche Zeitung vom 30./31.8.2008.
- Hönighaus, Reinhard: Sarkozys Friedensangebot, in: Financial Times Deutschland vom 11.12.2008.
- Jeudy, Bruno/Nodé-Langlois, Fabrice: Fillon et Poutine pour une coopération économique active, in: Le Figaro vom 22.9.2008.
- Juncker bleibt, in: Süddeutsche Zeitung vom 12.9.2008.
- Kahlweit, Cathrin: Die Tür bleibt zu, in: Süddeutsche Zeitung vom 12.9.2008.
- Leparmentier, Arnaud: A Tbilissi, Bernard Kouchner tente une médiation au nom des Européens, in: Le Monde vom 12.8.2008.
- Leparmentier, Arnaud: M. Sarkozy, l'UE et le guêpier géorgien, in: Le Monde vom 17./18.8.2008.
- Lübckemeier, Eckhard: Europa braucht Führung, in: FAZ vom 13.12.2007.
- Merkel: „Die die Schäden verursacht haben, müssen auch ihren Beitrag leisten“, in: Der Tagesspiegel vom 4.10.2008.
- Merkel und Sarkozy einig im Kampf gegen die Krise, in: Spiegel Online vom 12.3.2009 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,612941,00.html>, letzter Zugriff am: 8.4.2010).
- Meyer, Karl de: Sarkozy face à la chancelière qui dit « nein », in: Les Echos vom 24.10.2008.
- Mussler, Werner: Finanzminister wollen höhere Defizite zulassen, in: FAZ vom 4./5.11.2008.
- Randow, Gero von: Danke, Sarko!, in: Die Zeit vom 6.12.2008.
- Nonnenmacher, Günther: Der französische Feuerwehrmann, in: FAZ vom 3.11.2008.
- Paris s'est démené pour faire mentir les soupçons d'arrogance, in: Le Monde vom 29./30.6.2008.
- Ricard, Philippe: Le „paquet climat“ européen met à l'épreuve la solidarité entre les Vingt-Sept, in: Le Monde vom 11.12.2008.

Ricard, Philippe: Les Vingt-Sept trouvent un compromis sur le climat, in: Le Monde vom 13.12.2008.

Roth, Wolfgang: Artenschutz für Luftverschmutzer, in: Süddeutsche Zeitung vom 13./14.12.2008.

Roussel, Benoît: 2008: Das Jahr der „Rückkehr Frankreichs nach Europa“?, 10.3.2008, (<http://www.dieeuros.eu/2008-Das-Jahr-der-Ruckkehr,1343>, letzter Zugriff am: 29.3.2010).

Rousselin, Pierre: La méthode Sarkozy pour piloter l'Europe, in: Le Figaro vom 9.12.2008.

Rousselin, Pierre: Une présidence qui transforme l'Europe, in: Le Figaro vom 16.10.2008.

Rubner, Jeanne: Jeden Tag eine Schlagzeile, in: Süddeutsche Zeitung vom 27.7.2007.

Sarkozy gründet Staatsfonds zum Schutz der Industrie, in: Spiegel Online vom 23.10.2008 (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,586028,00.html>, letzter Zugriff am: 8.4.2010).

Supersarko leaves the podium, in: The Economist, 20.12.2008.

Thedrel, Arielle: La diplomatie européenne à l'épreuve de Moscou, in: Le Figaro vom 12.8.2008.

Vandystadt, Nathalie: Feu vert de l'UE pour une mission en Géorgie, in: Le Figaro vom 14.8.2008.

Wiegel, Michaela: Diplomatische Vorsicht: Frankreichs Russland-Politik, in: FAZ vom 12.8.2008.

6.7 Dokumente

6.7.1 Verträge

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft [nach dem Vertrag von Nizza/ -], in: ABl. Nr. C 321E vom 29.12.2006.

Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union [nach dem Vertrag von Lissabon], in: ABl. 2010/C 83/01 vom 30.3.2010.

6.7.2 Weitere EU-Dokumente

Europäische Kommission: Eurobarometer 69. Die öffentliche Meinung in der EU, Brüssel Frühjahr 2008 (http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb69/eb_69_first_de.pdf, letzter Zugriff am: 24.4.2010).

Europäische Kommission: Flash Eurobarometer 171. The European Constitution: Post-referendum survey in France, Brüssel Juni 2005 (http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl171_en.pdf, letzter Zugriff am: 12.4.2010).

Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat. Europäisches Konjunkturprogramm, KOM (2008) 800, Brüssel 26.11.2008.

Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Begrenzung des globalen Klimawandels auf 2 Grad Celsius. Der Weg in die Zukunft bis 2020 und darüber hinaus, KOM (2007) 2, Brüssel 10.1.2007.

Europäische Kommission: Pressemitteilung. Mehr Wachstum und Beschäftigung durch Klimaschutz, IP 08/80, Brüssel 23.1.2008.

Europäische Kommission: Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020, 2008/0014 (COD), Brüssel 23.1.2008.

Europäische Kommission: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006, 2008/0015 (COD), Brüssel 23.1.2008.

Europäische Kommission: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zwecks Verbesserung und Ausweitung des EU-Systems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten, 2008/0013 (COD), Brüssel 23.1.2008.

Europäische Kommission: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, 2008/0016 (COD), Brüssel 23.1.2008.

Europäisches Parlament: Pressemitteilung. Bilanz des französischen Ratsvorsitzes, Plenartagung, 20081216IPR44608, Brüssel/Straßburg 16.12.2008, letzte Aktualisierung am 17.12.2008 (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=DE&type=IM-PRESS&reference=20081216IPR44608>, letzter Zugriff am: 22.4.2010).

Französische Ratspräsidentschaft: Arbeitsprogramm 1. Juli – 31. Dezember 2008. Une Europe qui agit pour répondre aux défis d'aujourd'hui (http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Programme_FR.pdf, letzter Zugriff am: 27.3.2010).

Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union: Council Guide, I. The Presidency Handbook, Februar 2006 (http://www.eurosfair.prdd.fr/7pc/doc/1200495506_presidence_eu_handbook_2006.pdf, letzter Zugriff am: 11.5.2010).

Rat der Europäischen Union: Achtzehnmonatsprogramm des französischen, tschechischen und schwedischen Vorsitzes, 11249/08, Brüssel 30.6.2008.

Rat der Europäischen Union: Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates vom 1. September 2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 12594/2/08 REV 2, Brüssel 6.10.2008.

Rat der Europäischen Union: Beschluss des Rates vom 15. September 2006 zur Festlegung seiner Geschäftsordnung, 2006/683/EG, Euratom, in: ABl. Nr. L 285/47 vom 16.10.2006.

Rat der Europäischen Union: Beschluss des Rates vom 1. Januar 2007 zur Festlegung der Reihenfolge für die Wahrnehmung des Vorsitzes im Rat, 2007/5/EG, Euratom, in: ABl. L 1/11 vom 4.1.2007.

Rat der Europäischen Union: Energie- und Klimawandel. Bestandteile des endgültigen Kompromisses, 17215/08, Brüssel 12.12.2008.

Rat der Europäischen Union: Europäischer Rat (Brüssel) 8./9. März 2007. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 7224/1/07 REV 1, Brüssel 2.5.2007.

Rat der Europäischen Union: Gipfeltreffen der Länder des Euro-Währungsgebiets. Erklärung zu einem abgestimmten Aktionsplan der Länder des Euro-Währungsgebiets, 14239/08, Brüssel 14.10.2008.

Rat der Europäischen Union: Mitteilung an die Presse. Außerordentliche Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, Brüssel, den 13. August 2008, 12453/08 (Presse 236), Brüssel 13.8.2008.

Rat der Europäischen Union: Mitteilung an die Presse. 2889. Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, Brüssel, den 15.-16. September 2008, 13030/08, Brüssel 15./16.9.2008.

Rat der Europäischen Union: Mitteilung an die Presse. 2894. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, Luxemburg, den 7. Oktober 2008, 13784/08 (Presse 279), Brüssel 7.10.2008.

Rat der Europäischen Union: Mitteilung an die Presse. 2898. Tagung des Rates Umwelt, 13857/08 (Presse 282), Luxemburg 20.10.2008.

Rat der Europäischen Union: Tagung des Europäischen Rates vom 13./14. März 2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 7652/1/08 REV 1, Brüssel 20.5.2008.

Rat der Europäischen Union: Tagung des Europäischen Rates (15. und 16. Oktober 2008). Entwurf von Schlussfolgerungen, 13419/08, Brüssel 8.10.2008.

Rat der Europäischen Union: Tagung des Europäischen Rates (15. und 16. Oktober 2008). Entwurf von Schlussfolgerungen, 14065/08, Brüssel 10.10.2008.

Rat der Europäischen Union: Tagung des Europäischen Rates vom 15. und 16.10.2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 14368/08, Brüssel 16.10.2008.

Rat der Europäischen Union: Tagung des Europäischen Rates vom 11./12. Dezember 2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 17271/08, Brüssel 12.12.2008.

6.7.3 Reden

Sarkozy, Nicolas: Ansprache vor dem Europäischen Parlament am 21.10.2008 (http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1020_pleniere_PE/Allocution_de_Nicolas_Sarkozy_devant_le_Parlement_europeen_21-10-2008_FR.pdf, letzter Zugriff am: 8.4.2010).

Sarkozy, Nicolas: Rede in der Salle Gaveau am 6.5.2007 (<http://francaisdeletranger.sarkozy.fr/>, letzter Zugriff am: 11.5.2010).

Sarkozy, Nicolas: Rede vor dem Europäischen Parlament am 10.7.2008 (http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/07/0710_PR_au_PE/PR_au_PE_Discours_de_Nicolas_Sarkozy_FR.pdf, letzter Zugriff am: 29.3.2010).

Sarkozy, Nicolas: Rede vor dem Europäischen Parlament am 16.12.2008 (http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1216_PE_PR/Intervention_Nicolas_Sarkozy_au_Parlement_europeen_%28FR%29.pdf, letzter Zugriff am: 14.4.2010).

Sarkozy, Nicolas: Rede vor der 63. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 23. September 2008 in New York (http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf_sarkozy_onu.pdf, letzter Zugriff am: 11.4.2010).

Sarkozy, Nicolas: Rede zur internationalen Finanzmarktkrise am 25. September in Toulon, Auszüge (http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf_sarkozy_toulon.pdf, letzter Zugriff am: 11.4.2008).

6.7.4 Weitere Dokumente

Assemblée Nationale: Rapport d'information sur le bilan de la présidence française de l'Union européenne déposé par la commission des affaires étrangères et présenté par Mme Nicole Ameline (députée), Nr. 1473, Paris 17.2.2009.

Bundesministerium für Umwelt: Ergebnisse der EU-Ratstagung (Umwelt) vom 20. Oktober 2008 in Luxemburg, Stand 20. Oktober 2008 (http://www.bmu.bund.de/europa_und_umwelt/ratstagungen_der_eu/umwelt/doc/42651.php, letzter Zugriff am: 19.4.2010).

Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat in Brüssel am 11./12. Dezember 2008 vor dem Deutschen Bundestag am 4. Dezember 2008 in Berlin (<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2008/12/133-1-bkin-regerkl-bt.layoutVariant=Druckansicht.html>, letzter Zugriff am: 19.4.2010).

Déclaration des membres européens du G8 sur les mesures à prendre au sein de l'Union européenne et au niveau international face à la crise financière, 4.10.2008 (<http://discours.vie-publique.fr/notices/082003067.html>, letzter Zugriff am: 7.4.2010).

European Environmental Bureau: EEB's assessment of the environmental results of the French Presidency of the EU, July to December 2008 (<http://www.eeb.org/publication/2008/French%20Assessment-1208FINALFINAL.pdf>, letzter Zugriff am: 11.4.2010).

Faksimile des Sechs-Punkte-Plans

(http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/accord_6_points_signe_PR.pdf, letzter Zugriff am: 1.4.2010).

Klima-Schutz-Allianz: Hintergrundinformationen zum EU-Klimapakete. Verabschiedetes EU-Energie- und Klimapakete im Dezember 2008 (<http://www.die-klimalianz.de/forderungen/europa>, letzter Zugriff am: 11.4.2010).

Lesueur, Jean-Thomas/Thibaud, Aurore/Amsellem, Jonathan: Le baromètre de la présidence française de l'Union européenne. Les principales propositions de Nicolas Sarkozy, Paris 2. Aufl. Dezember 2008, (<http://www.institut-thomas-more.org/barometre-pfue/BaroITM-PFUE-Dec2008.pdf>, letzter Zugriff am: 26.4.2010).

Secrétariat Général des Affaires Européennes: Französische Präsidentschaft des Rats der EU. Bilanz und Zukunftsaussichten, 1.7. – 31.12.2008 [offizielle Bilanz der Ratspräsidentschaft] (http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf_Franzoesische_Praesidentschaft_Bilanz_und_Zukunftsaussichten.pdf, letzter Zugriff am: 22.4.2010).

6.8 Weitere Internetquellen und Internetseiten

Deutschlandfunk: Cohn-Bendit: Sarkozy hat gehandelt wie ein europäischer Präsident. Grünen-Politiker zur Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft, Daniel Cohn-Bendit im Gespräch mit Jochen Spengler (http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/891751/, letzter Zugriff am: 20.5.2010).

Internetseite der Französischen Botschaft in Deutschland: <http://www.botschaft-frankreich.de>.

Internetseite des Centre Virtuel de la Connaissance sur l'Europe: European Navigator. La Référence Multimedia sur l'histoire de l'Europe: <http://www.ena.lu/>.

Internetseite der französischen Ratspräsidentschaft: <http://www.eu2008.fr>.

Liberti, Fabio: A general evaluation of the French EU Presidency, 19.12.2008 (<http://www.affaires-strategiques.info/spip.php?article465>, letzter Zugriff am: 5.4.2010).

Liberti, Fabio: Bilan de la Présidence Française de l'Union Européenne (<http://www.affaires-strategiques.info/spip.php?rubrique49>, letzter Zugriff am: 26.4.2010).

Matelly, Sylvie: Bilan de la Présidence française en matière économique (<http://www.affaires-strategiques.info/spip.php?article462>, letzter Zugriff am: 8.4.2010).

Offizielle Internetseite der EUMM: <http://www.eumm.eu/en/> (letzter Zugriff am: 12.4.2010).

Offizielle Internetseite des Grenelle environnement: <http://www.legrenelle-environnement.fr/grenelle-environnement/> (letzter Zugriff am: 14.4.2010).

Sarkozy bittet zum Krisengipfel, 2.10.2008

(<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/eufinanzgipfel100.html>, letzter Zugriff am: 7.4.2010).

6.9 Material von Kolloquien und Konferenzen

ASKO EUROPA-STIFTUNG: Die französische Ratspräsidentschaft – Bilanz, Analysen, Perspektiven, Saarbrücken 22.1.2009, in: Der Dialog im Dialog Nr. 6, April 2009, S. 2

([http://asko-europa-](http://asko-europa-stif-)

[tung.de/images/AES_Dokumente/ForschungDialog/DFDRundbrief/dialog%20im%20dialog_nr.6_april2009.pdf](http://asko-europa-stif-tung.de/images/AES_Dokumente/ForschungDialog/DFDRundbrief/dialog%20im%20dialog_nr.6_april2009.pdf), letzter Zugriff am: 2.4.2010).

CERI-Sciences Po, Paris/Jean Monnet Lehrstuhl, Universität Köln: The French Presidency: A Transforming Moment for the European Union ?, Paris 5.-6.2.2009 (<http://www.ceri-sciencespo.com/themes/ue/index.php?id=conf02>, letzter Zugriff am: 5.5.2010).

Friedrich-Ebert-Stiftung/Institut für Europäische Politik: Die Europäische Union 2020 im Blick. Prioritäten und Herausforderungen der französischen und tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im Vergleich, Berlin 22.1.2009 (<http://www.iep-berlin.de/index.php?id=738>, letzter Zugriff am: 12.4.2010).

6.10 Hintergrundgespräche

Zusätzlich flossen Gespräche mit den folgenden Personen in die Auswertung ein, die zur Vergewisserung dienten und ergänzende Informationen lieferten:

1. Henrik Uterwedde, Stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts, Ludwigsburg, Gespräche während eines Forschungsaufenthalts am DFI vom 18.-22.1.2010.
2. Wolfram Vogel, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutsch-Französischen Institut, Ludwigsburg, Gespräche während eines Forschungsaufenthalts am DFI vom 18.-22.1.2010.
3. Daniel Vernet, Moderator und Kolumnist für internationale Politik von *Boulevard Extérieur*, ehemaliger Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen von *Le Monde*, Gespräch am Rande einer Konferenz des Heinrich-Heine-Hauses am 11.4.2010 in Paris.
4. Joachim Schild, Professor für Politikwissenschaft/Vergleichende Regierungslehre an der Universität Trier, Beitrag und Gespräch anlässlich des 12. Deutsch-Französischen Dialogs am 6./7.5.2010 an der Europäischen Akademie Otzenhausen.
5. Maud Clerc, Direktorin des Cercle des Européens, Paris, und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre virtuel sur la connaissance en Europe, Sanem (Luxemburg), Beitrag und Gespräch anlässlich des 12. Deutsch-Französischen Dialogs am 6./7.5.2010 an der Europäischen Akademie Otzenhausen.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Masterarbeit

Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2008 als Beispiel europäischer Mitführung. Eine kontingenztheoretische Analyse

selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Ausführungen, die wörtlich oder sinngemäß übernommen wurden, sind als solche gekennzeichnet sind. Diese Masterarbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Passau, den 2. Juni 2010

(Sarah Feick)